

LANDTAG
Rheinland-Pfalz

17/7224

VORLAGE

Rheinland-Pfalz

**Haushaltsplan
für das Haushaltsjahr
2021**

**Einzelplan 05
Ministerium der Justiz**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	4
Kapitel 05 01 Ministerium	6
Kapitel 05 02 Allgemeine Bewilligungen	20
Kapitel 05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften	32
Kapitel 05 04 Justizvollzugsanstalten	64
Kapitel 05 05 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit einschl. Verfassungsgerichtshof	89
Kapitel 05 06 Finanzgericht Rheinland-Pfalz	102
Kapitel 05 07 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	110
Kapitel 05 08 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	122
Kapitel 05 09 Deutsche Richterakademie	133
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2021	144
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2021	146
Übersicht über Planstellen und Stellen des Einzelplans 2021	148
Übersicht Stellenplanentwicklung 2021	154
Übersicht EU Mittel	156

05 Ministerium der Justiz

Vorwort

Aufbau und Organisation

Der Einzelplan 05 enthält die Einnahmen und Ausgaben im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz. Er umfasst folgende Dienstbereiche:

- I. Ministerium (Kapitel 05 01)

- II. Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften (Kapitel 05 03):
 - Oberlandesgericht Koblenz
 - Generalstaatsanwaltschaft Koblenz
 - Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken
 - Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken
 - Landgericht Koblenz mit 15 Amtsgerichten
 - Staatsanwaltschaft Koblenz
 - Landgericht Bad Kreuznach mit 4 Amtsgerichten
 - Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach
 - Landgericht Mainz mit 4 Amtsgerichten
 - Staatsanwaltschaft Mainz
 - Landgericht Trier mit 8 Amtsgerichten
 - Staatsanwaltschaft Trier
 - Landgericht Frankenthal (Pfalz) mit 6 Amtsgerichten
 - Staatsanwaltschaft Frankenthal (Pfalz)
 - Landgericht Kaiserslautern mit 3 Amtsgerichten
 - Staatsanwaltschaft Kaiserslautern
 - Landgericht Landau in der Pfalz mit 3 Amtsgerichten und 1 amtsgerichtlichen Zweigstelle
 - Staatsanwaltschaft Landau in der Pfalz
 - Landgericht Zweibrücken mit 3 Amtsgerichten
 - Staatsanwaltschaft Zweibrücken

- III. Justizvollzugsanstalten (Kapitel 05 04):
 - Diez - Justizvollzugs- und Sicherungsverwahrungsanstalt
 - Frankenthal (Pfalz)
 - Koblenz
 - Ludwigshafen am Rhein - Sozialtherapeutische Anstalt
 - Rohrbach mit Außenstelle Wonsheim
 - Trier mit Außenstelle Saarburg
 - Wittlich
 - Zweibrücken
 - Jugendstrafanstalten Schifferstadt und Wittlich
 - Jugendarrestanstalt Worms
 - Justizvollzugsschule Rheinland-Pfalz, Wittlich

05 Ministerium der Justiz

IV. Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit einschl. Verfassungsgerichtshof (Kapitel 05 05):

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz und
Verfassungsgerichtshof von Rheinland-Pfalz in Koblenz
Verwaltungsgericht Koblenz
Verwaltungsgericht Mainz
Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße
Verwaltungsgericht Trier

V. Finanzgericht Rheinland-Pfalz in Neustadt an der Weinstraße (Kapitel 05 06)

VI. Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit (Kapitel 05 07):

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz in Mainz
Sozialgericht Koblenz
Sozialgericht Speyer
Sozialgericht Trier
Sozialgericht Mainz

VII. Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit (Kapitel 05 08):

Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz in Mainz
Arbeitsgericht Kaiserslautern mit auswärtigen Kammern in Pirmasens
Arbeitsgericht Koblenz
Arbeitsgericht Ludwigshafen am Rhein mit auswärtigen Kammern in Landau in der Pfalz
Arbeitsgericht Trier
Arbeitsgericht Mainz mit auswärtigen Kammern in Bad Kreuznach

VIII. Deutsche Richterakademie in Trier (Kapitel 05 09)

05 **Ministerium der Justiz**
05 01 **Ministerium**

Vorwort

Das Ministerium der Justiz ist die oberste Landesbehörde für den Bereich der rheinland-pfälzischen Gerichte, Staatsanwaltschaften, Justizvollzugseinrichtungen und die Deutsche Richterakademie - Tagungsstätte Trier.

Sein Geschäftsbereich umfasst die Angelegenheiten der Rechtspflege und Verfassung, insbesondere:

- das Verfassungsrecht - einschließlich der Vertretung der Landesregierung in verfassungsrechtlichen Streitigkeiten - und
- das allgemeine Völkerrecht,
- das Bürgerliche Recht und die Sonderprivatrechte, soweit nicht die Zuständigkeit anderer Ressorts besteht, sowie das Strafrecht einschließlich des Nebenstrafrechts, das Gerichtsverfassungs- und das Verfahrensrecht der Gerichte einschließlich des Kostenrechts,
- die Aufsicht über die Rechtspflege; Dienstrecht der Richterschaft, einschließlich des Disziplinar- und Personalvertretungsrechts,
- die Aufsicht über die Staatsanwaltschaften,
- den Strafvollzug,
- die Landesstiftung Rheinland-Pfalz für Opferschutz,
- die Prüfung von Gesetz- und Verordnungsentwürfen in rechtlicher und gesetzestechnischer Hinsicht,
- das Staats- und Amtshaftungsrecht,
- die Rechtsbereinigung und -vereinfachung,
- die Aufgaben der Zentralen Stelle für die Bereinigung der Verwaltungsvorschriften,
- die Betreuung der Sammlung des bereinigten Landesrechts Rheinland-Pfalz,
- das Verkündungsrecht,
- die Ausübung des Begnadigungsrechts, soweit dieses nicht der Ministerpräsidentin / dem Ministerpräsidenten vorbehalten oder auf andere Ministerinnen oder Minister übertragen ist,
- die Organisation der Gerichte und Staatsanwaltschaften,
- die Angelegenheiten der Notare, Rechtsanwälte und des Rechtsberatungswesens,
- die Durchführung des Rechtshilfeverkehrs mit dem Ausland,
- die Leitung und Beaufsichtigung aller sonstigen Angelegenheiten der Justizverwaltung,
- das Ausbildungs- und Prüfungswesen für das 4. Einstiegsamt des Justiz- und Verwaltungsdiensts und für die übrigen Einstiegsämter im Bereich der Justizverwaltung und
- die internationale juristische Zusammenarbeit und Demografie.

Dem Ministerium der Justiz sind unmittelbar nachgeordnet:

- Oberlandesgericht Koblenz
- Generalstaatsanwaltschaft Koblenz
- Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken
- Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken
- Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz
- Finanzgericht Rheinland-Pfalz
- Landessozialgericht Rheinland-Pfalz
- Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz
- Deutsche Richterakademie, Tagungsstätte Trier
- 11 Justizvollzugseinrichtungen und die Justizvollzugsschule Rheinland-Pfalz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 11	011	Verwaltungsgebühren	20.083	26.000	6.000
--------	-----	----------------------------	--------	---------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u. a. die Gebühren für die Ausstellung der Apostille und die Vorbeglaubigung von Zeugnissen der ersten und zweiten juristischen Staatsprüfung für die Verwendung im Ausland.

Weniger, da die Gebühren für die Feststellung, ob die Voraussetzungen für die Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen vorliegen, nach der Übertragung der Landesjustizverwaltung nach Artikel 7 des Familienrechtsänderungsgesetzes vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1221) in der jeweils geltenden Fassung zustehenden Befugnisse auf die Präsidentin oder den Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz ab dem Haushaltsjahr 2021 im Kapitel 05 03 Titel 111 11 veranschlagt sind.

111 12	011	Gebühren aus Anlass der Abnahme der juristischen Staatsprüfung	41.130	60.000	60.000
--------	-----	---	--------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren für die Wiederholung der staatlichen Pflichtfachprüfung und die Wiederholung der zweiten juristischen Staatsprüfung zum Zwecke der Notenverbesserung sowie die Gebühren der Widerspruchsverfahren wegen der Bewertung der staatlichen Pflichtfachprüfung und der zweiten juristischen Staatsprüfung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 JAG i. V. m. § 42 JAPO.

119 06	011	Einnahmen aus der Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen und Inanspruchnahme von Personal	0	0	0
--------	-----	--	---	----------	----------

Erläuterungen:

Leertitel.

Veranschlagt sind die Einnahmen aus Druckaufträgen für Dritte.

119 69	011	Vermischte Verwaltungseinnahmen	869	0	0
--------	-----	--	-----	----------	----------

Erläuterungen:

Leertitel.

132 02	011	Erlöse aus der Veräußerung unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände	0	200	0
--------	-----	--	---	------------	----------

Erläuterungen:

Leertitel

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Veräußerung unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände sowie von Altmaterial, Abfällen, Fundsachen usw..

Summe HGr. 1:			62.082	86.200	66.000
----------------------	--	--	--------	---------------	---------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

235 07	011	Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Umsetzung des Altersteilzeitgesetzes	0	0	0
--------	-----	--	---	----------	----------

Vgl. Vermerk bei 428 01.

05 **Ministerium der Justiz**
05 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 235 07

Erläuterungen:

Leertitel.

282 01	011	Lohnkostenzuschüsse aus der Ausgleichsabgabe	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Leertitel.

Summe HGr. 2:			0	0	0
---------------	--	--	---	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Ausgaben

Personal, Sach- und Betriebsmittel des Ministeriums dürfen unentgeltlich durch die "Stiftung Rheinland-Pfalz für Opferschutz" sowie die "Stiftung Entschuldungshilfe für Straffällige in Rheinland-Pfalz" in Anspruch genommen werden.

HGr. 4: Personalausgaben

Die Ausgaben bei 05 01 - HGr 4 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 05 02 - 427 03.

421 01	011	Amtsbezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerin, des Ministers, der Bürgerbeauftragten und des Bürgerbeauftragten	166.876	160.300	182.500
422 01	011	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	6.595.590	6.274.300	7.298.000

In Stellen der Besoldungsgruppen A 15 und A 16 können abgeordnete Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte der Besoldungsgruppe R 2, in Stellen der Besoldungsgruppen A 13, A 14 und A 15 abgeordnete Richterinnen/Richter und Staatsanwältinnen/Staatsanwälte der Besoldungsgruppe R 1 nachgewiesen werden.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Ea	2020	2021
Staatssekretärin, Staatssekretär	B9	IV	1,00	1,00
Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	B6	IV	5,00	5,00
Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat	B3	IV	7,00	6,00
Präsidentin, Präsident des Landesprüfungsamtes für Juristen	B3	IV	1,00	1,00
Ministerialrätin, Ministerialrat	A16	IV	15,00	15,00
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	IV	11,58	11,58
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A14	IV	2,50	2,50
Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	IV	0,50	0,50
Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	III	12,00	12,00
Amtsärztin, Amtsarzt	A12	III	7,00	7,00
Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	A11	III	3,00	3,00
Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	A10	III	2,00	4,00
Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9+AZ	II	13,00	13,00
Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9	II	8,50	8,50
Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär	A8	II	5,50	6,00
Regierungsobersekretärin, Regierungsobersekretär	A7	II	0,00	0,00
Regierungssekretärin, Regierungssekretär	A6	I	1,00	1,00
Oberamtsmeisterin, Oberamtsmeister	A5	I	2,00	2,00
Zusammen:			97,58	99,08
Leerstellen:				
Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	III	1,00	1,00
Zusammen:			1,00	1,00
Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):			97,58	99,08

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 422 01

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Abgänge:

Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk

1,00	B3 IV	Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat	Abbau von 2.000 Stellen
0,50	A8 II	Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär	Abbau von 2.000 Stellen

1,50 Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk

1,50 Stellen Abgänge insgesamt

-1,50 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

2,00	A10 III	Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	Umwandlung von E 10 III	Verbeamtung von IT-Fachkräften
1,00	A8 II	Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär	Umwandlung von E 8 II	Umwandlung im Haushaltsvollzug 2019

3,00 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

3,00 Stellen Zugänge insgesamt

3,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

422 03 011 **Bezüge der beamteten (richterlichen) Hilfskräfte** 0 25.000 25.000

422 04 011 **Bezüge der abgeordneten Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** 328.196 160.000 300.000

Erläuterungen:

Ea	2018	2019	2020
IV	3,00	3,00	3,00
III	5,00	5,00	5,00
II	4,00	4,00	4,00
I	0,00	0,00	0,00
Summe	12,00	12,00	12,00

427 01 011 **Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte** 0 4.000 0

Erläuterungen:

Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte insbesondere in Fällen des Mutterschutzes sowie bei Abordnungen an Stellen außerhalb der Landesverwaltung und Beurlaubungen unter 12 Monaten.

427 09 011 **Beschäftigungsentgelte an Praktikantinnen, Praktikanten, Volontärinnen und Volontäre** 0 0 0

Erläuterungen:

Leertitel.

427 32 011 **Nebenamtliche und nebenberufliche Kräfte zur Aus- und Fortbildung von Bediensteten** 240.918 250.000 350.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 427 32

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Prüfungsvergütungen für die erste und zweite juristische Staatsprüfung, Vergütungen für die Erstellung von Prüfungsaufgaben in den juristischen Staatsprüfungen sowie Aufsichtsvergütungen.

Mehr aufgrund der im Haushaltsjahr 2021 avisierten Erhöhungen der Vergütungen.

427 36	011	Nebenamtliche Vergütungen für die fachliche Beratung der Aufsichtsbehörde	5.982	2.000	6.000
--------	-----	--	-------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind nebenamtliche Vergütungen für die fachliche Beratung der Aufsichtsbehörde über die Vollzugsanstalten (§ 151 StVollzG).

Dem Ansatz liegen Vergütungen für

- a) 2 (2) Beraterinnen/Berater in Höhe von monatlich 5 v.H. der Bes.-Gr. C3, Stufe 7, zzgl. Fahrkostenerstattung
- b) 1 (1) Beraterinnen/Berater in Höhe von monatlich 5 v.H. der Bes.-Gr. A12, Stufe 7, zzgl. Fahrkostenerstattung zugrunde.

427 38	011	Honorare für freie Mitarbeiter	37.685	42.000	42.000
--------	-----	---------------------------------------	--------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere die Honorare für die freien Mitarbeiter der Sicherheitsgruppe der rheinland-pfälzischen Justiz.

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.964.060	2.152.400	2.240.000
--------	-----	--	-----------	------------------	------------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 07 geleistet werden.

Stellenplan:

EntgeltGr	2020	2021
E 15	0,00	0,00
E 12	1,00	1,00
E 11	0,00	1,00
E 10	5,00	3,00
E 9b	0,00	1,00
E 9a	1,50	0,50
E 8	7,75	6,75
E 6	4,00	4,00
E 5	5,06	4,51
E 4	2,00	2,00
E 3	1,50	1,50
E 2Ü	1,25	0,00
E 2	3,50	3,50
Zusammen:	32,56	28,76

Leerstellen:

E 8	0,50	0,50
E 5	1,00	1,00
E 2	1,00	1,00
Zusammen:	2,50	2,50

Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):

32,56 28,76

Übertariflich erhalten Beschäftigte

in einer Stelle der EntgeltGr. Vergütung nach EntgeltGr.

E 6 - II	E 8 - II	1,00	0,00
E 5 - II	E 8 - II	4,50	4,50

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 428 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entgelte der tariflich Beschäftigten.

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Zugänge:

Zugänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres
1,00 E 11 III

Umsetzung aus Kapitel 03 01 aufgrund des Aufgabenübergangs der resortspezifischen Informationssicherheit

1,00 Zugänge Haushaltsvollzug

1,00 Stellen Zugänge insgesamt

Abgänge:

Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk

0,55 E 5 II

Abbau von 2.000 Stellen

0,55 Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)
1,25 E 2Ü I

Stellenreduzierung im Reinigungsdienst aufgrund der Vergabe von Fremdreinigung

1,25 Sonstige Abgänge

1,80 Stellen Abgänge insgesamt

-0,80 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1,00 E 9b III

Umwandlung von E 9a II

TV-L neu_E 9b

1,00 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

1,00 Stellen Zugänge insgesamt

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

2,00 E 10 III

Umwandlung nach A10 III

Verbeamtung von IT-Fachkräften

1,00 E 9a II

Umwandlung nach E 9b III

TV-L neu_E 9b

1,00 E 8 II

Umwandlung nach A8 II

Umwandlung im Haushaltsvollzug 2019

4,00 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

4,00 Stellen Abgänge insgesamt

-3,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

428 08	011	Überstundenentgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	2.000	2.000
--------	-----	--	---	-------	-------

453 01	011	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	27.198	38.200	38.200
--------	-----	--	--------	--------	--------

459 69	011	Vermischte Personalausgaben	0	1.500	1.500
--------	-----	-----------------------------	---	-------	-------

Summe HGr. 4:	9.366.505	9.111.700	10.485.200
---------------	-----------	-----------	------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgenstände	195.656	210.000	205.000
--------	-----	--	---------	---------	---------

Erlöse aus der Veräußerung ausgesonderter Büchereibestände sind von der Ausgabe abzusetzen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

Erläuterungen:

			2021 EUR		
1.)	Kosten für Büro- und Zeichenbedarf				33.000
2.)	Kosten für Fachbücher, Druckschriften, Gesetz- und Verordnungsblätter sowie Buchbindearbeiten				130.000
3.)	Kosten für Postgebühren				32.000
4.)	Kosten für die Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Schreib- und sonstigen Maschinen				10.000
Summe					205.000

514 01	011	Fahrzeughaltung, Verbrauchsmittel, persönliche Ausrüstungsgegenstände	32.250	35.000	35.000
---------------	------------	--	--------	---------------	---------------

Erläuterungen:

			2021 EUR		
1.)	Haltung von Dienstfahrzeugen				33.700
2.)	Persönliche Ausrüstungsgegenstände, Dienst- und Schutzkleidung				1.300
Summe					35.000

zu 1.)

In Betracht kommen 6 (6) Dienstfahrzeuge, davon 6 mit besonders hoher Beanspruchung.

zu 2.)

Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung und Unterhaltung landeseigener Dienst- und Schutzkleidung und Sonderkleidung sowie persönlicher Ausrüstungsgegenstände.

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	157.606	145.000	170.000
---------------	------------	---	---------	----------------	----------------

Die Ausgaben bei 05 01 - 517 01, 05 03 - 517 01, 05 04 - 517 01, 05 05 - 517 01, 05 07 - 517 01, 05 08 - 517 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Heizung, Beleuchtung und sonstige Energiekosten, Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Feuerversicherung, Steuern, Abgaben und Sonstiges (z. B. Wartungsverträge, Pflege der Außenanlagen sowie Verbrauchsmittel und kleinere Gebrauchsgegenstände bis zum Anschaffungswert von 50 EUR im Rahmen der Hausbewirtschaftung).

In Betracht kommt ein vom Landesbetrieb "Liegenschafts- und Baubetreuung" überlassenes Gebäude mit 5.750 qm Nutz- und Nebenraumfläche sowie ein von einem Dritten angemietetes Gebäude mit 845 qm Nutz- und Nebenraumfläche. Andere Behörden sind nicht mit untergebracht.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

518 01	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	155.042	144.500	165.000
---------------	------------	--	---------	----------------	----------------

Die Ausgaben 05 01-518 01, 05 03-518 01, 05 04-518 01, 05 05-518 01, 05 08-518 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

518 13	011	Leasing von Dienstfahrzeugen	15.677	17.000	17.000
---------------	------------	-------------------------------------	--------	---------------	---------------

519 02	011	Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen	0	100	1.500
---------------	------------	--	---	------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahme, bei landeseigenen Gebäuden und Mietobjekten in der Regel bis zu 10.000 EUR im Einzelfall.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 519 02

Die Ausgaben für Mietobjekte des Landesbetriebs LBB sind bei Titel 519 05 veranschlagt.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

519 05	011	Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen, kleinere bauliche Maßnahmen und Schönheitsreparaturen bei Objekten des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung bzw. dessen Rechtsnachfolger	0	100	0
--------	-----	--	---	-----	---

Die Ausgaben bei 05 01 - 519 05, 05 03 - 519 05, 05 04 - 519 05, 05 07 - 519 05, 05 08 - 519 05 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen aus Erstattungsleistungen des Landesbetriebs LBB (oder dessen Rechtsnachfolger) für die Durchführung von Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen durch den Nutzer sind von der Ausgabe abzusetzen.

525 01	011	Aus- und Fortbildung	155.435	139.900	387.500
--------	-----	-----------------------------	---------	---------	---------

Einnahmen aus Erstattungen für gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Ländern und aus Fremdveranstaltungen sowie aus Getränkeautomaten sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Reisekostenvergütungen anlässlich der juristischen Staatsprüfungen, für die Anmietung von Prüfungsräumen, der Fortbildung der Beamtinnen und Beamten sowie der Beschäftigten des Ministeriums, Fahrtkosten und Trennungstagegeld anlässlich der Seminare für Führungskräfte und die Umsetzung der von der Landesregierung beschlossenen Konzepte zur "Sicherung und Weiterentwicklung einer familienfreundlichen Personalpolitik", zur Personalentwicklung sowie für Qualitätsmanagement.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf insbesondere aufgrund der im Jahr 2021 vorgesehenen Pilotierung der elektronischen Prüfung im schriftlichen zweiten Staatsexamen und Durchführung an zwei Standorten sowie der steigenden Kosten zur Anmietung von Prüfungsräumen.

525 02	051	Internationale Fortbildung			6.600
--------	-----	-----------------------------------	--	--	-------

neu

Einnahmen aus Erstattungen für gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Ländern und aus Fremdveranstaltungen sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für internationale Fortbildungen, Austauschprogramme, Hospitationen und Delegationen mit internationalem Bezug sowie internationale grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Der vorgenannte Titel wurde anstelle des weggefallenen Titels 531 05 ausgebracht.

526 01	011	Kosten für Sachverständige	0	1.500	1.000
--------	-----	-----------------------------------	---	-------	-------

527 01	011	Reisekostenvergütungen	101.186	100.000	110.000
--------	-----	-------------------------------	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekostenvergütungen für den allgemeinen Dienstreiseverkehr sowie die Reisekosten in Personalvertretungsangelegenheiten.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

527 02	011	Reisekostenpauschalvergütungen	16.396	11.200	11.200
--------	-----	---------------------------------------	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekostenpauschalen für den Minister, den Vertreter des Ministers und deren ständige persönliche Fahrer.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

529 01 011 **Verfüungsmittel** 9.217 **12.800** **12.800**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind zur Verfügung des Ministers 9.790 EUR und für den Vertreter des Ministers 3.010 EUR für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Die Mittel können bis zu 15 v. H. des Ansatzes auch für notwendige interne Repräsentationszwecke verwendet werden.

531 01 013 **Presse und Information** 1.764 **2.000** **2.000**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Pressekonferenzen und allgemeines Informationsmaterial.

531 02 011 **Herausgabe des Justizblattes** 7.020 **6.000** **7.500**

Erläuterungen:

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

531 03 011 **Druck von behördlichen Drucksachen** 20.477 **25.000** **25.000**

Erlöse aus der Veräußerung von Drucksachen sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

	2021 EUR
1.) Papier und sonstige Verbrauchsmittel	10.000
2.) Beschaffung von kleineren Geräten	3.000
3.) Unterhaltung der Maschinen und Geräte	4.000
4.) Miete für Druckmaschinen	6.700
5.) Sonstiges	1.300
Summe	25.000

Veranschlagt sind die Kosten für den Druck von behördlichen Drucksachen für das Ministerium der Justiz sowie die nachgeordneten Justizbehörden am Standort Mainz.

531 04 011 **Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit** 46.996 **60.000** **60.000**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Bestreitung von Ausgaben für die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen, die der Öffentlichkeitsarbeit dienen, insbesondere Presse- und Informationsmaterial, Beteiligung an Ausstellungen und Präsentationen, Informationsgespräche und Meinungsaustausch, Einladung zu offiziellen Veranstaltungen (z.B. Wechsel in der Behördenleitung) sowie aus besonderem Anlass (z.B. Tag der offenen Tür).

533 01 861 **Haftung für Schadenersatz, auch aus Billigkeitsgründen** 35.427 **120.000** **120.000**

Erläuterungen:

U. a. auch Schadenersatzansprüche für Sicherungsverwahrte im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

534 01 019 **Rechtskundeunterricht für Flüchtlinge** 0 **500** **0**

05 Ministerium der Justiz
05 01 Ministerium

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 534 01

Erläuterungen:

Das Projekt läuft aus.

546 02	011	Kostenbeiträge für Tagungen	8.586	14.500	14.500
---------------	-----	------------------------------------	-------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Mit den Mitteln soll zur Deckung der Kosten (einschließlich Bewirtungskosten) der in Rheinland-Pfalz durchzuführenden Tagungen von Arbeitsgemeinschaften des Bundes und der Länder beigetragen werden.

547 02	011	Sachkosten juristischer Informationssysteme	635.883	655.000	641.100
---------------	-----	--	---------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Jahrespauschalen aufgrund der Nutzungsverträge über die juristischen Informationssysteme JURIS, Beck-Online und JURION.

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

547 69	011	Vermischte sächliche Verwaltungsausgaben	0	700	700
---------------	-----	---	---	------------	------------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(526 11)	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	12.426	13.500	
-----------------	-----	--------------------------------------	--------	---------------	--

(531 05)	011	Internationale grenzüberschreitende Zusammenarbeit	1.725	6.600	
-----------------	-----	---	-------	--------------	--

	aus Titelgruppen:		37.720	25.000	59.500
--	--------------------------	--	--------	---------------	---------------

	Summe HGr. 5:		1.646.491	1.745.900	2.052.900
--	----------------------	--	-----------	------------------	------------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

681 01	011	Zuwendungen im Rahmen der Partnerschaftshilfe	1.365	7.000	0
---------------	-----	--	-------	--------------	----------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Hospitationen, Fortbildungsmaterial, Fahrtkosten und anderes im Rahmen der Partnerschaftshilfe.

Für 2021 sind zu der vorgenannten Zweckbestimmung keine Ausgaben zu erwarten.

	Summe HGr. 6:		1.365	7.000	0
--	----------------------	--	-------	--------------	----------

HGr. 8: Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 01	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	8.000	5.000
---------------	-----	--	---	--------------	--------------

Erläuterungen:

		2021 EUR
1.)	Ersatzbeschaffung von Geräten und Maschinen für den Bürobereich	3.300
2.)	Ersatzbeschaffung von Maschinen für die Druckerei	1.700
Summe		5.000

05 **Ministerium der Justiz**
05 01 **Ministerium**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 812 01

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Summe HGr. 8:	0	8.000	5.000
---------------	---	-------	-------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 99 Aufwand für Informations- und Kommunikationstechnik

Die Ausgaben 05 01-TG 99, 05 02-TG 96, 05 02-TG 98, 05 03-TG 97, 05 03-TG 99, 05 04-TG 99, 05 05-TG 99, 05 06-TG 99, 05 07-TG 99, 05 08-TG 99 sind gegenseitig deckungsfähig; dies gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen.

Die Ausgaben sind übertragbar.

511 99	011	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die Datenverarbeitung, Datenübertragung, Software	14.982	12.500	4.500
--------	-----	---	--------	---------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Einbruch- und Brandmeldeanlage des Serverraums sowie Ausgaben für kleinere Hardwarebeschaffungen.

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

525 99	011	Aus- und Fortbildung	1.197	1.000	0
--------	-----	-----------------------------	-------	--------------	----------

539 99	011	Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen für Software	21.542	11.500	55.000
--------	-----	--	--------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten der Pflege und Weiterentwicklung des Verfahrens ExamIS im Verbund.

Mehr aufgrund Weiterentwicklungskosten und Ausgaben für ein Redesign.

812 99	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung, Software	0	0	0
--------	-----	--	---	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 99	37.720	25.000	59.500
-----------------------	---------------	--------	---------------	---------------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Ausgaben der Titelgruppen	37.720	25.000	59.500
-----------------------	---------------------------------	--------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
HGr. 1		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	62.082	86.200	66.000
HGr. 2		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahmen			62.082	86.200	66.000
Ausgaben					
HGr. 4		Personalausgaben	9.366.505	9.111.700	10.485.200
HGr. 5		Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.646.491	1.745.900	2.052.900
HGr. 6		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.365	7.000	0
HGr. 8		Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	8.000	5.000
Gesamtausgaben			11.014.361	10.872.600	12.543.100
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-10.952.278	-10.786.400	-12.477.100

05 **Ministerium der Justiz**
05 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Vorwort

Nach dem Landesbeamtenversorgungsgesetz erhalten die in den Ruhestand getretenen Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter Ruhegehälter und deren Hinterbliebene Versorgungsbezüge. Die aufgrund des § 90 des Landesbeamtengesetzes Rheinland-Pfalz erlassene Beihilfenverordnung vom 31. März 1958, GVBl. S. 103, BS 2030-1-50, in der jeweils geltenden Fassung, sieht für die den Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern sowie den Empfängerinnen und Empfängern von Ruhegehalt oder Versorgungsbezügen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen entstehenden Aufwendungen die Gewährung von Beihilfen vor.

Die für die vorgenannten Leistungen aufzuwendenden Beträge sind in Kapitel 05 02 zentral für den Einzelplan 05 veranschlagt.

Außerdem sind in diesem Kapitel beispielsweise die Sachausgaben und Investitionen für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs (eRV) und der elektronischen Akte (eAkte) bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie die Informationssicherheit veranschlagt.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 01	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten	0	0	0
---------------	-----	---------------------------------------	---	---	---

Erläuterungen:

Leertitel.

119 69	011	Vermischte Verwaltungseinnahmen	0	0	0
---------------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Leertitel.

Summe HGr. 1:	0	0	0
---------------	---	---	---

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 01	058	Beteiligung des Bundes an den Versorgungslasten	168.230	579.000	168.200
---------------	-----	--	---------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf aufgrund der Ist-Ausgabe 2019.

232 01	058	Beteiligung der Länder an den Versorgungslasten	1.754.270	484.000	1.754.300
---------------	-----	--	-----------	----------------	------------------

Erläuterungen:

Diesem Titel sind sämtliche Erstattungen zur Beteiligung an den Versorgungslasten des Landes, soweit sie nicht Erstattungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag oder die Titel 231 01 oder 233 01 betreffen oder aus besonderem Grund anderweitig zu veranschlagen sind, zuzuordnen.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf aufgrund der Ist-Ausgabe 2019.

233 01	058	Beteiligung der Gemeinden/GV an den Versorgungslasten	55.493	1.000	55.500
---------------	-----	--	--------	--------------	---------------

Erläuterungen:

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf aufgrund der Ist-Ausgabe 2019.

Summe HGr. 2:	1.977.993	1.064.000	1.978.000
---------------	-----------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

412 01	051	Entschädigung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter sowie Beisitzerinnen und Beisitzer	1.273.152	1.400.000	1.300.000
--------	-----	---	-----------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Aufwendungen zur Entschädigung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für die Teilnahme an Sitzungen sowie an Unterweisungen.

412 02	011	Kosten für Mitglieder von Fachbeiräten und Ausschüssen	5.345	15.000	15.000
--------	-----	---	-------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Aufwand für

			2021
			EUR
1.)		die Bioethikkommission und	4.000
2.)		den Beirat für Strafvollzug und Kriminologie gem. VV JM vom 26. März 1986 (4510-5-2/86)	4.000
3.)		Mitglieder der Beiräte bei den Justizvollzugsanstalten	3.300
4.)		Sonstiges	3.700
		Summe	15.000

412 05	051	Entschädigung der (ehrenamtlichen) Schiedspersonen	25.594	30.000	30.000
--------	-----	---	--------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die nach der Schiedsamtordnung -SchO- in der Fassung vom 12. April 1991 (GVBl. S. 209) -BS 316-1- zu übernehmenden Personalkosten der ehrenamtlichen Schiedspersonen, und zwar Reisekostenvergütungen und Ersatz von Verdienstausfall infolge Teilnahme an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, an Besprechungen mit dem Dienstvorgesetzten oder anlässlich der Entgegennahme der Ernennungsurkunden, sonstige Kosten der Aus- und Fortbildung (ausgenommen Vortragsvergütungen, siehe Kapitel 05 03 Titel 427 33), Jubiläumsszuwendungen und Kosten von Heilverfahren sowie Unterhaltsbeiträge bei Dienstunfällen.

Dem Ansatz liegen Aufwendungen für etwa 470 Schiedspersonen zugrunde.

412 11	051	Aufwandsentschädigung für Aufgaben nach dem Personalvertretungsrecht	6.105	12.000	15.000
--------	-----	---	-------	---------------	---------------

422 11	051	Nachversicherung der ausgeschiedenen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	1.965.802	3.500.000	2.561.300
--------	-----	---	-----------	------------------	------------------

427 03	313	Arbeitsmedizinische Betreuung	125.899	148.000	160.000
--------	-----	--------------------------------------	---------	----------------	----------------

Die Ausgaben bei 05 01 - HGr 4 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 05 02 - 427 03.

Die Ausgaben bei 05 03 - HGr 4 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 05 02 - 427 03.

Die Ausgaben bei 05 04 - HGr 4 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 05 02 - 427 03.

Die Ausgaben bei 05 05 - HGr 4 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 05 02 - 427 03.

Die Ausgaben bei 05 06 - HGr 4 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 05 02 - 427 03.

Die Ausgaben bei 05 07 - HGr 4 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 05 02 - 427 03.

Die Ausgaben bei 05 08 - HGr 4 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 05 02 - 427 03.

05 **Ministerium der Justiz**
05 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 427 03

Erläuterungen:

Aufwand für die arbeitsmedizinische Betreuung von Behörden durch externe Auftragnehmer.

432 01	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten	15.473.882	15.753.300	17.504.600
---------------	-----	---	------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Ruhegehälter für Beamtinnen und Beamte mit Ausnahme von Ruhegehältern für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter im Bereich des Rechtsschutzes.

432 02	058	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Beamtinnen und Beamten	1.927.425	2.235.000	2.394.600
---------------	-----	---	-----------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Versorgungsbezüge für Hinterbliebene von Beamtinnen und Beamten mit Ausnahme von Versorgungsbezügen für Hinterbliebene von Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richtern im Bereich des Rechtsschutzes.

432 10	058	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter im Bereich des Rechtsschutzes	96.914.565	103.268.000	112.668.100
---------------	-----	--	------------	--------------------	--------------------

Die Ausgaben bei 432 10 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 631 01.

Die Ausgaben bei 432 10 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 632 01.

Die Ausgaben bei 432 10 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 633 01.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Ruhegehältern für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter im Bereich des Rechtsschutzes.

432 11	058	Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richtern im Bereich des Rechtsschutzes	21.887.423	22.990.500	23.275.400
---------------	-----	---	------------	-------------------	-------------------

Die Ausgaben bei 432 11 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 631 01.

Die Ausgaben bei 432 11 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 632 01.

Die Ausgaben bei 432 11 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 633 01.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung von Versorgungsbezügen für Hinterbliebene von Beamten und Richtern im Bereich des Rechtsschutzes.

441 01	841	Beihilfen	329.790	439.000	680.000
---------------	-----	------------------	---------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Aufwendungen nach der Beihilfenverordnung für Beamtinnen/Beamte mit Ausnahme der Beamtinnen/Beamten und Richterinnen/Richter im Bereich des Rechtsschutzes.

441 10	841	Beihilfen im Bereich des Rechtsschutzes	18.516.565	19.472.100	24.320.000
---------------	-----	--	------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung für Aufwendungen nach der Beihilfenverordnung für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter im Bereich des Rechtsschutzes.

443 01	051	Unfallfürsorge für Beamtinnen und Beamte (Richterinnen und Richter)	198.228	300.000	400.000
---------------	-----	--	---------	----------------	----------------

05 **Ministerium der Justiz**
05 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		
443 03	058	Unfallfürsorge für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	143.626	200.000	200.000
443 05	051	Ärztliche Untersuchungen sowie arbeitssicherheitsrechtliche Maßnahmen im öffentlichen Dienst	136.039	150.000	250.000
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind die Mittel für die amtsärztlichen und ärztlichen Untersuchungen bei der Einstellung und Anstellung sowie für die Ausübung bestimmter Funktionen im öffentlichen Dienst und die Mittel für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung der Bediensteten.					
443 06	051	Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen gem. § 71a des Landesbeamtengesetzes	5.600	0	0
<i>Einnahmen aus Rückzahlungen und Erstattungen sind von der Ausgabe abzusetzen.</i>					
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind die Mittel für die Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen gemäß § 71 a LBG.					
Leertitel.					
443 11	051	Fürsorgeleistungen des öffentlichen Arbeitgebers	0	0	0
446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	3.273.642	3.683.900	4.269.500
Erläuterungen:					
Zentrale Veranschlagung für Aufwendungen nach der Beihilfenverordnung für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sowie Hinterbliebene mit Ausnahme der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, Hinterbliebenen von Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richtern aus dem Bereich des Rechtsschutzes.					
446 10	058	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich des Rechtsschutzes	29.519.333	32.950.400	40.455.900
Erläuterungen:					
Zentrale Veranschlagung der Aufwendungen nach der Beihilfenverordnung für Versorgungsempfängerinnen/-empfänger und Hinterbliebene von Beamtinnen/Beamten und Richterinnen/Richtern aus dem Bereich des Rechtsschutzes.					
446 46	058	Leistungen zur sozialen Sicherung von Pflegepersonen für beihilfeberechtigte Pflegebedürftige	208.987	250.200	274.600
452 01	058	Erstattungen an Versicherungsträger (im Zuge der Durchführung des Versorgungsausgleichs nach dem 1. EheRG)	2.165.643	1.500.000	2.300.000
Summe HGr. 4:			194.102.646	208.297.400	233.074.000

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 11	051	Gerichts- und ähnliche Kosten			80.000
neu					

Einnahmen (Erstattung von Gerichts- und ähnlichen Kosten) sind von der Ausgabe haushaltsjahrübergreifend abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und ähnliche Kosten des Landes als Prozess- oder Vertragspartei.

05 Ministerium der Justiz
05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 526 11

Der Titel war zuvor in den Kapiteln 05 01, 05 03, 05 05 und 05 07 veranschlagt und wird ab dem Jahr 2021 zentral im Kapitel 05 02 ausgebracht.

533 16 332 **Ausgleichszahlungen für CO2-Emissionen aus dienstlich veranlassten Flugreisen im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz** **0**
 neu

Die Deckungsfähigkeiten des § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 LHG dürfen zugunsten des Titels 533 16 kapitelübergreifend in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen:

Leertitel.

Aufgrund der noch nicht absehbaren dienstlich veranlassten Flugreiseinanspruchnahme sind etwaige Zahlungen derzeit noch nicht hinreichend prognostizierbar.

Auf der Grundlage des Beschlusses des Ministerrates vom 17.12.2019 leisten die Ressorts als Kompensation für entstandene CO2-Emissionen aus dienstlich veranlassten Flugreisen der Ressorts und der jeweiligen nachgeordneten Dienststellen eine Ausgleichszahlung an die Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz. Diese verwendet das Aufkommen für die Durchführung von Kompensationsmaßnahmen in rheinland-pfälzischen Klimaschutzprojekten.

Die Ausgleichszahlungen sollen vorrangig durch Einsparung von Ausgaben bei Titeln der Gruppe 527 innerhalb des Einzelplans gegenfinanziert werden.

546 11 051 **Gesundheitsmanagement** **56.265** **60.000** **120.000**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben von Gerichten und Behörden im Zusammenhang gesundheitsfördernder Maßnahmen einschließlich Reisekosten entsprechend des Rahmenkonzeptes zum Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung Rheinland-Pfalz.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

aus Titelgruppen: **1.563.240** **1.076.100** **1.438.800**

Summe HGr. 5: **1.619.505** **1.136.100** **1.638.800**

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 01 058 **Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes** **629.270** **505.000** **629.300**

Die Ausgaben bei 432 10 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 631 01.

Die Ausgaben bei 432 11 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 631 01.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Kosten für die Beteiligung an den Versorgungslasten des Bundes.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf aufgrund der Ist-Ausgabe 2019.

632 01 058 **Beteiligung an den Versorgungslasten der Länder** **2.194.703** **2.171.700** **2.194.700**

Die Ausgaben bei 432 10 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 632 01.

Die Ausgaben bei 432 11 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 632 01.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Kosten für die Beteiligung an den Versorgungslasten anderer Länder.

Diesem Titel sind sämtliche Abfindungen und Erstattungen des Landes für eine Beteiligung an Versorgungslasten, soweit sie nicht den Titel 631 01 oder 633 01 betreffen oder aus besonderem Grund anderweitig zu veranschlagen sind, zuzuordnen.

05 **Ministerium der Justiz**
05 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 632 01

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf aufgrund der Ist-Ausgabe 2019.

633 01	058	Beteiligung an den Versorgungslasten der Gemeinden/GV	543.224	209.000	543.200
---------------	------------	--	---------	----------------	----------------

Die Ausgaben bei 432 10 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 633 01.

Die Ausgaben bei 432 11 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 633 01.

Erläuterungen:

Zentrale Veranschlagung der Kosten für die Beteiligung an den Versorgungslasten der Gemeinden/GV.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf aufgrund der Ist-Ausgabe 2019.

aus Titelgruppen:			1.277.409	561.800	2.414.800
--------------------------	--	--	-----------	----------------	------------------

Summe HGr. 6:			4.644.605	3.447.500	5.782.000
---------------	--	--	-----------	------------------	------------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

981 01	891	Entgelte für Leistungen der Justizvollzugsanstalten	41.415	73.000	61.400
---------------	------------	--	--------	---------------	---------------

981 05	891	Erstattung des Verwaltungsaufwandes an das LfF für die Zahlbarmachung von Bezügen	3.532.969	3.247.300	3.360.900
---------------	------------	--	-----------	------------------	------------------

Einnahmen aus Rückzahlungen durch das LfF sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

981 09	891	Ausgleichsabgabe nach § 160 SGB IX	0	0	0
---------------	------------	---	---	----------	----------

Erläuterungen:

Leertitel

Summe HGr. 9:			3.574.384	3.320.300	3.422.300
---------------	--	--	-----------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 96 Informationssicherheit

Die Ausgaben 05 01-TG 99, 05 02-TG 96, 05 02-TG 98, 05 03-TG 97, 05 03-TG 99, 05 04-TG 99, 05 05-TG 99, 05 06-TG 99, 05 07-TG 99, 05 08-TG 99 sind gegenseitig deckungsfähig; dies gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen.

Die Ausgaben sind übertragbar.

525 96 051 **Aus- und Fortbildung** **15.000**

neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen für IT-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Sicherheitsbeauftragte im Bereich Informationssicherheit.

539 96 051 **Ankäufe und Mieten von Software und Lizenzen, Werkverträge, Wartungskosten für Software** **50.000**

neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Initiierung einer Awarenesskampagne für den Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz.

671 96 051 **Kostenerstattung für die Inanspruchnahme des LDI** **20.000**

neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für den Pilotbetrieb einer Softwarelösung zur weiteren Absicherung der Clients im Justiznetz.

812 96 051 **Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung, Software** **200.000**

neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung und Implementierung einer Softwarelösung zur weiteren Absicherung und Härtung der Clients im Justiznetz

Nachrichtlich: Summe TGr. 96 **285.000**

TGr. 98 Aufwand für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs (eRV) und der elektronischen Akte (eAkte) bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften

Die Ausgaben 05 01-TG 99, 05 02-TG 96, 05 02-TG 98, 05 03-TG 97, 05 03-TG 99, 05 04-TG 99, 05 05-TG 99, 05 06-TG 99, 05 07-TG 99, 05 08-TG 99 sind gegenseitig deckungsfähig; dies gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen.

Die Ausgaben sind übertragbar.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Erläuterungen:

Für das Projekt zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs (eRV) und der elektronischen Akte (eAkte) bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften waren nach den ursprünglichen Planungen (Stand Ende 2015) für die Jahre 2017 bis 2023 Gesamtausgaben in Höhe von 19.382.300 EUR vorgesehen, wovon 4.963.000 EUR für Kostenerstattungen an den Landesbetrieb Daten und Information (LDI) enthalten waren. Nicht enthalten waren die Ausgaben zur Einführung der eAkte in Strafsachen. Durch das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2208) besteht die gesetzliche Verpflichtung, elektronische Akten auch im Bereich des Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts einzuführen. Die flächendeckende Einführung des eRV im gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Bereich ist in Rheinland-Pfalz bereits vollständig abgeschlossen. Die eAkte soll bis Ende 2024 bei allen rheinland-pfälzischen Gerichten und Staatsanwaltschaften eingeführt sein. Die Ist-Ausgaben in den Jahren 2017 bis 2019 betragen insgesamt rund 7.955.300 EUR, wovon rund 2 Mio. EUR über Ausgabereste aus Vorjahren finanziert wurden. Die Ausgaben enthalten 2.824.934 EUR für Kostenerstattungen an den LDI. Nach den derzeitigen Planungen sollen bis 2024 Gesamtkosten in Höhe von 38.759.700 EUR anfallen. Davon sind 5.022.600 EUR ausschließlich für die Einführung der eAkte im Bereich des Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts vorgesehen. Der weitere Mehrbedarf von 14.759.700 EUR ist u.a. auf gestiegene Kosten für die Weiterentwicklung der eAkte-Software eIP, für die Bereitstellung zu integrierender Softwareprodukte für die Umsetzung der Ausfallsicherheit und die Softwarepflege zurückzuführen. Die hierfür entstehenden Kosten werden im Länderverbund getragen, der neben Rheinland-Pfalz aus Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern besteht. Darüber hinaus sind die Mehrausgaben auf gestiegene Betriebskosten bei dem LDI, insbesondere wegen des hohen Bedarfs an Systemressourcen sowie auf Oracle-Lizenzkosten zurückzuführen.

511 98	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	103.897	81.900	56.900
--------	-----	---	---------	---------------	---------------

Die Ausgaben bei 05 02 - 511 98, 05 03 - 511 01 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgaben bei 05 02 - 511 98, 05 05 - 511 01 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgaben bei 05 02 - 511 98, 05 06 - 511 01 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgaben bei 05 02 - 511 98, 05 07 - 511 01 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgaben bei 05 02 - 511 98, 05 08 - 511 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Verpflichtungsermächtigung

	2021 EUR
Betrag:	0
davon fällig:	
2022 bis zu	0
2023 bis zu	
2024 bis zu	
2025 bis zu	
2026 ff. bis zu	

Erläuterungen:

	Gesamt	Davon entfallen auf:					
		2021	2022	2023	2024	2025	2026 ff.
Vorbelastung VE 2021	12.565.500	4.258.800	3.510.300	2.906.500	1.889.900		
Verpfl. aus VE		4.258.800	3.510.300	2.906.500	1.889.900		

In den Verpflichtungsermächtigungen sind gemäß Nr. 4.3 zu § 38 VV-LHO die Kostenerstattungen an den Landesbetrieb Daten und Information in Höhe von rund 7.360.400 EUR (Betriebskosten 2021 bis 2024) nicht enthalten.

514 98	051	Verbrauchsmaterial	25.165	14.300	31.900
--------	-----	---------------------------	--------	---------------	---------------

Verpflichtungsermächtigung

	2021 EUR
Betrag:	0

05 **Ministerium der Justiz**
05 02 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		
519 98	051	Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen, kleinere bauliche Maßnahmen und Schönheitsreparaturen	19.804	10.600	53.100
		Verpflichtungsermächtigung			
		2021 EUR			
		Betrag: _____			0
525 98	051	Aus- und Fortbildung	69.555	129.300	84.000
		Verpflichtungsermächtigung			
		2021 EUR			
		Betrag: _____			0
527 98	051	Reisekostenvergütungen	27.441	57.300	55.700
		Verpflichtungsermächtigung			
		2021 EUR			
		Betrag: _____			0
539 98	051	Ankäufe und Mieten von Software und Lizenzen, Werkverträge, Wartungskosten für Software	1.317.378	782.700	1.092.200
		Verpflichtungsermächtigung			
		2021 EUR			
		Betrag: _____			0
		Erläuterungen:			
		Mehrausgaben für die Weiterentwicklung der eAkte-Software eIP, für die Bereitstellung zu integrierender Softwareprodukte (insbesondere Strukturierungswerkzeuge zum Durchdringen von Inhalten sowie eines neuen PDF-Editors aus Gründen der Barrierefreiheit und IT-Sicherheit), für die Umsetzung der Ausfallsicherheit und die Softwarepflege.			
632 98	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Datenverarbeitung an andere Länder	94.594	59.000	299.200
		Verpflichtungsermächtigung			
		2021 EUR			
		Betrag: _____			0
671 98	051	Kostenerstattung für die Inanspruchnahme des LDI	1.182.814	502.800	2.095.600
		Verpflichtungsermächtigung			
		2021 EUR			
		Betrag: _____			0
		Erläuterungen:			
		Mehr insbesondere aufgrund der gestiegenen Betriebskosten beim LDI für die eJustice I-Umgebung sowie die weitere eJustice II- und eJustice II-Umgebung.			

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	1.977.993	1.064.000	1.978.000
Gesamteinnahmen		1.977.993	1.064.000	1.978.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	194.102.646	208.297.400	233.074.000
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.619.505	1.136.100	1.638.800
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.644.605	3.447.500	5.782.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.207.792	671.600	3.854.500
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	3.574.384	3.320.300	3.422.300
Gesamtausgaben		205.148.933	216.872.900	247.771.600
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-203.170.940	-215.808.900	-245.793.600

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Vorwort

Das Kapitel 05 03 enthält die Ansätze für Einnahmen und Ausgaben der ordentlichen Gerichte und der Staatsanwaltschaften des Landes. Das sind nach den §§ 4 bis 6 des Landesgesetzes über die Gliederung und die Bezirke der Gerichte (Gerichtsorganisationsgesetz -GerOrgG-) vom 5. Oktober 1977 (GVBl. S. 333), BS 300-1, sowie nach Nummer 1 der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums der Justiz vom 10. Februar 1981 (3262 -4- 5/81) -JBl. S. 49, 2004 S. 261-:

Oberlandesgericht Koblenz mit Landesjustizkasse Mainz und

- Landgericht Koblenz mit 15 Amtsgerichten,
- Landgericht Bad Kreuznach mit 4 Amtsgerichten,
- Landgericht Mainz mit 4 Amtsgerichten sowie
- Landgericht Trier mit 8 Amtsgerichten

Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken mit

- Landgericht Frankenthal (Pfalz) mit 6 Amtsgerichten,
- Landgericht Kaiserslautern mit 3 Amtsgerichten,
- Landgericht Landau in der Pfalz mit 3 Amtsgerichten und
- Landgericht Zweibrücken mit 3 Amtsgerichten

Generalstaatsanwaltschaft Koblenz mit

- Staatsanwaltschaft Koblenz,
- Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach,
- Staatsanwaltschaft Mainz und
- Staatsanwaltschaft Trier

Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken mit

- Staatsanwaltschaft Frankenthal (Pfalz),
- Staatsanwaltschaft Kaiserslautern,
- Staatsanwaltschaft Landau in der Pfalz und
- Staatsanwaltschaft Zweibrücken

Die genannten Gerichte üben für 4.084.844 Einwohnerinnen und Einwohner (Stichtag: 31. Dezember 2018) auf dem Gebiet der ordentlichen Gerichtsbarkeit die Recht sprechende Gewalt aus, soweit die Länder hierfür zuständig sind. Ihr Aufgabenbereich umfasst die gesamte streitige Gerichtsbarkeit (Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten einschließlich Familiensachen und Strafsachen) sowie die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Zu letzteren zählen unter anderem die Führung der Grundbücher und der öffentlichen Register (z.B. Handelsregister, Vereinsregister) sowie die Verfahren in Nachlassangelegenheiten (z.B. Verwahrung und Eröffnung von Testamenten, Erteilung von Erbscheinen) und Betreuungssachen (z.B. Bestellung und Beaufsichtigung von Betreuern, Erteilung gerichtlicher Genehmigungen).

Den Staatsanwaltschaften obliegen die Verfolgung von Straftaten sowie die Vollstreckung rechtskräftig verhängter Strafen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 01	051	Gerichtskosten	218.379.704	205.000.100	209.000.000
--------	-----	-----------------------	-------------	--------------------	--------------------

Vgl. Vermerk bei 511 01, 532 01, 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06, 532 07, 532 08, 532 12, 532 13.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren und Auslagen, die nach dem Gerichtskostengesetz, der Kostenordnung, der Verordnung über Kosten im Bereich der Justizverwaltung (JVKostO) usw. erhoben werden.

Mehr aufgrund der zu erwartenden Einnahmeentwicklung.

111 02	051	Kosten der Vollstreckungsbeamten	18.969.647	19.000.000	19.000.000
--------	-----	---	------------	-------------------	-------------------

Vgl. Vermerk bei Titel 459 01.

Erläuterungen:

			2021
			EUR
1.)	Gebühren der Vollstreckungsbeamten		12.500.000
2.)	Auslagen für Amtshandlungen der Vollstreckungsbeamten		6.500.000
	Summe		19.000.000

Den Einnahmen stehen Ausgaben bei Titel 459 01 gegenüber.

111 03	051	Gebühren aus dem automatisierten Abrufverfahren des Grundbuchs	2.547.928	2.600.000	2.600.000
--------	-----	---	-----------	------------------	------------------

Vgl. Vermerk bei TG 99.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gebühren für die Verfahrenseinrichtung, die Bereitstellung und den Abruf von Daten aus dem maschinell geführten Grundbuch.

111 04	051	Gebühren aus dem automatisierten Abrufverfahren der Register	810.394	645.000	700.000
--------	-----	---	---------	----------------	----------------

Vgl. Vermerk bei TG 99.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren für die Verfahrenseinrichtung, die Bereitstellung und den Abruf von Daten aus dem maschinell geführten Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregister.

111 05	051	Gebühren aus dem automatisierten Abrufverfahren des Vollstreckungsportals	325.038	500.000	500.000
--------	-----	--	---------	----------------	----------------

Vgl. Vermerk bei TG 99.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren für die Verfahrenseinrichtung, die Bereitstellung und den Abruf von Daten aus dem maschinell geführten Vollstreckungsportal.

111 06	051	Gebühren aus dem Schutzschriftenregister (ZSSR)	23.286	0	0
--------	-----	--	--------	----------	----------

Vgl. Vermerk bei TG 99.

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 111 06

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren für die Einstellung einer Schutzschrift in das Zentrale Schutzschriftenregister (ZSSR).

111 11 051 Verwaltungsgebühren 20.000

neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren für die Feststellung, ob die Voraussetzungen für die Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen vorliegen.

Nach der Übertragung der der Landesjustizverwaltung nach Artikel 7 des Familienrechtsänderungsgesetzes vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1221) in der jeweils geltenden Fassung zustehenden Befugnisse auf die Präsidentin oder den Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz werden die vorgenannten Gebühren ab dem Haushaltsjahr 2021 im Kapitel 05 03 veranschlagt. Im Kapitel 05 01 wurde der Ansatz des Titels 111 11 entsprechend vermindert.

112 01 051 Geldstrafen und Geldbußen 28.296.171 28.500.000 28.500.000

112 02 051 Geldauflagen in Ermittlungs- und Strafverfahren 2.257.056 2.000.000 2.000.000

Vgl. Vermerk bei Titel 812 99.

112 03 051 Zwangs- und Ordnungsgelder nach dem Kapitalgesellschaften- und Co-Richtlinie-Gesetz 0 0 0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die nach §§ 335, 335a, 335b, 340o und 341o HGB verhängten Zwangs- und Ordnungsgelder.

119 06 051 Einnahmen aus Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen und Inanspruchnahme von Personal 24.449 20.000 20.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Vergütungen für das Aufstellen von Warenautomaten in Dienstgebäuden, Entgelte für die Inanspruchnahme von Personal und die private Mitbenutzung von Dienstfahrzeugen.

119 14 051 Einnahmen aus der Verwertung eingezogener Vermögenswerte 20.692.128 500.000 3.500.000

Rückzahlungen aus Vermögensabschöpfungen an eine oder mehrere Verletzte oder Berechtigte können von der Einnahme abgesetzt werden.

Die Einnahmen aus Vermögensabschöpfungen sind zweckgebunden, sie dienen, soweit sie nicht bereits an eine oder mehrere Verletzte oder Berechtigte erstattet wurden, in voller Höhe zur Leistung von Ausgaben bei Titel 681 01.

Vgl. Vermerk bei Titel 681 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus eingezogenen oder für verfallen erklärter Geldbeträge - auch Wertersatzgelder - und aus den Erlösen aus der Verwertung eingezogener und für verfallen erklärter Gegenstände.

Mehr aufgrund der zu erwartenden Einnahmeerwartung im Hinblick auf das Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872).

119 15 051 Einnahmen aus Schadenersatzleistungen 69.569 140.000 140.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Schadenersatzleistungen für durch Dritte verschuldete Dienstunfälle von Beamtinnen und Beamten u. ä..

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		
119 16	051	Einnahmen aus ausgebuchten Geldhinterlegungen sowie verfallenen Hinterlegungsmassen	473.262	600.000	600.000
		<i>Vgl. Vermerk bei Titel 547 69.</i>			
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind Geldhinterlegungen, die vor dem Schluss des Haushaltsjahres ausgebucht werden, sowie verfallene Hinterlegungsmassen nach § 24 des Landeshinterlegungsgesetzes vom 3. April 2014 (GVBl. S. 34), BS 3213-1, in der jeweils geltenden Fassung i. V. m. Nummer 16 der Ausführungsvorschriften zum Landeshinterlegungsgesetz vom 27. August 2014 (JBl. 2014, S. 80).			
119 25	051	Erlöse aus der Veräußerung von Altmaterial, Abfällen, Fund-sachen usw.	10.919	10.000	10.000
119 69	051	Vermischte Verwaltungseinnahmen	478.664	250.000	400.000
		<i>Vgl. Vermerk bei Titel 547 69.</i>			
		<i>Rückzahlungen von Kautionen sind von der Einnahme abzusetzen.</i>			
		<i>Mehr aufgrund der zu erwartenden Einnahmeentwicklung.</i>			
124 01	051	Mieten und Vergütungen für Wohnungen und Nebenentgelte	114.549	135.000	110.000
124 02	051	Vergütungen und Nebenentgelte für die Überlassung von Diensträumen an Dritte	44.460	50.000	50.000
		Erläuterungen:			
		Veranschlagt sind Einnahmen aus der Vermietung von Diensträumen an Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher, Behörden und Stellen außerhalb der Justizverwaltung sowie an Dritte.			
132 01	051	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	0	6.000	0
		<i>Vgl. Vermerk bei Titel 514 01.</i>			
		<i>Die Kosten der Verwertung sind von der Einnahme abzusetzen.</i>			
132 02	051	Erlöse aus der Veräußerung unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände	750	5.000	2.000
		<i>Vgl. Vermerk bei 511 01.</i>			
Summe HGr. 1:			293.517.973	259.961.100	267.152.000
HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen					
235 01	051	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit	16.928	25.000	25.000
235 07	291	Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Umsetzung des Altersteilzeitgesetzes	0	0	0
		<i>Vgl. Vermerk bei Titel 428 01.</i>			
281 01	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben	0	5.000	5.000

05 **Ministerium der Justiz**
05 03 **Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 281 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen von Prozesskosten durch Dritte.

Summe HGr. 2:	16.928	30.000	30.000
---------------	--------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

Die Ausgaben bei 05 03 - HGr 4 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 05 02 - 427 03.

Für die Bewirtschaftung der Stellenpläne der Kapitel 0503, 0505 bis 0508 gilt Folgendes:

1. Sobald Richterinnen/Richter oder Staatsanwältinnen/Staatsanwälte die Altersteilzeit in Form des Blockmodells in Anspruch nehmen, dürfen deren hälftig frei werdende Stellen bis zum Beginn der Freistellungsphase nicht wieder besetzt werden; diese Stellenanteile sind für den Zeitraum der Arbeitsphase gesperrt.
2. Für die in die Freistellungsphase der Altersteilzeit im Blockmodell wechselnden Richterinnen/Richter oder Staatsanwältinnen/Staatsanwälte werden im Stellenplanabschnitt - Altersteilzeit - Stellenanteile veranschlagt, die mit einem kw-Vermerk "kw mit Ausscheiden des Planstelleninhabers" versehen sind. Diese Stellen werden für die in die Freistellungsphase wechselnden Richterinnen/Richter oder Staatsanwältinnen/Staatsanwälte zu dem Zeitpunkt von dem für Finanzangelegenheiten zuständigen Ministerium freigegeben, sobald der Ersatzbedarf aufgrund des Altersteilzeit-Phasenwechsels entsteht.
3. Sollten die unter dem Stellenplanabschnitt Altersteilzeit veranschlagten kw-Stellen nicht ausreichend sein, wird das für Finanzangelegenheiten zuständige Ministerium ermächtigt, zusätzliche kw-Planstellen zu schaffen.
4. Abweichend von § 50 Abs. 4 LHO können bei einer Inanspruchnahme von Elternzeit ohne Dienstbezüge im Umfang von mindestens sechs Monaten im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Bereich Leerstellen geschaffen werden, wenn ein unabweisbares Bedürfnis zur Neubesetzung der Planstellen besteht.
5. In Stellen der Besoldungsgruppe A4+AZ (Justizhauptwachtmeisterin/Justizhauptwachtmeister) können Justizhelferinnen/Justizhelfer (Entgeltgruppe 4 TV-L) nachgewiesen werden.

422 01	051	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	169.397.233	164.015.400	186.698.400
---------------	-----	---	-------------	--------------------	--------------------

1. In Stellen der Besoldungsgruppe A9 (Sozialinspektorin, Sozialinspektor) können Bewährungshelferinnen/Bewährungshelfer als Beschäftigte (Entgeltgruppe S 15 TV-L) für die Dauer von zwei Jahren nachgewiesen werden (§ 18 Abs. 1 Nr. 2 LbVO).
2. Die Stellen der Besoldungsgruppe R1 für Richterinnen/Richter am Landgericht sowie Richterinnen/Richter am Amtsgericht dürfen bei Bedarf gegenseitig in Anspruch genommen werden.
3. Bis zu 10 Stellen der Besoldungsgruppe R1 für Richterinnen/Richter am Landgericht sowie Richterinnen/Richter am Amtsgericht dürfen bei Bedarf für Staatsanwältinnen/Staatsanwälte der Besoldungsgruppe R1 in Anspruch genommen werden.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Ea	2020	2021
Allgemein				
Präsidentin, Präsident des Oberlandesgerichts	R8	IV	2,00	2,00
Präsidentin, Präsident des Landgerichts	R6	IV	1,00	1,00
Generalstaatsanwältin, Generalstaatsanwalt als Leiterin oder Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht	R6	IV	1,00	1,00
Präsidentin, Präsident des Landgerichts	R5	IV	3,00	3,00
Generalstaatsanwältin, Generalstaatsanwalt als Leiterin oder Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht	R5	IV	1,00	1,00
Präsidentin, Präsident des Landgerichts	R4	IV	4,00	4,00
Vizepräsidentin, Vizepräsident des Oberlandesgerichts	R4	IV	2,00	2,00
Leitende Oberstaatsanwältin, Leitender Oberstaatsanwalt als Leiterin oder Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht	R4	IV	1,00	1,00
Vizepräsidentin, Vizepräsident des Landgerichts	R3	IV	4,00	4,00

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung			Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
					Angaben in EUR		
noch zu 422 01		Vorsitzende Richterin, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht	R3	IV		20,50	22,00
		Leitende Oberstaatsanwältin, Leitender Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiterin oder Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht	R3	IV		2,00	2,00
		Leitende Oberstaatsanwältin, Leitender Oberstaatsanwalt als Leiterin oder Leiter einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht	R3	IV		7,00	7,00
		Direktorin, Direktor des Amtsgerichts	R2+AZ	IV		21,00	21,00
		Vizepräsidentin, Vizepräsident des Landgerichts	R2+AZ	IV		4,00	4,00
		Oberstaatsanwältin, Oberstaatsanwalt als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter einer Leitenden Oberstaatsanwältin oder eines Leitenden Oberstaatsanwalts	R2+AZ	IV		8,00	8,00
		Richterin, Richter am Oberlandesgericht	R2	IV		63,50	64,50
		Vorsitzende Richterin, Vorsitzender Richter am Landgericht	R2	IV		85,00	86,00
		Richterin, Richter am Oberlandesgericht die oder der zugleich Universitätsprofessorin oder Universitätsprofessor ist - ohne Dienstbezüge -	R2	IV		8,00	8,00
		Oberstaatsanwältin, Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiterin oder Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht	R2	IV		34,50	36,50
		Oberstaatsanwältin, Oberstaatsanwalt als Dezernentin oder Dezernent bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht	R2	IV		11,50	11,50
		Richterin, Richter am Amtsgericht als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter einer Direktorin oder eines Direktors	R2	IV		20,00	20,00
		Richterin, Richter am Amtsgericht als weitere aufsichtführende Richterin oder weiterer aufsichtführender Richter	R2	IV		9,00	9,00
		Direktorin, Direktor des Amtsgerichts	R2	IV		21,00	21,00
		Direktorin, Direktor des Amtsgerichts	R1+AZ	IV		4,00	4,00
		Staatsanwältin, Staatsanwalt	R1	IV		188,00	195,00
		Richterin, Richter am Amtsgericht	R1	IV		311,50	311,50
		Richterin, Richter am Landgericht	R1	IV		152,50	164,00
		Leitende Regierungsdirektorin, Leitender Regierungsdirektor	A16	IV		2,00	2,00
		Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	IV		1,00	1,00
		Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A14	IV		6,00	6,00
		Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	IV		4,00	4,00
		Oberamtsanwältin, Oberamtsanwalt	A13+AZ	III		8,00	9,00
		Justizrechtsrätin, Justizrechtsrat	A13+AZ	III		9,00	9,00
		Justizrechtsrätin, Justizrechtsrat	A13	III		36,00	36,00
		Sozialrätin, Sozialrat	A13	III		7,00	8,00
		Oberamtsanwältin, Oberamtsanwalt	A13	III		31,00	33,00
		Amtsanhältin, Amtsanwalt	A12	III		34,00	34,00
		Justizamtsrätin, Justizamtsrat	A12	III		126,00	134,00
		Sozialamtsrätin, Sozialamtsrat	A12	III		21,00	22,00
		Justizamtfrau, Justizamtmann	A11	III		229,50	231,50
		Sozialamtfrau, Sozialamtmann	A11	III		35,00	37,00
		Justizoberinspektorin, Justizoberinspektor	A10	III		169,50	175,50
		Sozialoberinspektorin, Sozialoberinspektor	A10	III		41,00	43,00
		Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	A10	III		3,00	12,00
		Justizinspektorin, Justizinspektor	A9	III		123,00	115,00

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung			Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
					Angaben in EUR		
noch zu 422 01							
		Sozialinspektorin, Sozialinspektor	A9	III		35,00	29,25
		Obergerichtsvollzieherin, Obergerichtsvollzieher	A9+AZ	II		45,00	45,00
		Justizinspektorin, Justizinspektor	A9+AZ	II		81,00	93,00
		Justizinspektorin, Justizinspektor	A9	II		192,00	195,00
		Obergerichtsvollzieherin, Obergerichtsvollzieher	A9	II		106,00	106,00
		Gerichtsvollzieherin, Gerichtsvollzieher	A8	II		66,00	66,00
		Justizhauptsekretärin, Justizhauptsekretär	A8	II		279,00	283,00
		Technische Hauptsekretärin, Technischer Hauptsekretär	A8	II		1,00	0,00
		Justizobersekretärin, Justizobersekretär	A7	II		303,00	306,00
		Technische Obersekretärin, Technischer Obersekretär	A7	II		0,00	0,00
		Justizsekretärin, Justizsekretär	A6	II		303,50	282,50
		Technische Sekretärin, Technischer Sekretär	A6	II		0,00	0,00
		Justizsekretärin, Justizsekretär	A6	I		56,00	58,00
		Erste Justizhauptwachtmeisterin, Erster Justizhauptwachtmeister	A5+AZ	I		139,00	141,00
		Justizhauptwachtmeisterin, Justizhauptwachtmeister	A4+AZ	I		110,00	112,00
Zusammen:						3.592,50	3.642,75
Altersteilzeit							
		Richterin, Richter am Oberlandesgericht	R2	IV		0,50	0,50
		Vorsitzende Richterin, Vorsitzender Richter am Landgericht	R2	IV		0,50	0,00
		Staatsanwältin, Staatsanwalt	R1	IV		0,00	0,00
		Richterin, Richter am Landgericht	R1	IV		0,00	0,00
		Richterin, Richter am Amtsgericht	R1	IV		0,00	0,00
Zusammen:						1,00	0,50
Leerstellen:							
Allgemein							
		Richterin, Richter am Oberlandesgericht	R2	IV		1,00	3,00
		Oberstaatsanwältin, Oberstaatsanwalt als Dezernentin oder Dezernent bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht	R2	IV		0,00	0,00
		Staatsanwältin, Staatsanwalt	R1	IV		6,00	13,00
		Richterin, Richter am Amtsgericht	R1	IV		13,00	12,00
		Richterin, Richter am Landgericht	R1	IV		3,00	12,00
		Oberamtsanwalt mit Amtszulage	A13+AZ	III		0,00	1,00
		Justizrechtsrätin, Justizrechtsrat	A13	III		1,00	2,00
		Oberamtsanwältin, Oberamtsanwalt	A13	III		3,00	4,00
		Amts-anwältin, Amts-anwalt	A12	III		5,00	6,00
		Justizamtsrätin, Justizamtsrat	A12	III		2,00	1,00
		Justizamtfrau, Justizamtmann	A11	III		5,00	10,00
		Sozialamtfrau, Sozialamtmann	A11	III		1,00	1,00
		Justizoberinspektorin, Justizoberinspektor	A10	III		25,00	28,00
		Sozialoberinspektorin, Sozialoberinspektor	A10	III		5,00	3,50
		Justizinspektorin, Justizinspektor	A9	III		10,00	11,00
		Sozialinspektorin, Sozialinspektor	A9	III		2,00	4,00
		Justizinspektorin, Justizinspektor	A9	II		1,00	3,00
		Obergerichtsvollzieherin, Obergerichtsvollzieher	A9	II		1,00	1,00
		Justizhauptsekretärin, Justizhauptsekretär	A8	II		5,88	5,13
		Justizobersekretärin, Justizobersekretär	A7	II		49,40	45,50
		Justizsekretärin, Justizsekretär	A6	II		15,75	22,50

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		
noch zu 422 01		Justizhauptwachmeisterin, Justizhauptwachmeister	A4+AZ I	0,00	4,00
Zusammen:				155,03	192,63
Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):				3.593,50	3.643,25
Dienstwohnungen haben					
Beamte - II und I				12,00	8,00
Erläuterungen:					
					2021
					EUR
1.)	Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher Zulagen und Zuwendungen				186.697.700
2.)	Fahrradentschädigung für Kräfte des Wachtmeisterdienstes				700
Summe					186.698.400

Es sind eingestuft:

- in Bes.-Gr. R 6 der Generalstaatsanwalt in Koblenz
- in Bes.-Gr. R 5 der Generalstaatsanwalt in Zweibrücken
- in Bes.-Gr. R 6 die Präsidentin des Landgerichts Koblenz
- in Bes.-Gr. R 5 die Präsidentinnen der Landgerichte Mainz und Frankenthal sowie der Präsident des Landgerichts Trier
- in Bes.-Gr. R 4 die Präsidentinnen der Landgerichte Bad Kreuznach und Landau sowie die Präsidenten der Landgerichte Kaiserslautern und Zweibrücken
- in Bes.-Gr. R 4 der Leitende Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Koblenz
- in Bes.-Gr. R 3 die Leitenden Oberstaatsanwälte der Staatsanwaltschaften Bad Kreuznach, Mainz, Trier, Frankenthal, Kaiserslautern, Landau und Zweibrücken.

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Allgemein

Zugänge:

Neue Stellen

1,50	R3 IV	Vorsitzende Richterin, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht
1,00	R2 IV	Richterin, Richter am Oberlandesgericht
1,00	R2 IV	Vorsitzende Richterin, Vorsitzender Richter am Landgericht
2,00	R2 IV	Oberstaatsanwältin, Oberstaatsanwalt als Abteilungsleiterin oder Abteilungsleiter bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht
7,00	R1 IV	Staatsanwältin, Staatsanwalt
11,50	R1 IV	Richterin, Richter am Landgericht
1,00	A13 III	Oberamtsanwältin, Oberamtsanwalt
2,00	A12 III	Amtsanwältin, Amtsanwalt
4,00	A10 III	Justizoberinspektorin, Justizoberinspektor
9,00	A10 III	Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor
4,00	A9 III	Justizinspektorin, Justizinspektor
0,25	A9 III	Sozialinspektorin, Sozialinspektor
2,00	A6 I	Justizsekretärin, Justizsekretär
2,00	A5+AZ I	Erste Justizhauptwachmeisterin, Erster Justizhauptwachmeister
2,00	A4+AZ I	Justizhauptwachmeisterin, Justizhauptwachmeister
<hr/>		
50,25	Zugänge neue Stellen	
<hr/>		
50,25	Stellen Zugänge insgesamt	
<hr/>		
50,25	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 422 01

Stellenhebung:

Neue Hebungen

1,00	von A13 III	Oberamtsanwältin, Oberamtsanwalt	nach A13+AZ III	Oberamtsanwältin, Oberamtsanwalt	Verbesserung der Beförderungssituation im Amtsanwaltsdienst
2,00	von A12 III	Amtsanwältin, Amtsanwalt	nach A13 III	Oberamtsanwältin, Oberamtsanwalt	Verbesserung der Beförderungssituation im Amtsanwaltsdienst
1,00	von A12 III	Sozialamtsrätin, Sozialamtsrat	nach A13 III	Sozialrätin, Sozialrat	Verbesserung der Beförderungssituation im Sozialdienst
8,00	von A11 III	Justizamtfrau, Justizamtmann	nach A12 III	Justizamtsrätin, Justizamtsrat	Verbesserung der Beförderungssituation im Rechtspflegedienst
2,00	von A11 III	Sozialamtfrau, Sozialamtmann	nach A12 III	Sozialamtsrätin, Sozialamtsrat	Verbesserung der Beförderungssituation im Sozialdienst
10,00	von A10 III	Justizoberinspektorin, Justizoberinspektor	nach A11 III	Justizamtfrau, Justizamtmann	Verbesserung der Beförderungssituation im Rechtspflegedienst
4,00	von A10 III	Sozialoberinspektorin, Sozialoberinspektor	nach A11 III	Sozialamtfrau, Sozialamtmann	Verbesserung der Beförderungssituation im Sozialdienst
12,00	von A9 III	Justizinspektorin, Justizinspektor	nach A10 III	Justizoberinspektorin, Justizoberinspektor	Verbesserung der Beförderungssituation im Rechtspflegedienst
6,00	von A9 III	Sozialinspektorin, Sozialinspektor	nach A10 III	Sozialoberinspektorin, Sozialoberinspektor	Verbesserung der Beförderungssituation im Sozialdienst
12,00	von A9 II	Justizinspektorin, Justizinspektor	nach A9+AZ II	Justizinspektorin, Justizinspektor	Verbesserung der Beförderungssituation im Justizfachwirdienst
15,00	von A8 II	Justizhauptsekretärin, Justizhauptsekretär	nach A9 II	Justizinspektorin, Justizinspektor	Verbesserung der Beförderungssituation im Justizfachwirdienst
18,00	von A7 II	Justizobersekretärin, Justizobersekretär	nach A8 II	Justizhauptsekretärin, Justizhauptsekretär	Verbesserung der Beförderungssituation im Justizfachwirdienst
21,00	von A6 II	Justizsekretärin, Justizsekretär	nach A7 II	Justizobersekretärin, Justizobersekretär	Verbesserung der Beförderungssituation im Justizfachwirdienst

112,00 Neue Hebungen insgesamt

112,00 Stellenhebungen insgesamt

Stellenumbenennungen:

1,00	A8 II	von Technische Hauptsekretärin, Technischer Hauptsekretär nach Justizhauptsekretärin, Justizhauptsekretär
------	-------	---

1,00

1,00

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

2,00	R2 IV	Richterin, Richter am Oberlandesgericht
7,00	R1 IV	Staatsanwältin, Staatsanwalt
9,00	R1 IV	Richterin, Richter am Landgericht
1,00	A13+AZ III	Oberamtsanwalt mit Amtszulage
1,00	A13 III	Justizrechtsrätin, Justizrechtsrat
1,00	A13 III	Oberamtsanwältin, Oberamtsanwalt
1,00	A12 III	Amtsanwältin, Amtsanwalt
5,00	A11 III	Justizamtfrau, Justizamtmann
3,00	A10 III	Justizoberinspektorin, Justizoberinspektor
1,00	A9 III	Justizinspektorin, Justizinspektor
2,00	A9 III	Sozialinspektorin, Sozialinspektor
2,00	A9 II	Justizinspektorin, Justizinspektor
6,75	A6 II	Justizsekretärin, Justizsekretär
4,00	A4+AZ I	Justizhauptwachmeisterin, Justizhauptwachmeister

45,75 Zugänge neue Stellen

45,75 Stellen Zugänge insgesamt

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 422 01

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)			
1,00	R1 IV	Richterin, Richter am Amtsgericht	
1,00	A12 III	Justizamtsrätin, Justizamtsrat	
1,50	A10 III	Sozialoberinspektorin, Sozialoberinspektor	
0,75	A8 II	Justizhauptsekretärin, Justizhauptsekretär	
3,90	A7 II	Justizobersekretärin, Justizobersekretär	
<hr/>		Sonstige Abgänge	
8,15		Stellen Abgänge insgesamt	
37,60		Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Altersteilzeit

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)			
0,50	R2 IV	Vorsitzende Richterin, Vorsitzender Richter am Landgericht	
<hr/>		Sonstige Abgänge	
0,50		Stellen Abgänge insgesamt	
-0,50		Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

422 03 051 **Bezüge der beamteten (richterlichen) Hilfskräfte** 1.168.511 1.123.300 1.262.100

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Ea	2020	2021
Richterin, Richter / Staatsanwältin, Staatsanwalt	R1	IV	31,00	31,00
Zusammen:			31,00	31,00
Leerstellen:				
Richterin, Richter / Staatsanwältin, Staatsanwalt	R1	IV	5,00	10,00
Zusammen:			5,00	10,00
Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):			31,00	31,00

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Bezüge der Richterinnen/Richter auf Probe - Staatsanwältinnen/Staatsanwälte bis zur Berufung in Richter- bzw. Beamtenverhältnis auf Lebenszeit.

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen			
5,00	R1 IV	Richterin, Richter / Staatsanwältin, Staatsanwalt	
<hr/>		Zugänge neue Stellen	
5,00		Stellen Zugänge insgesamt	
5,00		Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

422 04 051 **Bezüge der abgeordneten Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)** 319.697 383.400 383.400

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 422 04

Erläuterungen:

Ea	2018	2019	2020
IV	2,00	2,00	2,00
III	2,00	2,00	2,00
II	10,00	10,00	10,00
I	0,00	0,00	0,00
Summe	14,00	14,00	14,00

422 05 051 Anwärterbezüge 3.715.006 **4.441.000** **4.441.000**

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Ea	2020	2021
Rechtspflegeranwärterin, Rechtspflegeranwärter	ANW	III	171,00	171,00
davon kw: 2021: 15,00 im Jahr 2024 2021: 15,00 im Jahr 2023				
Justizfachwirtschanwärterin, Justizfachwirtschanwärter	ANW	II	120,00	120,00
davon kw: 2021: 18,00 im Jahr 2024 2021: 18,00 im Jahr 2023				
Justizhauptwachtmeisteranwärterin, Justizhauptwachtmeisteranwärter	ANW	I	6,00	6,00
Zusammen:			297,00	297,00
Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):			297,00	297,00

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Anwärterbezüge einschließlich gesetzlicher Zulagen und Zuwendungen. Die Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare sind bei Titel 428 02 veranschlagt.

422 08 051 Mehrarbeitsvergütungen der Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter) 0 **20.000** **20.000**

427 01 051 Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte 29.455 **20.000** **30.000**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte insbesondere in Fällen des Mutterschutzes sowie bei Abordnungen an Stellen außerhalb der Landesverwaltung und Beurlaubungen unter 12 Monaten .

427 09 051 Beschäftigungsentgelte an Praktikantinnen, Praktikanten, Volontärinnen und Volontäre 0 **0** **0**

Erläuterungen:

Leertitel.

427 32 051 Nebenamtliche und nebenberufliche Kräfte zur Aus- und Fortbildung von Bediensteten 452.150 **454.800** **654.800**

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 427 32

Erläuterungen:

	2021 EUR
1.) Lehr- und Vortragsvergütungen	609.800
2.) Prüfungsvergütungen für die Laufbahnprüfungen des Gerichtsvollzieherdienstes und des zweiten Einstiegsamtes	30.000
3.) Vergütungen für Supervisoren der Bewährungshelfer	15.000
Summe	654.800

Mehr aufgrund der im Haushaltsjahr 2021 avisierten Erhöhung der Vergütungen.

427 33 051 Nebenamtliche Kräfte zur Unterweisung Dritter 1.264 **1.500** **1.500**

Erläuterungen:

	2021 EUR
1.) Vergütungen für die Unterweisung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter sowie Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer	600
2.) Fortbildung der Schiedspersonen	550
3.) Testverfahren zur Feststellung der Sachkunde im Rahmen des Rechtsberatungsgesetzes	350
Summe	1.500

427 35 051 Hausdienstvergütungen 85.967 **112.900** **105.400**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Vergütungen an Beamtinnen und Beamte des ersten Einstiegsamtes für die Besorgung von nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehörenden Hausdienstgeschäften nach Maßgabe der VV d. JM v. 19. Juni 1991 (5370 -1-4/91) -JBl. S. 133; 2004 S. 261-.

427 37 051 Vergütungen für nebenamtliche Rechnungsbeamtentätigkeit 0 **2.000** **2.000**

Erläuterungen:

Die nebenamtlichen Rechnungsbeamtinnen und Rechnungsbeamte erhalten für die nicht als Dienstaufgabe zu erledigenden Rechnungsarbeiten -vornehmlich in Zwangsversteigerungs-, Zwangsverwaltungs- und Insolvenzverfahren sowie Betreuungssachen- einen nicht ruhegehaltfähigen Anteil an den Rechnungsgebühren.

428 01 051 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 48.426.416 **47.261.900** **52.459.600**

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei dem Titel 235 07 geleistet werden.

Stellenplan:

EntgeltGr	2020	2021
E 12	3,00	3,00
E 11	9,00	9,00
E 10	31,00	27,00
E 9b	0,00	8,00
E 9a	7,00	0,00
E 8	108,75	108,75

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 428 01 E 6 740,85 776,75

davon kw: 2021: 10,00 im Jahr 2024 nach Wegfall der Aufgaben
 2021: 10,00 im Jahr 2023 nach Wegfall der Aufgaben
 2021: 10,00 im Jahr 2025 nach Wegfall der Aufgaben
 2021: 16,00 im Jahr 2026 nach Wegfall der Aufgaben
 2021: 17,00 im Jahr 2027 nach Wegfall der Aufgaben
 2021: 11,25 im Jahr 2028 nach Wegfall der Aufgaben

E 5	25,65	0,00
E 4	0,00	1,00
E 3	3,00	2,00
E 2	41,25	21,25
S 15	0,00	4,00

Zusammen: 969,50 960,75

Leerstellen:

E 15	0,00	1,00
E 10	2,00	2,00
E 9b	0,00	3,00
E 9a	3,00	0,00
E 8	11,00	10,00
E 6	81,50	90,00
E 5	6,50	0,00

Zusammen: 104,00 106,00

Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen): 969,50 960,75

Übertariflich erhalten Beschäftigte

in einer Stelle der EntgeltGr. Vergütung nach EntgeltGr.

E 6 - II	E 8 - II	1,00	4,00
E 5 - II	E 8 - II	3,00	0,00

Dienstwohnungen haben

Beschäftigte	3,00	1,00
--------------	------	------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entgelte der tariflich Beschäftigten.

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Zugänge:

Neue Stellen		
11,25	E 6 II	
11,25	Zugänge neue Stellen	
11,25	Stellen Zugänge insgesamt	

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 428 01

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

20,00	E 2 I	Stellenreduzierung im Reinigungsdienst aufgrund der Vergabe von Fremdreinigung
20,00	Sonstige Abgänge	
20,00	Stellen Abgänge insgesamt	
-8,75	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

7,00	E 9b III	Umwandlung von E 9a II	TV-L neu_E 9b
4,00	S 15 III	Umwandlung von E 10 III	TV-L neu_S-Tabelle
11,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen		
11,00	Stellen Zugänge insgesamt		

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

4,00	E 10 III	Umwandlung nach S 15 III	TV-L neu_S-Tabelle
7,00	E 9a II	Umwandlung nach E 9b III	TV-L neu_E 9b
11,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen		
11,00	Stellen Abgänge insgesamt		
0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

Stellenhebung:

Neue Hebungen

1,00	von E 5 II	nach E 9b III
24,65	von E 5 II	nach E 6 II
1,00	von E 3 I	nach E 4 I
26,65	Neue Hebungen insgesamt	
26,65	Stellenhebungen insgesamt	

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

1,00	E 15 IV
3,00	E 9b III
8,50	E 6 II
12,50	Zugänge neue Stellen
12,50	Stellen Zugänge insgesamt

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

3,00	E 9a II
1,00	E 8 II
6,50	E 5 II
10,50	Sonstige Abgänge
10,50	Stellen Abgänge insgesamt
2,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

428 02 051 Unterhaltsbeihilfe für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare 10.898.076 **9.140.500** **12.285.700**

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Ea	2020	2021
	REF	IV	1.035,00	1.035,00
Zusammen:			1.035,00	1.035,00
Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):			1.035,00	1.035,00

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 428 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Unterhaltsbeihilfen für die in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis stehenden Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare.

Pro Einstellungstermin dürfen im Rahmen der jeweils zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze bis zu 255 Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare eingestellt werden.

428 08	051	Überstundenentgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.043	16.000	16.000
453 01	051	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	138.211	150.800	150.800
453 02	051	Trennungsgeld für Beamte im Vorbereitungsdienst	411.566	432.500	460.700
459 01	051	Gebührenanteile der Vollstreckungsbeamten	13.661.257	13.000.000	13.700.000

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Anteile an den vereinnahmten Gebühren sowie die Auslagen, die den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern sowie den Vollziehungsbeamtinnen und Vollziehungsbeamten der Justiz aufgrund der Verordnungen zu § 49 des Bundesbesoldungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zustehen.

459 69	051	Vermischte Personalausgaben	0	0	0
--------	-----	------------------------------------	---	----------	----------

Erläuterungen:

Leertitel.

Summe HGr. 4:		248.705.852	240.576.000	272.671.400
---------------	--	-------------	--------------------	--------------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	11.032.128	11.151.600	11.378.000
--------	-----	---	------------	-------------------	-------------------

Die Ausgaben bei 05 02 - 511 98, 05 03 - 511 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 01 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 132 02 geleistet werden.

Erlöse aus der Veräußerung ausgesonderter Büchereibestände sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

		2021 EUR
1.)	Kosten für Büro- und Zeichenbedarf	1.510.000
2.)	Kosten für Fachbücher, Druckschriften, Gesetz- und Verordnungsblätter sowie Buchbindearbeiten	429.000
3.)	Kosten für Post- und Fernmeldegebühren sowie Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	8.633.000
4.)	Kosten für die Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, Bürositzmöbel, sowie Schreib- und sonstigen Maschinen	606.000
5.)	Kosten für die Verwahrung von Bankguthaben	500
6.)	Signaturanwendungskomponenten	199.500
Summe		11.378.000

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 511 01

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

514 01	051	Fahrzeughaltung, Verbrauchsmittel, persönliche Ausrüstungsgegenstände	83.875	85.000	85.000
---------------	------------	--	--------	---------------	---------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 132 01 geleistet werden.

Erlöse aus der Veräußerung landeseigener Dienstkleidung sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

	2021
	EUR
1.) Haltung von Dienstfahrzeugen	73.000
2.) Persönliche Ausrüstungsgegenstände, Dienst- und Schutzkleidung	12.000
Summe	85.000

zu 1.)

In Betracht kommen 25 (26) Dienstfahrzeuge.

zu 2.)

Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung und Unterhaltung landeseigener Dienst- und Schutzkleidung und Sonderkleidung und persönlicher Ausrüstungsgegenstände.

517 01	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	5.820.174	6.470.000	6.420.000
---------------	------------	---	-----------	------------------	------------------

Die Ausgaben bei 05 01 - 517 01, 05 03 - 517 01, 05 04 - 517 01, 05 05 - 517 01, 05 07 - 517 01, 05 08 - 517 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung und sonstige Energiekosten, Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Feuerversicherung, Steuern, Abgaben sowie Sonstiges (z. B. Wartungsverträge, Pflege der Außenanlagen sowie Verbrauchsmittel und kleinere Gebrauchsgegenstände bis zum Anschaffungswert von 50 EUR im Rahmen der Hausbewirtschaftung).

In Betracht kommen 65 vom Landesbetrieb "Liegenschafts- und Baubetreuung" überlassene Gebäude mit 219.482 qm Nutz- und Nebenraumfläche, 4 von Dritten gemietete Gebäude mit 14.310 qm Nutz- und Nebenraumfläche sowie 103 von Dritten gemietete Räume mit 3.928 qm Nutz- und Nebenraumfläche.

Folgende Behörden sind ohne Kostenerstattung mit untergebracht:

Nr.	Belegenheit und Dienststelle	Nutz- und	Nebenraumfläche	qm
1.)	Verwaltungs-, Sozial-, und Landesarbeitsgericht Mainz			1.335
2.)	Polizeiinspektion Betzdorf			420
3.)	Polizeiinspektion Linz			908
4.)	Ehemaliges Katasteramt Wittlich			705
5.)	Justizvollzugsanstalt Ludwigshafen			3.193
6.)	Finanzgericht Rheinland-Pfalz, Neustadt a.d.W.			1.150
7.)	Verwaltungsgericht Neustadt a.d.W.			1.145
8.)	Arbeitsgericht Kaiserslautern, Auswärtige Kammern Pirmasens			277
9.)	Arbeitsgericht Kaiserslautern			233
10.)	Katasteramt Pirmasens			1.811
Zusammen				11.177

518 01	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2.070.422	2.098.500	2.091.200
---------------	------------	--	-----------	------------------	------------------

Die Ausgaben 05 01-518 01, 05 03-518 01, 05 04-518 01, 05 05-518 01, 05 08-518 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

518 13	051	Leasing von Dienstfahrzeugen	59.214	55.000	62.000
---------------	------------	-------------------------------------	--------	---------------	---------------

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 518 13

Erläuterungen:

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

519 02	051	Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen	198.477	28.400	28.400
---------------	------------	--	---------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen bei landeseigenen Gebäuden und Mietobjekten in der Regel bis zu 10.000 EUR im Einzelfall.

Die Ausgaben für Mietobjekte des Landesbetriebs LBB sind bei Titel 519 05 veranschlagt.

519 05	051	Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen, kleinere bauliche Maßnahmen und Schönheitsreparaturen bei Objekten des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung bzw. dessen Rechtsnachfolger	200.363	272.200	350.000
---------------	------------	--	---------	----------------	----------------

Die Ausgaben bei 05 01 - 519 05, 05 03 - 519 05, 05 04 - 519 05, 05 07 - 519 05, 05 08 - 519 05 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen aus Erstattungsleistungen des Landesbetriebs LBB (oder dessen Rechtsnachfolger) für die Durchführung von Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen durch den Nutzer sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Die kleineren hauswirtschaftlichen Instandsetzungen und die kleineren baulichen Maßnahmen bei Mietobjekten Dritter sind bei 519 02 veranschlagt.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

525 01	051	Aus- und Fortbildung	529.757	449.900	580.500
---------------	------------	-----------------------------	---------	----------------	----------------

Einnahmen aus Erstattungen für gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Ländern und aus Fremdveranstaltungen sowie aus Getränkeautomaten sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung der Justizbediensteten sowie der Personalratsmitglieder, der Anteil des Landes an den Kosten der Studienreisen von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten nach Frankreich und Großbritannien, die Sachausgaben der Lehrgänge in Bad Kreuznach (Stadtteil Bad Münster am Stein) und die Ausgaben zur Nachwuchsgewinnung. In dem landeseigenen Lehrgebäude Bad Münster am Stein werden Lehrgänge und Fortbildungsveranstaltungen sowie Prüfungen durchgeführt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und das Lehrpersonal werden im Lehrgangsbau untergebracht. Bei gelegentlichen sonstigen Veranstaltungen (z. B. Fachtagungen mit Angehörigen anderer Länder) werden die Ausgaben erstattet.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf aufgrund gestiegener Tagungskosten, gestiegener Kosten für die Unterhaltung des Lehrgangsbauwerkes in Bad Kreuznach (Stadtteil Bad Münster am Stein) sowie höherer Aufwendungen zur Nachwuchsgewinnung.

525 02	051	Aus- und Fortbildung (gütliche Streitbeilegung)	2.153	14.000	12.000
---------------	------------	--	-------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung zur Förderung der gütlichen Streitbeilegung in der rheinland-pfälzischen Gerichtsbarkeit.

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

		2021
		EUR
1.	Fortbildung	8.000
2.	Supervision	4.000
Summe		12.000

527 01	051	Reisekostenvergütungen	374.992	216.000	325.000
---------------	------------	-------------------------------	---------	----------------	----------------

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 527 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekostenvergütungen nach dem Landesreisekostengesetz für den allgemeinen Dienstreiseverkehr und in Personalvertretungsangelegenheiten.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf aufgrund der Ist-Ausgaben der vergangenen Jahre.

527 03	051	Reisekostenvergütungen und Auslagenersatz für Kräfte des Sozialdienstes	175.016	206.400	185.000
---------------	-----	--	---------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekostenvergütungen für Kräfte des Sozialdienstes.

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

529 01	051	Verfügungsmittel	4.315	4.600	4.600
---------------	-----	-------------------------	-------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind zur Verfügung von zwei Generalstaatsanwälten, einer Präsidentin und eines Präsidenten der Oberlandesgerichte, acht Leitenden Oberstaatsanwälten als Leiterin oder Leiter der Staatsanwaltschaften und acht Präsidentinnen und Präsidenten der Landgerichte je 230 EUR für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Die Mittel können bis zu 15 v. H. des Ansatzes auch für notwendige interne Repräsentationszwecke verwendet werden.

532 01	051	Erstattungen außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte	1.424.676	1.250.000	1.500.000
---------------	-----	---	-----------	------------------	------------------

Die Ausgaben bei 532 01, 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06, 532 07, 532 08, 532 12, 532 13, 532 25 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte gem. §§ 467, 467a, 473 StPO u. ä.

Mehr aufgrund der Ausgabenentwicklung in den vergangenen Jahren und der zu erwartenden Weiterentwicklung.

532 02	051	Gebühren und Auslagen der Rechts- und Patentanwälte bei Prozesskostenhilfe sowie der beigeordneten Rechtsanwälte in Familiensachen	17.041.021	20.540.000	19.518.800
---------------	-----	---	------------	-------------------	-------------------

Die Ausgaben bei 532 01, 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06, 532 07, 532 08, 532 12, 532 13, 532 25 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die aus der Landeskasse zu zahlenden Vergütungen nach Abschnitt 8 und § 39 des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes.

532 03	051	Gebühren und Auslagen der Verteidiger und Beistände	12.769.013	13.350.000	13.800.000
---------------	-----	--	------------	-------------------	-------------------

Die Ausgaben bei 532 01, 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06, 532 07, 532 08, 532 12, 532 13, 532 25 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 01 geleistet werden.

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 532 03

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die aus der Landeskasse zu zahlenden Vergütungen nach Abschnitt 8 des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes.

Mehr aufgrund der Ausgabenentwicklung in den vergangenen Jahren und der zu erwartenden Weiterentwicklung.

532 04	051	Entschädigungen für Zeugen	2.629.750	2.900.000	2.750.000
---------------	------------	-----------------------------------	-----------	------------------	------------------

Die Ausgaben bei 532 01, 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06, 532 07, 532 08, 532 12, 532 13, 532 25 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen nach Abschnitt 5 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes.

Weniger aufgrund der Ausgabenentwicklung in den vergangenen Jahren und der zu erwartenden Weiterentwicklung.

532 05	051	Entschädigungen für Sachverständige	43.825.029	43.100.000	44.300.000
---------------	------------	--	------------	-------------------	-------------------

Die Ausgaben bei 532 01, 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06, 532 07, 532 08, 532 12, 532 13, 532 25 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Vergütungen nach Abschnitt 3 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes.

Mehr aufgrund der Ausgabenentwicklung in den vergangenen Jahren und der zu erwartenden Weiterentwicklung.

532 06	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	8.185.940	11.300.000	11.000.000
---------------	------------	--	-----------	-------------------	-------------------

Die Ausgaben bei 532 01, 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06, 532 07, 532 08, 532 12, 532 13, 532 25 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Reisekostenvergütungen in Rechtssachen, Bekanntmachungskosten in Rechtssachen, Beträge, die mittellose Personen für die Reisen zum Ort der Verhandlung, Vernehmung oder Untersuchung gewährt werden, Kosten für die einstweilige Unterbringung oder die Unterbringung zur Beobachtung, Kosten für die Bereitstellung von Räumen außerhalb der Gerichtsstelle u. ä..

Weniger aufgrund der Ausgabenentwicklung in den vergangenen Jahren und der zu erwartenden Weiterentwicklung.

532 07	051	Kosten für Gefangenenbeförderung und der Vorführung (einschl. Reisekostenvergütungen)	5.639	4.700	7.000
---------------	------------	--	-------	--------------	--------------

Die Ausgaben bei 532 01, 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06, 532 07, 532 08, 532 12, 532 13, 532 25 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 01 geleistet werden.

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 532 07

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u. a. Transportkosten für Personen, die in Vollzugseinrichtungen anderer Länder einsitzen und die auf Ersuchen rheinland-pfälzischer Gerichte z. B. als Zeuge im Einzeltransport vorgeführt werden (Nr. 14 der Gefangenentransportvorschrift vom 7. März 2002 (4460-5-1 [36]) -JBl. S. 97-), aus Anlass der Vollziehung von Vollstreckungshaftbefehlen, wenn der Transport von einem Rettungsdienst oder einer ähnlichen Einrichtung durchgeführt wird.

Mehr aufgrund der Ausgabenentwicklung in den vergangenen Jahren und der zu erwartenden Weiterentwicklung.

532 08	051	Vergütungen der Rechtsanwälte bei Prozesskostenhilfe, Entschädigungen für Sachverständige und sonstige Auslagen in Betreuungssachen	49.059.062	55.100.000	56.000.000
---------------	------------	--	------------	-------------------	-------------------

Die Ausgaben bei 532 01, 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06, 532 07, 532 08, 532 12, 532 13, 532 25 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die in Betreuungsangelegenheiten entstehenden Verfahrensauslagen, wie Aufwendersersatz, -entschädigung sowie Vergütung der Betreuerinnen und Betreuer, Entschädigungen für Sachverständige, Vergütungen der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die Betroffenen im Wege der Prozesskostenhilfe beigeordnet worden sind, sowie Auslagen, die Betroffenen nach § 13 a Abs. 2 Satz 1 FGG zu erstatten sind, und Reisekosten für Richterinnen und Richter.

Mehr aufgrund der Ausgabenentwicklung in den vergangenen Jahren und der zu erwartenden Weiterentwicklung sowie der Erhöhung der Betreuervergütungen aufgrund des Gesetzes zur Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung vom 22. Juni 2019 (BGBl. I S. 866).

532 12	051	Vergütungen der Rechtsanwälte bei Prozesskostenhilfe, Entschädigungen für Sachverständige, Bekanntmachungskosten, Zahlungen an Schuldnerberatungen und sonstige Auslagen im Insolvenzverfahren	4.895.557	6.000.000	6.500.000
---------------	------------	---	-----------	------------------	------------------

Die Ausgaben bei 532 01, 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06, 532 07, 532 08, 532 12, 532 13, 532 25 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die in Insolvenzverfahren entstehenden Ausgaben, wie Kosten für Bekanntmachungen, Entschädigungen für Sachverständige, Vergütungen der Insolvenzverwalterinnen und Insolvenzverwalter sowie der der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die den Beteiligten im Wege der Prozesskostenhilfe beigeordnet worden sind, und Zahlungen an Schuldnerberatungsstellen.

Mehr aufgrund der Ausgabenentwicklung in den vergangenen Jahren und der zu erwartenden Weiterentwicklung.

532 13	051	Vergütung der beigeordneten psychosozialen Prozessbegleitung	18.450	110.000	130.000
---------------	------------	---	--------	----------------	----------------

Die Ausgaben bei 532 01, 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06, 532 07, 532 08, 532 12, 532 13, 532 25 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten, die die Länder für die in Strafverfahren nach § 406g Abs. 3 Satz 1 und 2 StPO für gerichtlich beigeordneten psychosoziale Prozessbegleitungen tragen müssen (3. Opferrechtsreformgesetz).

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

532 25 051 Geldbelohnungen für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung strafbarer Handlungen und bei der Ergreifung oder Wiederergreifung flüchtiger Straftäter 13.000 **32.000** **34.000**

Die Ausgaben bei 532 01, 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06, 532 07, 532 08, 532 12, 532 13, 532 25 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Verpflichtungsermächtigung

	2021 EUR
Betrag:	43.000
davon fällig:	
2022 bis zu	
2023 bis zu	
2024 bis zu	
2025 bis zu	
2026 ff. bis zu	43.000

Erläuterungen:

	Gesamt	Davon entfallen auf:					
		2021	2022	2023	2024	2025	2026 ff.
Vorbelastung	124.400	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	39.400
VE 2021	43.000						43.000
Verpfl. aus VE		17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	82.400
für neue Maßnahmen vorgesehen		60.000					
Vorbelastung künftiger HH-Jahre		150.400					

Veranschlagt sind die Beträge, die aufgrund von Auslobungen der Staatsanwaltschaften zu zahlen sind (gem. RdSchr. d. JM und d. ISM vom 3. November 1998 (JM 4700-4-3) -JBl. S. 343- und RdSchr. d. MJV v. 10. Juni 2013 (4700-4-3) JBl. S. 66). Die Fälligkeit der einzugehenden Verpflichtungen (Auslobungen) ist ungewiss.

533 01 051 Entschädigungen für Strafverfolgungsmaßnahmen 111.283 **150.000** **260.000**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Aufwendungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157).

Mehr wegen der zu erwartenden Erhöhung der pauschalen Haftentschädigung gemäß § 7 Abs. 3 StrEG.

534 01 051 Kosten von Therapiemaßnahmen auf Grund gerichtlicher Weisung im Rahmen der Führungsaufsicht 463.578 **700.000** **730.000**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten einer nachsorgenden psychiatrischen, psycho- oder sozialtherapeutischen Betreuung oder Behandlung von aus dem Maßregel- oder Strafvollzug entlassenen Personen aufgrund gerichtlicher Anordnung im Rahmen der Führungsaufsicht.

Mehr u.a. wegen konzeptbedingt zu erwartenden Steigerungen der Fallzahlen und des Betriebs eines weiteren forensischen Ambulanzstandorts bei der Universität des Saarlandes in Homburg seit dem Jahr 2019. Für diesen Zweck können Maßnahmen Dritter gefördert werden.

Die Möglichkeit der Förderung von Maßnahmen Dritter wird als verbindlich erklärt.

534 02 051 Kosten für den Betrieb eines Systems zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung 23.233 **17.500** **25.000**

05 **Ministerium der Justiz**
05 03 **Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 534 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die laufenden Kosten für den Betrieb eines Systems zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung (sogenannte "Elektronische Fußfessel") als Weisung nach § 68b Abs. 1 Satz 1 Nr. 12 StGB.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

534 03	051	Kosten im Zusammenhang mit dem Vollzug des Gesetzes zur Therapie und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter	0	0	0
---------------	-----	---	---	---	---

539 01	051	Vergütungen für Rechtsanwälte nach dem Beratungshilfegesetz	1.981.993	2.900.000	2.650.000
---------------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die aus der Landeskasse zu zahlenden Vergütungen nach dem Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Personen mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18. Juni 1980 i. V. m. dem 8. Abschnitt des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes.

Weniger aufgrund der Ausgabenentwicklung in den vergangenen Jahren und der zu erwartenden Weiterentwicklung.

546 01	051	Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen	51.147	75.000	53.000
---------------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die aus der Landeskasse zu zahlenden Zinsen und Auslagen für vor dem 01.10.2014 hinterlegte Gelder auf der Grundlage der Hinterlegungsordnung vom 12.10.1995 (GVBl. S. 421).

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf

546 02	051	Kostenbeiträge für Tagungen	2.287	14.500	28.000
---------------	-----	------------------------------------	-------	--------	--------

Erläuterungen:

Mehr wegen der Zunahme notwendiger bezirksübergreifender Dienstbesprechungen und der im Jahr 2021 stattfindenden Tagung der Präsidentinnen und Präsidenten der Oberlandesgerichte und des Kammergerichts in Koblenz.

547 69	051	Vermischte sächliche Verwaltungsausgaben	24.850	35.800	35.000
---------------	-----	---	--------	--------	--------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 119 16 und 119 69 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u. a. Kosten für die Verwertung von in Strafsachen eingezogenen Gegenständen nach Rechtskraft der Entscheidung (z. B. Unterstellen von Fahrzeugen), Auszahlungen von vereinnahmten Hinterlegungsbeträgen, wenn ein Berechtigter nachträglich die Herausgabe verlangt, sowie Kassenverluste, die beim baren Zahlungsverkehr entstehen.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(526 11)	051	Gerichts- und ähnliche Kosten	59.891	55.000	
-----------------	-----	--------------------------------------	--------	--------	--

Veranschlagt sind Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und ähnliche Kosten des Landes als Prozess- oder Vertragspartei, soweit sie nicht anderen Kapiteln zuzuordnen sind.

Der Titel wird ab dem Jahr 2021 zentral im Kapitel 05 02 ausgebracht.

aus Titelgruppen:			2.855.417	2.461.800	3.906.200
--------------------------	--	--	-----------	-----------	-----------

Summe HGr. 5:			165.991.700	181.147.900	184.748.700
----------------------	--	--	-------------	-------------	-------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 05	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund	7.310	9.700	9.000
--------	-----	--	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die an den Bund zu erstattenden Kosten für die Teilnahme von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten an den Lehrgängen der Bundesfinanzakademie Siegburg.

632 02	059	Zuschuss an die Kriminologische Zentralstelle	39.627	46.700	44.500
--------	-----	---	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Die Aufwendungen für die Kriminologische Zentralstelle werden je zur Hälfte durch Zuschüsse des Bundes und der Länder gedeckt. Die Anteile der einzelnen Länder werden nach dem "Königsteiner Schlüssel" berechnet. Auf Rheinland-Pfalz entfallen derzeit rd. 4,8 v. H.

632 05	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben an andere Länder	632.809	800.900	871.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

Erläuterungen:

				2021 EUR
1.)		Kostenerstattung an das Land Baden-Württemberg		451.000
2.)		Kostenerstattung an das Land Nordrhein-Westfalen		205.000
3.)		Kostenerstattung an das Land Brandenburg für die Deutsche Richterakademie Tagungsstätte Wustrau		55.000
4.)		Kostenerstattung an das Land Hessen für den Betrieb eines Systems zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung		160.000
5.)		Sonstiges		0
Summe				871.000

Kostenerstattungen u.a. zur Ausbildung von Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern an der Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen.

Mehr aufgrund steigender Zulassungszahlen im Bereich der Rechtspflegeranwärterinnen und Rechtspflegeranwärter sowie der Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister, steigender Länderanteile für die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen sowie das System der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und des erstmaligen Länderanteils für das elektronische Examen der Rechtspflegeranwärterinnen und Rechtspflegeranwärter.

681 01 neu	051	Rückzahlung von Ansprüchen Dritter aus der Vermögensabschöpfung			0
---------------	-----	---	--	--	---

Die Ausgaben sind übertragbar.

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei Titel 119 14 geleistet werden.

In Höhe der nicht verausgabten Einnahmen bei Titel 119 14 können Ausgabereste bei Titel 681 01 gebildet werden.

Vgl. Vermerk bei Titel 119 14.

684 01	051	Zuschüsse für Projekte der Straffälligenhilfe und Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch freie Arbeit sowie für die Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern	175.000	175.000	200.000
--------	-----	---	---------	---------	---------

Rückerstattungen sind von der Ausgabe abzusetzen.

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 684 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuwendungen an kirchliche, soziale oder ähnliche Einrichtungen zur Durchführung von Projekten der Straffälligenhilfe und für die Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch freie Arbeit. Neben der Förderung des Täter-/Opferausgleichs sollen auch Projekte, z. B. Wohnprojekte für entlassene Gefangene, unterstützt werden, um Haftplätze zu sparen, sowie Einrichtungen, die Maßnahmen des Täter-/Opferausgleichs durchführen, zertifiziert werden. Für zu Bewährungsstrafen Verurteilte, die sich aufgrund richterlicher Weisung einer Therapie unterziehen müssen, ist es im Interesse eines schnellen Therapiebeginns notwendig, die Behandlungskosten bis zu einer entsprechenden Zusage eines Kostenträgers (gesetzliche Krankenkasse, Sozialhilfeträger) aus Haushaltsmitteln vorzufinanzieren. Nach der Kostenübernahme durch den endgültigen Kostenträger werden die von ihm zu erstattenden Kosten von der Ausgabe abgesetzt.

Mehr wegen jährlicher Kostensteigerungen (u.a. Personalkosten) und der Schaffung von weiteren Angeboten für den Bereich "Schwitzen statt Sitzen".

685 01 059 Zuschuss für die Europäische Rechtsakademie 1.809.944 **1.050.000** **1.050.000**

Erläuterungen:

Übersicht über den (vorläufigen) Haushalts-/Wirtschaftsplan der Stiftung Europäische Rechtsakademie Trier

Ausgaben:	Ist 2019 EUR	Soll 2020 EUR	Soll 2021 EUR
1.) Personalausgaben	4.209.860	4.134.000	4.220.000
2.) Sächliche Verwaltungsausgaben, Investitionen, etc.	969.130	1.207.000	954.100
3.) Tagungskosten	2.901.283	3.090.000	3.128.000
4.) ERA-Akademiegebäude (inkl. Bau- und Bauerhaltungsmaßnahmen)	1.150.587	400.000	400.000
5.) Zuschreibung zum Gewinnvortrag	303.030	0	0
Zusammen:	9.533.890	8.831.000	8.702.100
Abzüglich Einnahmen:	4.893.853	4.976.900	4.775.100
Mithin Zuwendungsbedarf:	4.640.037	3.854.100	3.927.000

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:	Ist 2019 EUR	Soll 2020 EUR	Soll 2021 EUR
1.) das Land Rheinland-Pfalz (institutionelle Förderung)	1.809.944	1.050.000	1.050.000
2.) die Europäische Union	2.724.114	2.724.100	2.792.000
3.) Dritte/Spenden	105.979	80.000	85.000
Zusammen:	4.640.037	3.854.100	3.927.000

Der Zuwendungsbedarf durch das Land Rheinland-Pfalz hat sich seit dem Haushaltsjahr 2020 nach der vollständigen Tilgung des Baudarlebens für das Akademiegebäude im Jahr 2019 reduziert.

aus Titelgruppen:	803.266	725.000	434.300
Summe HGr. 6:	3.467.955	2.807.300	2.608.800

HGr. 8: Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 01 051 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen 599.251 **750.000** **840.000**

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 812 01

Erläuterungen:

	2021 EUR
1.) Regale für Bibliotheken, Archive und Lagerräume	32.000
2.) Einrichtung und Ausstattung von Sitzungssälen, Besprechungszimmern und Wartebereichen	142.000
3.) Einrichtung von Sozialräumen und Kantinen	20.000
4.) Büromaschinen und Geräte (außer EDV und Diktiergeräte)	20.000
5.) Postbearbeitungsmaschinen	30.000
6.) Lichtschutzvorrichtungen für Bildschirmarbeitsplätze	10.000
7.) Ersatzbeschaffung von Büromöbeln (ohne Sitzmöbel)	372.000
8.) Aktenablagensysteme für Service-Einheiten u. Geschäftsstellen	20.000
9.) Einrichtung von Unterrichts- und Schulungsräumen	12.000
10.) Sicherheitstechnische Ausstattung (Sicherheit in Dienstgebäuden)	170.000
11.) Einrichtungsgegenstände für das Lehrgangsgebäude der Justiz in Bad Kreuznach Stadtteil Bad Münster am Stein	12.000
Summe	840.000

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf u. a. aufgrund notwendiger umfangreicher Ersatzbeschaffungen von Büromöbeln (Tische, Container, Schränke und Regale).

aus Titelgruppen:	275.234	65.800	310.000
Summe HGr. 8:	874.486	815.800	1.150.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 97 Aufwand für die Entwicklung, die Einführung, die Pflege und die Weiterentwicklung eines datenbankgestützten Grundbuchs (DaBaG) bei den Gerichten

Die Ausgaben 05 01-TG 99, 05 02-TG 96, 05 02-TG 98, 05 03-TG 97, 05 03-TG 99, 05 04-TG 99, 05 05-TG 99, 05 06-TG 99, 05 07-TG 99, 05 08-TG 99 sind gegenseitig deckungsfähig; dies gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen.

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Für das Projekt zur Entwicklung, Einführung, Pflege und Weiterentwicklung eines bundeseinheitlichen datenbankgestützten Grundbuchs (DaBaG) bei den Amtsgerichten in Rheinland-Pfalz sind nach den derzeitigen Planungen bis zum Jahr 2023 Gesamtausgaben in Höhe von 4.271.174 EUR vorgesehen. Rheinland-Pfalz befindet sich in einem Entwicklungsverbund mit 13 anderen Landesjustizverwaltungen. Die Ist-Ausgaben in den Jahren 2017 bis 2019 betragen insgesamt 1.039.462 EUR. Davon wurden rund 347.100 EUR mit Haushaltsresten aus Vorjahren finanziert. Bei der technischen Umsetzung kam es aufgrund der fachlichen Komplexität zu Projektverzögerungen. Die Fertigstellung des DaBaG konnte nur durch eine Erweiterung der Projektlaufzeit, eine Ausweitung des Projektteams und eine Anpassung des zwischen der Justiz und der Entwicklerfirma abgeschlossenen Vertrags sichergestellt werden. Künftig wird zu entscheiden sein, ob und wie das DaBaG von den rheinland-pfälzischen Amtsgerichten genutzt wird. Zuvor wäre die Durchführung eines personalaufwändigen Migrationsprozesses erforderlich. Betriebskosten werden bis dahin nicht entstehen.

511 97	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Verpflichtungsermächtigung

	2021 EUR
Betrag:	0
davon fällig:	
2022 bis zu	0
2023 bis zu	0
2024 bis zu	
2025 bis zu	
2026 ff. bis zu	

Erläuterungen:

	Gesamt	Davon entfallen auf:					
		2021	2022	2023	2024	2025	2026 ff.
Vorbelastung VE 2021	206.700	206.700					
Verpfl. aus VE		206.700					

Leertitel.

517 97	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Verpflichtungsermächtigung

	2021 EUR
Betrag:	0

Erläuterungen:

Leertitel.

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

518 97 051 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume / Nutzungsentgelte an den Landesbetrieb LBB 0 0 0

Verpflichtungsermächtigung

2021
EUR

Betrag: 0

Erläuterungen:

Leertitel.

527 97 051 Reisekostenvergütungen 4.954 25.000 10.000

Verpflichtungsermächtigung

2021
EUR

Betrag: 0

539 97 051 Ankäufe und Mieten von Software und Lizenzen, Werkverträge, Wartungskosten für Software 299.861 304.900 219.700

Verpflichtungsermächtigung

2021
EUR

Betrag: 1.673.100

davon fällig:

2022 bis zu 1.112.200

2023 bis zu 560.900

2024 bis zu

2025 bis zu

2026 ff. bis zu

Erläuterungen:

	Gesamt	Davon entfallen auf:					
		2021	2022	2023	2024	2025	2026 ff.
Vorbelastung							
VE 2021	1.673.100		1.112.200	560.900			
Verpfl. aus VE			1.112.200	560.900			

Veranschlagt sind die sonstigen Projektkosten (Sachmittel und Personalkosten abzüglich eigener Personal- und Sachkosten) der Verbundmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie die Softwarerealisierungskosten inkl. der bereits geplanten Kosten für die Nachträge.

Die Verpflichtungsermächtigung wurde für die aufgrund der im Haushaltsjahr 2021 avisierten Vertragserweiterung von Rheinland-Pfalz anteilig zu tragenden Kosten ausgebracht.

In der Verpflichtungsermächtigung sind gemäß Nr. 4.3 zu § 38 VV-LHO die Kostenerstattungen an den Landesbetrieb Daten und Information, die frühestens ab dem Jahr 2024 entstehen werden, nicht enthalten.

671 97 051 Kostenerstattung für die Inanspruchnahme des LDI 0 200.000 0

05 **Ministerium der Justiz**
05 03 **Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 671 97

Verpflichtungsermächtigung

	2021 EUR
Betrag:	<u>0</u>

Nachrichtlich: Summe TGr. 97	304.815	529.900	229.700
-------------------------------------	---------	----------------	----------------

TGr. 99 Aufwand für Informations- und Kommunikationstechnik

Die Ausgaben 05 01-TG 99, 05 02-TG 96, 05 02-TG 98, 05 03-TG 97, 05 03-TG 99, 05 04-TG 99, 05 05-TG 99, 05 06-TG 99, 05 07-TG 99, 05 08-TG 99 sind gegenseitig deckungsfähig; dies gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 06 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 03 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 04 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 05 geleistet werden.

Die Ausgaben sind übertragbar.

511 99	051	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die Datenverarbeitung, Datenübertragung, Software	39.975	41.500	35.000
525 99	051	Aus- und Fortbildung	84.283	122.700	89.000
539 99	051	Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen für Software	2.426.344	1.967.700	3.552.500

Verpflichtungsermächtigung

	2021 EUR
Betrag:	<u>6.187.900</u>
davon fällig:	
2022 bis zu	1.058.200
2023 bis zu	1.089.200
2024 bis zu	1.089.200
2025 bis zu	1.014.800
2026 ff. bis zu	1.936.500

Erläuterungen:

	Gesamt	Davon entfallen auf:					
		2021	2022	2023	2024	2025	2026 ff.
Vorbelastung							
VE 2021	6.187.900		1.058.200	1.089.200	1.089.200	1.014.800	1.936.500
Verpfl. aus VE		1.058.200	1.089.200	1.089.200	1.014.800	1.936.500	
für neue Maßnahmen vorgesehen	9.740.400						
Vorbelastung künftiger HH-Jahre	6.187.900						

Die Verpflichtungsermächtigung wurde für die von Rheinland-Pfalz anteilig zu tragenden Kosten für das gemeinsame Fachverfahren (GeFa) ausgebracht.

In der Verpflichtungsermächtigung sind gemäß Nr. 4.3 zu § 38 VV-LHO die Kostenerstattungen an den Landesbetrieb Daten und Information, die in Rheinland-Pfalz frühestens ab dem Jahr 2024 entstehen werden, nicht enthalten.

05 Ministerium der Justiz
05 03 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 539 99

Veranschlagt sind Mittel für:

	2021 EUR
1.) forumSTAR (ordentliche Gerichte)	1.030.000
2.) Gemeinsames Fachverfahren (GeFa)	880.775
3.) Externes Personal (PDL)	350.000
4.) web.sta (Staatsanwaltschaften)	340.000
5.) MAGM (Mahnverfahren)	200.000
6.) Pflege Standardsoftware (Java-Support)	200.000
7.) BwH Sozialdienste (Ablösung SDJ Mobyte) u. soziale Dienste Vollzug	150.000
8.) EGB (SolumSTAR) (Grundbuch)	100.000
9.) Sonstiges	301.725
Summe	3.552.500

Mehr u.a. aufgrund gestiegener Kosten für das gemeinsame Fachverfahren und den Java-Support.

632 99	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Datenverarbeitung an andere Länder	803.266	525.000	434.300
---------------	------------	--	---------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. die Kosten für die durch die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Informationstechnik in der Justiz (BLK) bereitgestellten und länderübergreifend durch alle Landesjustizverwaltungen genutzten E-Justice- und IT-Basiskomponenten. Die Umlage der in den einzelnen Projekten anfallenden Kosten erfolgt unter Anwendung des Königsteiner Schlüssels.

812 99	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung, Software	275.234	65.800	310.000
---------------	------------	--	---------	---------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 50 % der Mehreinnahmen bei dem Titel 112 02 geleistet werden.

Verpflichtungsermächtigung

	2021 EUR
Betrag:	300.000
davon fällig:	
2022 bis zu	150.000
2023 bis zu	150.000
2024 bis zu	
2025 bis zu	
2026 ff. bis zu	

Erläuterungen:

	Gesamt	Davon entfallen auf:					
		2021	2022	2023	2024	2025	2026 ff.
Vorbelastung							
VE 2021	300.000		150.000	150.000			
Verpfl. aus VE			150.000	150.000			
für neue Maßnahmen vorgesehen		610.000					
Vorbelastung künftiger HH-Jahre		300.000					

Die Verpflichtungsermächtigung wurde für die Ausschreibung eines Rahmenvertrages für Spracherkennungssoftware ausgebracht.

05 **Ministerium der Justiz**
05 03 **Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Angaben in EUR					

noch zu 812 99

Veranschlagt sind Mittel für:

			2021	
			EUR	
1.)	Lizenzierung Spracherkennung			150.000
2.)	Ersatzbeschaffungen für Videokonferenzinfrastruktur			100.000
3.)	Standardsoftware mit justizspezifischem Bezug ohne Rahmenvertrag			20.000
4.)	Sonstiges			40.000
Summe				310.000

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	3.629.102	2.722.700	4.420.800
-------------------------------------	-----------	------------------	------------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	3.933.917	3.252.600	4.650.500
---	-----------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
HGr. 1		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	293.517.973	259.961.100	267.152.000
HGr. 2		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	16.928	30.000	30.000
Gesamteinnahmen			293.534.901	259.991.100	267.182.000
Ausgaben					
HGr. 4		Personalausgaben	248.705.852	240.576.000	272.671.400
HGr. 5		Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	165.991.700	181.147.900	184.748.700
HGr. 6		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.467.955	2.807.300	2.608.800
HGr. 8		Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	874.486	815.800	1.150.000
Gesamtausgaben			419.039.993	425.347.000	461.178.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-125.505.091	-165.355.900	-193.996.900

05 **Ministerium der Justiz**
05 04 **Justizvollzugseinrichtungen**

Vorwort

Zur Vollstreckung rechtskräftig verhängter Freiheitsstrafen und zum Vollzug der Untersuchungshaft sind in Rheinland-Pfalz Justizvollzugsanstalten eingerichtet in:

- Frankenthal (Pfalz)
- Koblenz
- Ludwigshafen am Rhein (Sozialtherapeutische Anstalt)
- Rohrbach mit Außenstelle Wonsheim
- Trier mit Außenstelle Saarburg
- Wittlich
- Zweibrücken

In Diez ist außerdem eine Justizvollzugsanstalt mit Sicherungsverwahrung eingerichtet.

Jugendstrafen werden vollstreckt in den Jugendstrafanstalten Schifferstadt und Wittlich. Jugendarrest wird vollstreckt in der Jugendarrestanstalt Worms und in zusätzlich angemieteten Arrestplätzen der JAA Lebach (Saarland). Sicherungsverwahrung wird in der Justizvollzugs- und Sicherungsverwahrungsanstalt Diez vollstreckt.

Die Ausbildung für den Allgemeinen Justizvollzugsdienst (2. Einstiegsamt) wird in Lehrgängen und in der Justizvollzugsschule Rheinland-Pfalz in Wittlich vorgenommen.

Eine Mittelbehörde gibt es nicht, die Justizvollzugseinrichtungen sind dem Ministerium der Justiz unmittelbar unterstellt.

In Kapitel 05 04 werden für die vorgenannten Justizvollzugseinrichtungen die Einnahmen und Ausgaben für Personal- und Sachkosten sowie die nach dem Landesjustizvollzugsgesetz und dem Landessicherungsverwahrungsvollzugsgesetz vorgeschriebenen Leistungen an oder für die Gefangenen bzw. Untergebrachten veranschlagt. Darunter fallen unter anderem Verpflegung, Arbeitsentgelte und Ausbildungsbeihilfen, medizinische, psychologische und kulturelle Betreuung, berufliche Bildungsmaßnahmen, Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

In der Titelgruppe 71 sind die Einnahmen und die Ausgaben für die Arbeitsbetriebe, in denen die Gefangenen beschäftigt werden, gesondert veranschlagt.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 31	056	Einnahmen für Verpflegung und Unterbringung der Freigänger	111.376	135.000	135.000
--------	-----	---	---------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entgelte von Gefangenen, die nach § 30 LJVollzG in einem freien Beschäftigungsverhältnis außerhalb der Vollzugsanstalt stehen oder über andere regelmäßige Einkünfte verfügen und zum Ausgleich der Kosten für die Unterkunft und Verpflegung den Haftkostenbeitrag nach § 71 LJVollzG an das Land abführen.

119 06	056	Einnahmen aus der Verpflegung des Personals	48.003	72.500	60.000
--------	-----	--	--------	---------------	---------------

Vgl. Vermerk bei Titel 514 02

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Entgelt für die Teilnahme von Bediensteten an der Gefangenenverpflegung.

119 15	056	Einnahmen aus Schadenersatzleistungen	150.531	75.000	100.000
--------	-----	--	---------	---------------	----------------

Vgl. Vermerk bei Titel 511 02.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ersatzleistungen für Schäden, die Gefangene und Dritte vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeiführen sowie Ersatzleistungen für durch Dritte verursachte Dienstunfälle.

119 25	056	Erlöse aus der Veräußerung von Altmaterial, Abfällen, Fundsachen usw.	33.390	20.000	20.000
--------	-----	--	--------	---------------	---------------

119 69	056	Vermischte Verwaltungseinnahmen	146.290	170.000	170.000
--------	-----	--	---------	----------------	----------------

Vgl. Vermerk bei Titel 547 69.

Erläuterungen:

Guthaben von Gefangenen, die nicht ausgezahlt werden können, weil z. B. ihr/sein Aufenthalt unbekannt ist, sind nach 6 Monaten wie Kassenüberschüsse den vermischten Einnahmen zuzuführen. Wenn eine Berechtigte oder ein Berechtigter später die Herausgabe des Geldes verlangt, ist der Anspruch aus den Mitteln für vermischte Ausgaben zu erfüllen.

124 01	056	Mieten und Vergütungen für Wohnungen und Nebenentgelte	535.039	605.000	550.000
--------	-----	---	---------	----------------	----------------

124 02	056	Mieten und Vergütungen für Arbeits- und Lagerräume sowie Nebenentgelte	99.503	75.000	90.000
--------	-----	---	--------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Mieten und Nebenentgelte, die von Unternehmerbetrieben für die Überlassung anstaltseigener Arbeits- und Lagerräume zu entrichten sind.

125 01	056	Einnahmen aus der Arbeitsverwaltung der Justizvollzugseinrichtungen	7.259.701	9.500.000	7.500.000
--------	-----	--	-----------	------------------	------------------

Vgl. Vermerk bei TG 71.

05 **Ministerium der Justiz**
05 04 **Justizvollzugsanstalten**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 125 01

Justizbehörden des Landes sowie aktive oder in den Ruhestand versetzte Bedienstete der Justizvollzugseinrichtungen, ihre Ehepartner und in ihrem Haushalt lebende wirtschaftlich von ihnen Abhängige erhalten die für ihren Eigenbedarf benötigten Erzeugnisse und Leistungen der Eigenbetriebe der Justizvollzugseinrichtungen zu den in dem Rundschreiben des Ministeriums der Justiz betreffend "Ausführungsvorschriften zur Arbeitsverwaltung" festgesetzten Preisen (Nr. 5.5, 7.2 und 7.3 der AV zur Arbeitsverwaltung).

Erläuterungen:

Weniger nach der Istentwicklung der letzten Jahre

Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Gütern und Diensten im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Gefangenen und Untergebrachten innerhalb und außerhalb der Justizvollzugseinrichtungen. Außerdem sind hier die Erlöse aus dem Verkauf auszusondernder Kraftfahrzeuge der Arbeitsverwaltung eingestellt.

125 03	056	Einnahmen aus dem Verkauf von Nahrungs- und Genussmitteln sowie von Zusatzverpflegung	134.514	135.000	135.000
---------------	-----	--	---------	----------------	----------------

Vgl. Vermerk bei 05 04-514 05.

129 01	056	Einnahmen aus praktischer Tätigkeit von Gefangenen im Rahmen der Berufsausbildung	55.347	40.000	40.000
---------------	-----	--	--------	---------------	---------------

Vgl. Vermerk bei Titel 537 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Einnahmen aus praktischer Tätigkeit von Gefangenen im Rahmen der Berufsausbildung im Berufsausbildungszentrum der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken.

132 01	056	Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen	17.001	20.000	20.000
---------------	-----	---	--------	---------------	---------------

Vgl. Vermerk bei Titel 514 01.

132 02	056	Erlöse aus der Veräußerung unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände	2.250	200	20.000
---------------	-----	--	-------	------------	---------------

Vgl. Vermerk bei Titel 511 01.

Summe HGr. 1:			8.592.942	10.847.700	8.840.000
---------------	--	--	-----------	-------------------	------------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 02	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch den Bund	6.381	170.000	100.000
---------------	-----	--	-------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen von Haftkosten, die der Bund aufgrund der Vereinbarung über den Kostenausgleich in Staatsschutz-Strafsachen vom 31. Januar/18. Februar 1977 zu tragen hat (vgl. AV d. JM vom 20. Juli 1977 -5102 - 3 -1984 - 5102 - 3 - 11/84 -JBl. S. 70).

232 02	056	Zuweisungen anderer Länder für die Ausbildung von Gefangenen	0	54.000	20.000
---------------	-----	---	---	---------------	---------------

Vgl. Vermerk bei Titel 632 03.

Erläuterungen:

Dem Ansatz liegen die Haftkosten für durchschnittlich 12 (12) Gefangene zugrunde.

232 03	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Länder	3.789.030	3.600.000	3.600.000
---------------	-----	--	-----------	------------------	------------------

Vgl. Vermerk bei Titel 632 03.

05 Ministerium der Justiz
05 04 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 232 03

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erstattungen

a) für den Vollzug von Untersuchungs- und Strafhaft an saarländischen Frauen in der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken und für den Vollzug der saarländischen Sicherungsverwahrten in der Justizvollzugs- und Sicherungsverwahranstalt Diez.

Dem Ansatz liegen zugrunde: ganzjährig durchschnittlich 30 (30) Gefangene in der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken und ganzjährig 20 (20) Sicherungsverwahrte in der Justizvollzugs- und Sicherungsverwahranstalt Diez.

b) für die Behandlung kranker Gefangenen aus anderen Ländern und von kranken Personen, die mit freiheitsentziehenden Maßregeln gem. §§ 81, 126a StPO bzw. §§ 63, 64 StGB untergebracht sind, im Justizvollzugskrankenhaus (JVK) Wittlich. Dem Ansatz liegen ganzjährig durchschnittlich zugrunde: 3 (3) Gefangene.

235 07	056	Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Umsetzung des Altersteilzeitgesetzes	0	0	0
---------------	------------	--	---	---	---

Vgl. Vermerk bei 428 01.

236 01	056	Erstattung des Verletztengeldes durch die Unfallkasse Rheinland-Pfalz	4.936	12.000	12.000
---------------	------------	--	-------	--------	--------

Erläuterungen:

Gefangene erhalten während der auf einem Arbeitsunfall beruhenden Arbeitsunfähigkeit ein Verletztengeld in Höhe des Arbeitsentgelts. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird das Verletztengeld aus Titel 681 04 gewährt und von der Unfallkasse Rheinland-Pfalz erstattet.

272 01	056	Zweckgebundene Einnahmen aus Förderbeiträgen der EU	41.904	0	0
---------------	------------	--	--------	---	---

Vgl. Vermerk bei Titel 537 03.

Die Einnahmen sind zweckgebunden für die Ausgaben aus Fördermitteln der Europäischen Union für Projekte der Straffälligenhilfe und daher haushaltsjahrübergreifend übertragbar.

Summe HGr. 2:			3.842.251	3.836.000	3.732.000
----------------------	--	--	-----------	-----------	-----------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

381 01	891	Entgelte für Leistungen der Justizvollzugsanstalten	452.606	568.300	579.900
---------------	------------	--	---------	---------	---------

Erläuterungen:

Die Erstattungen für die Entgelte von Leistungen der Justizvollzugsanstalten erfolgen von:

		2021
		EUR
01	Staatskanzlei (EP 02)	17.500
02	Ministerium des Innern und für Sport (EP 03)	150.000
03	Ministerium der Finanzen (EP 04)	165.000
04	Ministerium der Justiz (EP 05)	61.400
05	Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie (EP 06)	77.000
06	Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz (EP 07)	44.500
07	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (EP 08)	18.000
08	Ministerium für Bildung (EP 09)	8.500
09	Rechnungshof (EP 10)	1.000
10	Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten (EP 14)	25.000
11	Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (EP 15)	12.000
Summe		579.900

Summe HGr. 3:			452.606	568.300	579.900
----------------------	--	--	---------	---------	---------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

Die Ausgaben bei 05 04 - HGr 4 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 05 02 - 427 03.

422 01	056	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterrinnen und Richter)	75.388.941	74.789.100	84.925.600
--------	-----	--	------------	-------------------	-------------------

1. In Stellen der Besoldungsgruppe A 9 (Sozialinspektorin/Sozialinspektor) können Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter (Entgeltgruppe S 12 TV-L) für die Dauer von längstens zwei Jahren und sechs Monaten (§ 18 Abs. 1 Nr. 2 LbVO) nachgewiesen werden.
2. In Stellen der Besoldungsgruppe A 13 (Psychologierätin/Psychologierat) können Psychologinnen/Psychologen (Entgeltgruppen E 13 und E 14 TV-L) für die Dauer von längstens drei Jahren und sechs Monaten nachgewiesen werden (§ 18 Abs. 1 Nr. 3 LbVO).
3. In Stellen der Besoldungsgruppe A 7 (Justizvollzugsoberssekretärin/Justizvollzugsoberssekretär) können Tarifbeschäftigte (bis Entgeltgruppe 7 TV-L) nachgewiesen werden.
4. Aus insgesamt 71 Planstellen des Zweiten und Dritten Einstiegsamtes im Allgemeinen Vollzugsdienst dürfen Zulagen für Beamtinnen und Beamte mit Meisterprüfung oder Abschlussprüfung als staatlich geprüfte Technikerin oder staatlich geprüfter Techniker gemäß Nummer III.13 der Vorbemerkungen zum Landesbesoldungsgesetz gezahlt werden.
5. Nach den Empfehlungen der Steuerungsgruppe Personalstruktur vom 29.08.2016 sollten zunächst in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 insgesamt 50 weitere Planstellen oder Stellen im Justizvollzug eingespart werden. Diese Stellen können nunmehr erst nach Fertigstellung der Sanierung des Altbaus der Justizvollzugsanstalt Wittlich und der damit einhergehenden Schließung der Justizvollzugsanstalt Trier eingespart werden (voraussichtlich frühestens im Jahre 2027). Nach dem vom Ministerrat zur Kenntnis genommenen Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Neustrukturierung des Justizvollzuges Rheinland-Pfalz vom 14.02.2018 führt die Übernahme der Aufgaben der JVA Trier durch die JVA Wittlich voraussichtlich zu einer Effizienzsteigerung. Wie dem Rechtsausschuss des Landtages in der Sitzung vom 23.01.2020 dargelegt, sind für den Betrieb des sanierten Hafthauses in Wittlich nach einer Personalbedarfsberechnung weniger Arbeitskraftanteile erforderlich als momentan für den Betrieb der JVA Trier.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Ea	2020	2021
Leitende Regierungsdirektorin, Leitender Regierungsdirektor	A16+AZ	IV	1,00	1,00
Leitende Medizinaldirektorin, Leitender Medizinaldirektor	A16	IV	1,00	1,00
Leitende Regierungsdirektorin, Leitender Regierungsdirektor	A16	IV	4,00	5,00
Medizinaldirektorin, Medizinaldirektor	A15	IV	1,00	1,00
Psychologiedirektorin, Psychologiedirektor	A15	IV	5,00	5,00
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	IV	15,00	17,00
Oberchemierätin, Oberchemierat	A14	IV	0,00	1,00
Obermedizinalrätin, Obermedizinalrat	A14	IV	3,00	3,00
Oberpsychologierätin, Oberpsychologierat	A14	IV	17,00	17,00
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A14	IV	5,50	3,00
Psychologierätin, Psychologierat	A13	IV	33,00	33,00
Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	IV	1,50	2,00
Rektorin, Rektor als Leiterin oder Leiter des Berufsausbildungszentrums der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken	A13+AZ	III	0,00	0,00
Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	III	8,00	8,00
Oberlehrerin, Oberlehrer an einer Justizvollzugsanstalt	A13	III	17,00	17,00
Sozialrätin, Sozialrat	A13	III	2,00	4,00
Amtsärztin, Amtsarzt	A12	III	13,00	15,00
Sozialamtsärztin, Sozialamtsarzt	A12	III	10,00	11,00
Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	A11	III	24,00	25,00
Sozialamtfrau, Sozialamtmann	A11	III	14,00	18,00
Justizvollzugsamtfrau, Justizvollzugsamt-mann	A11	III	0,00	5,00

05 Ministerium der Justiz
05 04 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Angaben in EUR			
			Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	
noch zu 422 01						
		Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	A10	III	28,00	28,00
		Sozialoberinspektorin, Sozialoberinspektor	A10	III	22,50	26,00
		Justizvollzugsoberinspektorin, Justizvollzugsoberinspektor	A10	III	0,00	5,00
		Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9	III	12,00	12,00
		Sozialinspektorin, Sozialinspektor	A9	III	42,50	32,00
		Justizvollzugsinspektorin, Justizvollzugsinspektor	A9+AZ	II	137,00	131,00
		Justizvollzugsinspektorin, Justizvollzugsinspektor im Werkdienst	A9+AZ	II	0,00	0,00
		Justizvollzugsinspektorin, Justizvollzugsinspektor	A9	II	322,00	323,00
		Justizvollzugsinspektorin, Justizvollzugsinspektor im Werkdienst	A9	II	0,00	0,00
		Hauptwerkmeisterin, Hauptwerkmeister	A8	II	0,00	0,00
		Justizvollzugshauptsekretärin, Justizvollzugshauptsekretär	A8	II	543,00	544,00
		Justizvollzugsobensekretärin, Justizvollzugsobensekretär	A7	II	723,50	717,50
		Oberwerkmeisterin, Oberwerkmeister	A7	II	0,00	0,00
Zusammen:					2.005,50	2.010,50
Leerstellen:						
		Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	IV	0,00	0,00
		Oberpsychologierätin, Oberpsychologierat	A14	IV	1,00	1,00
		Psychologierätin, Psychologierat	A13	IV	1,00	1,00
		Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	III	1,00	1,00
		Amtsärztin, Amtsarzt	A12	III	0,50	0,50
		Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	A10	III	2,00	2,00
		Sozialoberinspektorin, Sozialoberinspektor	A10	III	1,00	1,00
		Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9	III	0,00	0,00
		Sozialinspektorin, Sozialinspektor	A9	III	3,00	3,00
		Justizvollzugshauptsekretärin, Justizvollzugshauptsekretär	A8	II	0,50	0,50
		Justizvollzugsobensekretärin, Justizvollzugsobensekretär	A7	II	8,00	8,00
Zusammen:					18,00	18,00
Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):					2.005,50	2.010,50

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher Zulagen und Zuwendungen der planmäßigen Beamten.

Es können in den Stellen

A9 (Regierungsinspektorin/-inspektor) auch Justizvollzugsinspektorinnen/-inspektoren (3. EA),

A10 (Regierungsoberinspektorin/inspektor) auch Justizvollzugsoberinspektorinnen/-inspektoren (3. EA) und

A11 (Regierungsamtfrau/-amtman) auch Justizvollzugsamtfrauen/-amt männer (3. EA) nachgewiesen werden.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 422 01

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Zugänge:

Neue Stellen

1,00	A14 IV	Oberchemierätin, Oberchemierat
1,00	A13 IV	Regierungsrätin, Regierungsrat
1,00	A11 III	Regierungsamtfrau, Regierungsamt- mann

3,00 Zugänge neue Stellen

3,00 Stellen Zugänge insgesamt

3,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

2,00	A12 III	Amtsärztin, Amtsarzt	Umwandlung von E 12 III	Verbeamtung von IT-Fachkräften aus 05 04 - 428 01
------	---------	----------------------	-------------------------	--

2,00 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

2,00 Stellen Zugänge insgesamt

2,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Stellenhebung:

Neue Hebungen

1,00	von A15 IV	Regierungsdirektorin, Regie- rungsdirektor	nach A16 IV	Leitende Regierungsdirekto- rin, Leitender Regierungsdirek- tor	Verbesserung der Beförde- rungssituation im Bereich der Anstaltsleitungen
3,00	von A14 IV	Oberregierungsrätin, Oberre- gierungsrat	nach A15 IV	Regierungsdirektorin, Regie- rungsdirektor	Verbesserung der Beförde- rungssituation im Bereich der Anstaltsleitungen
0,50	von A13 IV	Regierungsrätin, Regierungsrat	nach A14 IV	Oberregierungsrätin, Oberre- gierungsrat	Verbesserung der Beförde- rungssituation im Bereich der Anstaltsleitungen
2,00	von A12 III	Sozialamtsärztin, Sozialamts- arzt	nach A13 III	Sozialärztin, Sozialarzt	Verbesserung der Beförde- rungssituation im Sozialdienst
3,00	von A11 III	Sozialamtfrau, Sozialamt- mann	nach A12 III	Sozialamtsärztin, Sozialamts- arzt	Verbesserung der Beförde- rungssituation im Sozialdienst
7,00	von A10 III	Sozialoberinspektorin, Sozia- loberinspektor	nach A11 III	Sozialamtfrau, Sozialamt- mann	Verbesserung der Beförde- rungssituation im Sozialdienst
10,50	von A9 III	Sozialinspektorin, Sozialin- spektor	nach A10 III	Sozialoberinspektorin, Sozia- loberinspektor	Verbesserung der Beförde- rungssituation im Sozialdienst
5,00	von A9+AZ II	Justizvollzugsinspektorin, Ju- stizvollzugsinspektor	nach A11 III	Justizvollzugsamtfrau, Justiz- vollzugsamtman	Stellenhebungen für Vollzugs- dienstleiterinnen oder Voll- zugsdienstleiter
5,00	von A9+AZ II	Justizvollzugsinspektorin, Ju- stizvollzugsinspektor	nach A10 III	Justizvollzugsoberspekto- rin, Justizvollzugsoberspek- tor	Stellenhebungen für Vollzugs- dienstleiterinnen oder Voll- zugsdienstleiter
4,00	von A9 II	Justizvollzugsinspektorin, Ju- stizvollzugsinspektor	nach A9+AZ II	Justizvollzugsinspektorin, Ju- stizvollzugsinspektor	Verbesserung der Beförde- rungssituation im Allgemeinen Vollzugsdienst
5,00	von A8 II	Justizvollzugshauptsekretä- rin, Justizvollzugshauptsekre- tär	nach A9 II	Justizvollzugsinspektorin, Ju- stizvollzugsinspektor	Verbesserung der Beförde- rungssituation im Allgemeinen Vollzugsdienst
6,00	von A7 II	Justizvollzugsoberssekretärin, Justizvollzugsoberssekretär	nach A8 II	Justizvollzugshauptsekretä- rin, Justizvollzugshauptsekre- tär	Verbesserung der Beförde- rungssituation im Allgemeinen Vollzugsdienst

52,00 Neue Hebungen insgesamt

52,00 Stellenhebungen insgesamt

422 03 056 Bezüge der beamteten (richterlichen) Hilfskräfte

0

0

0

Erläuterungen:

Leertitel.

Veranschlagt sind die Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten auf Probe bis zur Anstellung (und der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf mit Dienstbezügen) einschließlich gesetzlicher Zulagen und Zuwendungen.

05 Ministerium der Justiz
05 04 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

422 04 056 Bezüge der abgeordneten Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter) 175 **42.500** **42.500**

422 05 056 Anwärterbezüge 3.975.986 **3.766.900** **4.956.000**

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Ea	2020	2021
Regierungsinspektoranwärterin, Regierungsinspektoranwärter	ANW	III	8,00	11,00
Justizvollzugsoberssekretäranwärterin, Justizvollzugsoberssekretäranwärter	ANW	II	132,00	157,00
davon kw: 2021: 25,00 im Jahr 2025				
Zusammen:			140,00	168,00
Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):			140,00	168,00

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Anwärterbezüge einschließlich gesetzlicher Zulagen und Zuwendungen.

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Zugänge:

Neue Stellen				
3,00	ANW III	Regierungsinspektoranwärterin, Regierungsinspektoranwärter		
25,00	ANW II	Justizvollzugsoberssekretäranwärterin, Justizvollzugsoberssekretäranwärter		
<hr/>				
28,00	Zugänge neue Stellen			
<hr/>				
28,00	Stellen Zugänge insgesamt			
<hr/>				
28,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

422 08 056 Mehrarbeitsvergütungen der Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter) 375.065 **275.500** **320.000**

427 01 056 Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte 40.380 **392.200** **280.000**

Erläuterungen:

Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte insbesondere in Fällen des Mutterschutzes sowie bei Abordnungen an Stellen außerhalb der Landesverwaltung und Beurlaubungen unter 12 Monaten.

427 09 056 Beschäftigungsentgelte an Praktikantinnen, Praktikanten, Volontärinnen und Volontäre 0 **0** **0**

Erläuterungen:

Leertitel.

427 32 056 Nebenamtliche und nebenberufliche Kräfte zur Aus- und Fortbildung von Bediensteten 69.774 **38.700** **71.000**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Vergütungen nach der VV der Staatskanzlei und der Ministerien vom 22. September 1987 (FM P 1564 A - 414 - 5909/87 und JM 2103a - 1 - 17/87 - JBl. S. 232) und VV des JM vom 16. Oktober 1987 (2103a - 1 - 18/87 - JBl. S. 2) sowie nach der VV des JM vom 1. Dezember 1981 (2301 - 6 - 5/81 - JBl. 1982 S. 2).

05 **Ministerium der Justiz**
05 04 **Justizvollzugsanstalten**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 427 32

				2021 EUR
1.)		Lehr- und Vortragsvergütungen		51.000
2.)		Prüfungsvergütungen		20.000
Summe				71.000

427 36 **056** **Sonstige Vergütungen für nebenamtliche und nebenberufliche Tätigkeiten** **1.587.930** **1.524.400** **1.620.000**

Erläuterungen:

				2021 EUR
1.)		Vergütungen für nebenamtliche und nebenberufliche Ärzte, Zahnärzte, Psychologen, Geistliche, Lehrer, Organisten, Friseure usw.		1.610.000
2.)		Müheentgelt für die Verpflegung von Jugendlichen durch Aufsichtskräfte beim Vollzug von Freizeit-, Kurz- und Dauerarrest		5.000
3.)		Wochenendvergütung beim Vollzug von Freizeitarrest		5.000
Summe				1.620.000

428 01 **056** **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** **12.336.174** **12.471.200** **13.440.600**

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 235 07 geleistet werden.

Stellenplan:

EntgeltGr	2020	2021
E 15	1,00	1,00
E 14	0,00	7,00
E 13	10,00	3,00
E 12	2,00	0,00
E 10	0,00	1,00
E 9b	0,00	0,00
E 9a	4,00	0,00
E 8	15,00	15,00
E 7	7,00	7,00
E 6	38,80	41,80
Ä3	2,00	2,00
Ä2	3,00	3,00
Ä1	0,00	0,00
KR 13	0,00	1,00
KR 12	0,00	1,00
KR 11	1,00	2,00
KR 10	9,50	0,00
KR 9	3,00	9,00
KR 8	8,50	9,00
KR 7	11,00	11,00
S 12	0,00	3,00
Zusammen:	115,80	116,80
Leerstellen:		
E 13	1,00	1,00
E 9a	0,00	0,00
KR 7	5,50	5,50
Zusammen:	6,50	6,50
Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):	115,80	116,80

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entgelte der tariflich Beschäftigten.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 428 01

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021				
Zugänge:				
Neue Stellen				
3,00	E 6 II			
3,00	Zugänge neue Stellen			
3,00	Stellen Zugänge insgesamt			
3,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			
Umwandlung / Umsetzung				
Zugänge:				
Umsetzungen und sonstige Umwandlungen				
4,00	E 9b III	Umwandlung von E 9a II	TV-L neu_E 9b	
3,00	S 12 III	Umwandlung von E 9b III	TV-L neu_S-Tabelle	
7,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
7,00	Stellen Zugänge insgesamt			
Abgänge:				
Umsetzungen und sonstige Umwandlungen				
2,00	E 12 III	Umwandlung nach A12 III	Verbeamtung von IT-Fachkräften nach 05 04 - 422 01	
3,00	E 9b III	Umwandlung nach S 12 III	TV-L neu_S-Tabelle	
4,00	E 9a II	Umwandlung nach E 9b III	TV-L neu_E 9b	
9,00	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
9,00	Stellen Abgänge insgesamt			
-2,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			
Stellenhebung:				
Hebungen im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres				
7,00	von E 13 IV	nach E 14 IV	TV-L neu_Entgeltordnung	
1,00	von E 9b III	nach E 10 III		
1,00	von KR 10 II	nach KR 13 III		
1,00	von KR 10 II	nach KR 12 III		
1,00	von KR 10 II	nach KR 11 III		
11,00	Hebungen im Haushaltsvollzug insgesamt			
11,00	Stellenhebungen insgesamt			
Stellensenkung:				
HH-Vollzug				
6,00	von KR 10 II	nach KR 9 II		
0,50	von KR 10 II	nach KR 8 II		
6,50	Senkungen im Haushaltsvollzug insgesamt			
6,50	Stellensenkungen insgesamt			

428 08	056	Überstundenentgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	10.000	10.000
453 01	056	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	10.592	17.500	17.500
453 02	056	Trennungsgeld für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	56.366	60.000	60.000

Erläuterungen:

Veranschlagt ist das Trennungsgeld für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst während der Ausbildung in der Justizvollzugsschule und den übrigen Ausbildungsabschnitten.

05 Ministerium der Justiz
05 04 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 514 01

Erlöse aus der Veräußerung landeseigener Dienstkleidung sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

		2021 EUR
1.)	Haltung von Dienstfahrzeugen	300.000
2.)	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	700.000
Summe		1.000.000

In Betracht kommen 71 (68) Dienstkraftwagen, davon 27 Personenkraftwagen, 6 Lastkraftwagen, 1 Kraftrad, 3 Zellenomnibusse, 27 Kleinbusse, 2 Sanka und 5 Traktoren.

Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung und Unterhaltung landeseigener Dienst- und Schutzkleidung und Sonderkleidung und persönlicher Ausrüstungsgegenstände.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

514 02	056	Beköstigung	3.783.963	3.977.800	3.970.000
---------------	------------	--------------------	-----------	------------------	------------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 06 geleistet werden.

1. *Den in den Justizvollzugsanstalten Beschäftigten wird die Verpflegung zu den amtlichen Sachbezugswerten in der jeweils geltenden Fassung gewährt.*
2. *Die Verpflegung kann Landesbediensteten amtlich zur Verfügung gestellt werden, wenn sich hierdurch die Zahlung von Reisekosten mindert.*
3. *Die Verpflegungssätze für Bedienstete des Landes in anderen Fällen, Bedienstete anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechts und sonstige Gäste werden durch das fachlich zuständige Ministerium auf der Grundlage von § 2 der Sozialversicherungsentgeltverordnung vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3385), zuletzt geändert durch Art. 1 der VO vom 29. November 2019 (BGBl. I S. 1997) in der jeweils geltenden Fassung festgelegt.*
4. *Ausnahmsweise kann der jeweilige Behördenleiter im Einzelfall die Verpflegung aus Gründen der Repräsentation kostenfrei zur Verfügung stellen. Dies gilt insbesondere für eingeladene Besuchergruppen und Personen, die bei Vortragsveranstaltungen referieren.*

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten der Verpflegung für Gefangene und Bedienstete.

514 03	056	Verbrauchsmittel für die Versorgung der Gefangenen	1.637.991	1.616.900	1.800.000
---------------	------------	---	-----------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für den notwendigen Bedarf an Arzneimitteln, Verbandstoffen, und sonstigen medizinischen Verbrauchsmitteln (ohne JVK) zur Aufrechterhaltung der körperlichen und geistigen Gesundheit der Gefangenen (§ 72 LJVollzG) und Untergebrachten (§ 70 LSVVollzG).

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

514 05	056	Ausgaben anlässlich des Verkaufs von Waren an jugendliche Gefangene	117.799	107.800	110.000
---------------	------------	--	---------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 05 04-125 03 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waren durch die JSA Schifferstadt an jugendliche Gefangene (vgl. Titel 125 03).

517 01	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	8.681.979	9.289.500	9.195.000
---------------	------------	---	-----------	------------------	------------------

Die Ausgaben bei 05 01 - 517 01, 05 03 - 517 01, 05 04 - 517 01, 05 05 - 517 01, 05 07 - 517 01, 05 08 - 517 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

05 Ministerium der Justiz
05 04 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 517 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Heizung, Beleuchtung und sonstige Energiekosten, Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Feuerversicherung, Steuern, Abgaben und Sonstiges (z. B. Wartungsverträge, Pflege der Außenanlagen sowie Verbrauchsmittel und kleinere Gebrauchsgegenstände bis zum Anschaffungswert von 50 EUR im Rahmen der Hausbewirtschaftung). Alle Vollzugsanstalten sind in Gebäuden des Landesbetriebes "Liegenschafts- und Baubetreuung" untergebracht.

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

518 01	056	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	38.546	35.800	38.600
---------------	-----	--	--------	---------------	---------------

Die Ausgaben 05 01-518 01, 05 03-518 01, 05 04-518 01, 05 05-518 01, 05 08-518 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Miete für die Diensträume der Sozialtherapeutischen Abteilung bei der Justizvollzugsanstalt Trier und die Psychotherapeutische Ambulanz der Justiz bei der Justizvollzugsanstalt Ludwigshafen (Sozialtherapeutische Anstalt).

518 12	056	Leasing von Maschinen und Geräten	21.220	0	15.000
---------------	-----	--	--------	----------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für ein Gerät zur Detektion von psychoaktiven Drogen, das NPS (neue psychoaktive Substanzen) auf manipulierten Trägern erkennen kann.

518 13	056	Leasing von Dienstfahrzeugen	56.130	56.500	56.300
---------------	-----	-------------------------------------	--------	---------------	---------------

519 02	056	Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen	0	0	0
---------------	-----	--	---	----------	----------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen, bei landeseigenen Gebäuden und Mietobjekten in der Regel bis zu 10.000 EUR im Einzelfall.

519 05	056	Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen, kleinere bauliche Maßnahmen und Schönheitsreparaturen bei Objekten des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung bzw. dessen Rechtsnachfolger	495.503	470.400	565.000
---------------	-----	--	---------	----------------	----------------

Die Ausgaben bei 05 01 - 519 05, 05 03 - 519 05, 05 04 - 519 05, 05 07 - 519 05, 05 08 - 519 05 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen aus Erstattungsleistungen des Landesbetriebs LBB (oder dessen Rechtsnachfolger) für die Durchführung von Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen durch den Nutzer sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

525 01	056	Aus- und Fortbildung	291.669	276.200	365.000
---------------	-----	-----------------------------	---------	----------------	----------------

Einnahmen aus Erstattungen für gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen mit anderen Bundesländern sowie aus dem Verkauf von Unterrichtsmaterialien sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst, die allgemeine Fortbildung der Beamtinnen, Beamten und Tarifbeschäftigten sowie die Fortbildung der Bediensteten in der waffenlosen Kampfweise. Ebenfalls veranschlagt sind die Sachkosten der Justizvollzugsschule in Wittlich.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf, insbesondere für die Ausbildung von zusätzlichen Anwärtnerinnen und Anwärtern.

05 Ministerium der Justiz
05 04 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

525 02	056	Aus- und Fortbildung der Beamtinnen und Beamten im Gebrauch der Schusswaffen	27.016	40.000	35.000
---------------	-----	---	--------	---------------	---------------

526 01	056	Kosten für Sachverständige	5.490	14.000	13.700
---------------	-----	-----------------------------------	-------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für Sachverständige bei der Begutachtung von Gefangenen und Untergebrachten über die Kriminalitätsprognose bei Vollzugslockerungen nach dem LJVollzG und vollzugsöffnende Maßnahmen nach dem LSV-VollzG sowie Kosten für wissenschaftliche Fachberaterinnen und Fachberater im Rahmen von Organisationsuntersuchungen, der kriminologischen Forschung und der Evaluation des Justizvollzugs Rheinland-Pfalz.

526 02	056	Dolmetscher- und Übersetzerkosten	107.470	80.000	101.000
---------------	-----	--	---------	---------------	----------------

Erläuterungen:

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

527 01	056	Reisekostenvergütungen	76.234	69.500	75.000
---------------	-----	-------------------------------	--------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekostenvergütungen für den allgemeinen Dienstreiseverkehr sowie in Personalvertretungsangelegenheiten.

533 01	056	Gefangenenbeförderung und -vorführung	126.280	133.200	128.000
---------------	-----	--	---------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Reisekostenvergütungen für Begleitpersonen bei der Gefangenenbeförderung, -vorführung und -ausführung sowie Kosten der Krankentransporte bei der Inanspruchnahme justizfremder Transportmittel.

533 02	056	Fahrkosten für Arrestanten	638	900	900
---------------	-----	-----------------------------------	-----	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Fahrkosten für Jugendliche zum Antritt des Jugendarrestes nach Nr. 23 JAGO sowie bei der Entlassung nach § 26 JAVollzO.

534 01	056	Behandlung von Gefangenen durch Fachärzte und in Krankenhäusern, Körperersatzstücke, Hilfsmittel und dgl.	1.729.330	1.938.400	1.887.300
---------------	-----	--	-----------	------------------	------------------

Rückzahlungen von Gefangenen aus gestundeter Eigenbeteiligung sind von der Ausgabe abzusetzen.

Einnahmen bei Erstattungen von stationären Behandlungen in externen Krankenhäusern bei Kostenträgerwechsel können von der Ausgabe abgesetzt werden.

Erläuterungen:

		2021
		EUR
1.)	Kosten für die Heranziehung von Fachärzten	572.000
2.)	Unterbringung in öffentlichen Krankenanstalten	1.170.000
3.)	Hilfsmittel, Körperersatzstücke usw.	72.000
4.)	Sonstiges	73.300
Summe		1.887.300

Soweit Facharztkosten, Hilfsmittel usw. im Justizvollzugskrankenhaus anfallen, vgl. Titel 547 02.

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

05 Ministerium der Justiz
05 04 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

535 01 056 Kulturelle Betreuung der Gefangenen 7.332 **7.900** **7.900**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Teilnahme von Gefangenen an Theateraufführungen, Konzerten und dgl.

536 01 056 Billigkeitsentschädigungen an unfallverletzte Gefangene 0 **500** **500**

Erläuterungen:

Billigkeitsentschädigungen an Gefangene, die durch andere als Arbeitsunfälle verletzt wurden, aufgrund des Rundschreibens des Ministeriums der Justiz vom 17.12.2004 (JBl. 2005, S.50).

537 01 056 Berufliche und sonstige Bildungsmaßnahmen für Gefangene 601.481 **621.000** **730.000**

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 129 01 geleistet werden.

Rückerstattungen sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Lehr- und Lernmittel (z. B. Ausbildungs-, Lehr-, Unterrichts- und Anschauungsmaterial, Lehrbücher), für Prüfungsgebühren bei allgemeinbildenden und beruflichen Lehrgängen sowie sonstige Ausbildungskosten für Gefangene. Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz fließen den Mitteln zu.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

537 02 056 Entlassungsvorbereitungen und Übergangsmanagement sowie Behandlungen und Maßnahmen zur Resozialisierung von Gefangenen 76.847 **98.000** **120.000**

Erläuterungen:

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

537 03 056 Fortbildung und Behandlung von Gefangenen im Rahmen von Förderprogrammen der Europäischen Union 15.154 **0** **0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Titel 272 01 geleistet werden.

538 01 056 Aus- und Fortbildung von Vollzugshelferinnen und Vollzugshelfern 753 **900** **900**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Sachkosten, die bei der Aus- und Fortbildung von ehrenamtlichen Vollzugshelferinnen und Vollzugshelfern sowie von Übergangsmanagerinnen und Übergangsmanagern anfallen.

541 01 056 Sachausgaben des Kriminologischen Dienstes 0 **10.500** **17.000**

Erläuterungen:

Es handelt sich insbesondere um die Kosten die im Zusammenhang mit der kriminologischen Forschung im Justizvollzug (§ 103 LJVollzG) und der Sicherungsverwahrung (§ 93 LSVollzG) stehen.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

546 02 056 Kostenbeiträge für Tagungen 4.197 **3.000** **10.000**

05 Ministerium der Justiz
05 04 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 546 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten der Tagung der Leiterinnen und Leiter der Justizvollzugsschulen, welche in 2021 in Rheinland-Pfalz stattfindet.

547 01	056	Freizeitgestaltung für Gefangene	14.960	11.900	18.000
---------------	-----	---	--------	---------------	---------------

Rückerstattungen sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind vornehmlich die Kosten für Geräte und Verbrauchsmittel für heilpädagogisches Werken und Gestalten der Gefangenen, für die Benutzung von öffentlichen und privaten Einrichtungen im Rahmen des Gefangenen-sports sowie für die Herausgabe von Gefangenenzeitungen. Die Kosten für Verbrauchsmittel werden von den Gefangenen erstattet.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

547 02	056	Sachkosten des Justizvollzugskrankenhauses	665.745	622.400	660.000
---------------	-----	---	---------	----------------	----------------

Erläuterungen:

	2021 EUR
1.) Kosten für die Heranziehung von Fachärzten	150.000
2.) Medizinische Verbrauchsmittel	385.000
3.) Körperersatzstücke und Hilfsmittel	15.000
4.) Ärztliche Instrumente und Kleingeräte	17.600
5.) Wartung der medizinischen Geräte	28.000
6.) Besondere Krankenwäsche und -tücher	27.000
7.) Sonstiges	37.400
Summe	660.000

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

547 69	056	Vermischte sächliche Verwaltungsausgaben	39.365	29.800	15.000
---------------	-----	---	--------	---------------	---------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 119 69 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind z. B. Kassenverluste, die beim baren Zahlungsverkehr entstehen sowie die Auszahlung der bei Titel 119 69 vereinnahmten Gelder an (frühere) Gefangene, wenn die Berechtigten nachträglich die Herausgabe des Geldes verlangen.

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

aus Titelgruppen:		3.199.295	3.683.000	3.491.700
--------------------------	--	-----------	------------------	------------------

Summe HGr. 5:		24.026.164	25.050.800	25.661.800
----------------------	--	------------	-------------------	-------------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

632 02	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben an andere Länder	93.022	119.000	132.000
---------------	-----	--	--------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Kosten des Landes Rheinland-Pfalz für die Ausbildung von Regierungsinspektorin-wärterinnen und -anwärt-ern an der Fachhochschule für Rechtspflege in Bad Münstereifel aufgrund der zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen einerseits und den Ländern Bremen, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein andererseits getroffenen Verwal-tungsvereinbarung vom 1. August 1979 (vgl. 2421 - 5 - 43/79).

05 Ministerium der Justiz
05 04 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 632 02

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf wegen verstärkter Einstellung von Anwärtern für das 3. Einstiegsamt.

632 03	056	Erstattung der Kosten für die Unterbringung von Gefangenen und Verwahrten in Anstalten anderer Länder	681.239	800.000	720.000
---------------	-----	--	---------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 232 02 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 232 03 geleistet werden.

Erläuterungen:

Derzeit stehen 10 Arrestplätze zur Verfügung.

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

671 01	056	Erstattungen an kirchliche, soziale und ähnliche Einrichtungen	1.571.661	1.770.000	1.735.000
---------------	-----	---	-----------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entgelte für die mit Gestellungsvertrag tätigen

1.) 12 (12) vollbeschäftigten Anstaltspfarrer, 4 (3) nicht vollbeschäftigten Anstaltspfarrer und

2.) Fachkräfte zur Behandlung drogenabhängiger und -gefährdeter Gefangener in den Justizvollzugsanstalten des Landes,

Den Ansätzen zu 1. und 2. liegen zugrunde:

Bezüglich der Pfarrer:

Vergütungen nach Besoldungsgruppe A 14 zzgl. 33,7 v. H. Versorgungszuschlag.

Bezüglich der Fachkräfte:

Entgelte für Drogenberaterinnen und Drogenberater mit insgesamt bis zu 224 Wochenstunden nach Entgeltgruppe 9b TV-L.

Zu den durchschnittlichen Personalkosten kommen vereinzelt noch Sachkostenzuschläge hinzu.

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

681 01	056	Gefangenenfürsorge und Entlassungsbeihilfe	21.836	32.200	31.500
---------------	-----	---	--------	---------------	---------------

Einbehaltene Kostenanteile sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Gefangene und Untergebrachte haben, soweit ihre eigenen Mittel nicht ausreichen, einen Anspruch auf eine Beihilfe zu den Reisekosten, sowie eine Überbrückungsbeihilfe und auf ausreichende Kleidung bei der Entlassung, gemäß § 50 (4) LJVVollzG und § 48 (3) LSVVollzG.

Die Einbehaltung der Kostenanteile bei der Beschaffung von Entlassungsbekleidung sowie die Abwicklung der Vorschüsse von Guthaben der Gefangenen auf Sparkonten bei Sofortentlassungen fließen den Mitteln zu.

681 02	056	Ausbildungsbeihilfen	831.726	918.500	900.100
---------------	-----	-----------------------------	---------	----------------	----------------

Die Ausgaben bei 681 02, 681 03 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erstattungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Für die Teilnahme an schulischen und beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen erhalten Gefangene gemäß

§ 65 (1) LJVVollzG und Untergebrachte gemäß § 60 (1) LSVVollzG eine Ausbildungsbeihilfe.

Leistungen der Bundesagentur für Arbeit zur individuellen Förderung der beruflichen Bildung der Gefangenen sind von der Ausgabe abzusetzen.

681 03	056	Taschengeld	390.350	368.300	395.000
---------------	-----	--------------------	---------	----------------	----------------

Die Ausgaben bei 681 02, 681 03 sind gegenseitig deckungsfähig.

05 Ministerium der Justiz
05 04 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 681 03

Erläuterungen:

Gefangenen wird gemäß § 67 LJVollzG und Untergebrachten gemäß § 62 LSVVollzG ein Taschengeld gewährt, falls sie bedürftig sind.

Mehrbedarf insbesondere aufgrund eines Beschlusses des OLG Koblenz vom 08.06.2015 (2 Ws 96/15 Vollz), wonach zweckgebundene Einzahlungen im Sinne des § 70 LJVollzG bei der Prüfung der Bedürftigkeit nicht zu berücksichtigen sind.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

681 04	056	Verletztengeld für Gefangene	7.679	12.000	11.000
---------------	-----	-------------------------------------	-------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Nach § 47 Abs. 6 SGB VII erhalten Gefangene während der auf einem Arbeitsunfall beruhenden Arbeitsunfähigkeit ein Verletztengeld in Höhe des Arbeitsentgelts. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wird das Verletztengeld aus Titel 681 04 gewährt und nach Abschluss des Haushaltsjahres von der Unfallkasse Rheinland-Pfalz erstattet (vgl. Titel 236 01).

681 05	056	Finanzielle Anerkennung für die Teilnahme an Maßnahmen	116.681	122.500	122.500
---------------	-----	---	---------	----------------	----------------

Die Ausgaben bei 681 05, 681 71 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die finanzielle Anerkennung für die Teilnahme an Maßnahmen nach § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 bis 10 und 12 und Satz 2 Landesjustizvollzugsgesetz (LJVollzG), soweit sie für die Strafgefangenen nach § 15 Abs. 2 LJVollzG als zwingend erforderlich und für die Jugendstrafgefangenen nach § 15 Abs. 3 LJVollzG als erforderlich erachtet wurden, oder Teil des Behandlungsprogramms der sozialtherapeutischen Abteilung sind (s. § 65 Abs. 1 Nr. 1 LJVollzG)

Veranschlagt ist weiterhin die finanzielle Anerkennung für die Teilnahme an Maßnahmen nach § 9 Abs. 1 Nr. 3, 4, 6,7 und 9 LSVVollzG, soweit sie für die in der Sicherungsverwahrung Untergebrachten nach § 9 Abs. 2 LSVVollzG für zwingend erforderlich erachtet wurden (§ 60 Abs. 1 Nr. 1 LSVVollzG)

681 06	056	Versicherungsbeiträge			1.100.000
---------------	-----	------------------------------	--	--	------------------

neu

Erstattungen der Arbeitgeberanteile zur Arbeitslosenversicherung bei Zahlung von Verletztengeld durch die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung und einbehaltene Beitragsanteile der Gefangenen sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Für Gefangene, die Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfe oder Verletztengeld erhalten, sind Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu entrichten. Der Beitragssatz beträgt z. Zt. 3,0 v. H. Für die Bemessung der Beiträge ist als Arbeitsentgelt ein Betrag von 90 v. H. des durchschnittlichen Bruttojahresarbeitsentgelts aller Versicherten des vorvergangenen Kalenderjahres (ohne Auszubildende) zugrunde zu legen.

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf, siehe weggefallener Titel 636 01.

684 01	056	Zuschüsse für Projekte der Resozialisierung von Gefangenen	8.498	12.000	12.000
---------------	-----	---	-------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuwendungen an kirchliche, soziale oder ähnliche Einrichtungen zur Durchführung von Maßnahmen zur Resozialisierung von Gefangenen, z. B. Familienwochenenden.

685 01	056	Zuschuss an die Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten	700	700	700
---------------	-----	---	-----	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Zuwendung an die Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten e. V. in Wiesbaden für die Herausgabe der Zeitschrift "Forum Strafvollzug", die sich neben dem allgemeinen Informationsbedürfnis vor allem der fachlichen Fortbildung des Vollzugspersonals widmet. An der Zuschussgewährung beteiligen sich die Landesjustizverwaltungen der alten Bundesländer.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

05 Ministerium der Justiz
05 04 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

(636 01) 056 **Versicherungsbeiträge** 1.268.242 **1.390.000**

Der Titel 636 01 wurde durch den neuen Titel 681 06 aufgrund haushaltssystematischer Anpassungen ersetzt.

aus Titelgruppen: 4.421.430 **4.727.000** **4.697.000**

Summe HGr. 6: 9.413.065 **10.272.200** **9.856.800**

HGr. 8: Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 01 056 **Erwerb von Dienstfahrzeugen** 242.702 **268.000** **630.000**

Verpflichtungsermächtigung

	2021 EUR
Betrag:	600.000
davon fällig:	
2022 bis zu	600.000
2023 bis zu	
2024 bis zu	
2025 bis zu	
2026 ff. bis zu	

Erläuterungen:

	Gesamt	Davon entfallen auf:					
		2021	2022	2023	2024	2025	2026 ff.
Vorbelastung VE 2021	600.000		600.000				
Verpfl. aus VE		600.000					
für neue Maßnahmen vorgesehen	1.230.000						
Vorbelastung künftiger HH-Jahre	600.000						

Die Verpflichtungsermächtigung wird für die Ersatzbeschaffung eines Röntgenbusses für die Justizvollzugsanstalt Zweibrücken ausgebracht.

Folgende Ersatzbeschaffungen sind veranschlagt:

	2021 EUR
JSA Schifferstadt	105.000
JVA Koblenz	105.000
JVA Wittlich	210.000
JVA Zweibrücken	210.000
Summe	630.000

812 01 056 **Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen** 1.122.234 **1.295.000** **1.600.000**

Erläuterungen:

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

05 Ministerium der Justiz
05 04 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 812 01

		2021 EUR
1.)	Regale für Bibliotheken und Archivräume sowie Lagerregale	20.000
2.)	Einrichtung von Haft-, Freizeit- und Gemeinschaftsräumen für Gefangene	95.000
3.)	Ausstattung des Internatsgebäudes der Justizvollzugsschule in Wittlich	104.000
4.)	Büromaschinen und -geräte (außer IT)	10.000
5.)	Küchenmaschinen und -geräte für Anstaltsküchen sowie Ess- und Küchengerätschaft für Gefangene	168.000
6.)	Wäschereimaschinen	70.000
7.)	Maschinen und Geräte zur Haus- und Grundstücksbewirtschaftung	80.000
8.)	Gefangenenbekleidung	350.000
9.)	Medizinische Geräte und Spezialeinrichtungen	255.000
10.)	Elektronik-Unterhaltungsgeräte für die Freizeitgestaltung der Gefangenen	30.000
11.)	Kühlschränke für Hafträume	70.000
12.)	Geräte und Ausstattungsgegenstände für Lehrzwecke	40.000
13.)	Ausrüstungsgegenstände zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten	80.000
14.)	Büroeinrichtungen	50.000
15.)	Atenschutzgeräte (Brandschutz)	78.000
16.)	Haftraummöbel für das Hafthaus F1 der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken	100.000
Summe		1.600.000

aus Titelgruppen:	401.464	340.500	642.500
--------------------------	---------	----------------	----------------

Summe HGr. 8:	1.766.400	1.903.500	2.872.500
----------------------	-----------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 71 Kosten des Arbeitsbetriebs

Die Ausgaben bei TGr 71 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 681 71.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von 50 % der Mehreinnahmen bei 125 01 geleistet werden.

Die Ausgaben innerhalb der Titelgruppe 71 sind - mit Ausnahme des Titels 681 71 - gegenseitig deckungsfähig.

427 71	056	Nebenamtliche und nebenberufliche Kräfte zur Gewährleistung der Arbeitssicherheit	61.333	64.500	64.500
--------	-----	--	--------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Vergütungen zur Durchführung des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1885) für die Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten mit den von der Landesausführungsbehörde ermittelten und festgesetzten Einsatzstunden für die Justizvollzugsanstalt:

Diez	360 Stunden
Zweibrücken	336 Stunden
 zusammen:	 696 Stunden

511 71	056	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	365.966	350.000	380.000
--------	-----	---	---------	----------------	----------------

Erläuterungen:

		2021 EUR
1.)	Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	185.800
2.)	Beschaffung von Schreib-, Rechen-, Druck- und sonstigen Maschinen	15.000
3.)	Unterhaltung der Geräte und Maschinen der Arbeitsverwaltungen	179.200
Summe		380.000

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

514 71	056	Fahrzeughaltung, Verbrauchsmittel, persönliche Ausrüstungsgegenstände	2.288.205	2.788.100	2.500.000
--------	-----	--	-----------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

		2021 EUR
1.)	Roh- und Betriebsstoffe	2.383.000
2.)	Treib- und Schmierstoffe	65.000
3.)	Unterhaltung und Instandsetzung	47.000
4.)	Sonstiges	5.000
Summe		2.500.000

In Betracht kommen 18 (19) Fahrzeuge für die Arbeitsverwaltung, davon 3 Personenkraftwagen, 8 Lastkraftwagen und 7 Traktoren und Ackerschlepper.

517 71	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	342.414	274.000	350.000
--------	-----	---	---------	----------------	----------------

05 Ministerium der Justiz
05 04 Justizvollzugsanstalten

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 517 71

Erläuterungen:

		2021 EUR
1.)	Heizung, Beleuchtung und sonstige Energiekosten	240.000
2.)	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	106.000
3.)	Feuerversicherung, Steuern, Abgaben	2.500
4.)	Sonstiges (z. B. Wartungsverträge, Pflege der Außenanlagen sowie Verbrauchsmittel und kleinere Gebrauchsgegenstände bis zum Anschaffungswert von 50 EUR im Rahmen der Hausbewirtschaftung)	1.500
Summe		350.000

Mehr wegen steigender Energie- und Abfallentsorgungskosten.

518 71 056 **Leasing von Maschinen und Geräten** 10.384 **8.800** **10.500**

519 71 056 **Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen** 2.676 **10.000** **35.000**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen, die sich ohne technische Fachkunde beurteilen lassen, bis zu 10.000 EUR im Einzelfall.

Mehr wegen Erneuerung der Folientunnel der Gärtnerei und des Landwirtschaftsbetriebs der Justizvollzugsanstalt Wittlich.

525 71 056 **Aus- und Fortbildung** 8.919 **25.000** **24.500**

527 71 056 **Reisekostenvergütungen** 1.624 **1.800** **1.700**

546 71 056 **Kosten der Neustrukturierung der Arbeitsverwaltungen** 40.973 **30.000** **10.000**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung in den Arbeitsverwaltungen sowie für den Ersatz der derzeitigen Betriebsbuchhaltungen.

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

547 71 056 **Sachausgaben** 22.317 **23.300** **25.000**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die sächlichen Verwaltungsausgaben der Eigenbetriebe in den Justizvollzugsanstalten, die nur gelegentlich anfallen und nicht den Titeln 511 71 bis 527 71 zuzuordnen sind (z. B. Kosten für tierärztliche Untersuchungen, Beschaffung von Arbeitsschutzartikeln, Pachten für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke, Rückzahlungen zuviel bezahlter Beträge aus Einnahmen der Arbeitsverwaltung usw.).

681 71 056 **Arbeitsentgelt** 4.266.907 **4.572.000** **4.480.000**

Die Ausgaben bei 681 05, 681 71 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben bei TGr 71 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 681 71.

Erläuterungen:

Nach § 65 Abs. 1 Nr. 3 LJVollzG erhalten Gefangene Arbeitsentgelt für Arbeit. Für dessen Bemessung sind 9 v. H. der Bezugsgröße nach § 18 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch zugrunde zu legen (Eckvergütung).

05 **Ministerium der Justiz**
05 04 **Justizvollzugsanstalten**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 681 71

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

811 71	056	Erwerb von Dienstfahrzeugen	119.807	35.000	165.000
---------------	-----	------------------------------------	---------	---------------	----------------

Erläuterungen:

		2021 EUR
1.	JSA Schifferstadt	0
2.	JVA Wittlich	165.000
Summe		165.000

812 71	056	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	261.165	261.500	412.500
---------------	-----	--	---------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ersatzbeschaffungen und Modernisierungen von Maschinen und Geräten für die Eigenbetriebe

		2021 EUR
1.)	JVA Diez	191.500
2.)	JSA Wittlich	21.500
3.)	JVA Wittlich	125.000
4.)	JVA Zweibrücken	25.000
5.)	JSA Schifferstadt	49.500
Summe		412.500

Mehr wegen des voraussichtlichen Bedarfs.

Nachrichtlich: Summe TGr. 71	7.792.692	8.444.000	8.458.700
-------------------------------------	-----------	------------------	------------------

TGr. 99 Aufwand für Informations- und Kommunikationstechnik

Die Ausgaben 05 01-TG 99, 05 02-TG 96, 05 02-TG 98, 05 03-TG 97, 05 03-TG 99, 05 04-TG 99, 05 05-TG 99, 05 06-TG 99, 05 07-TG 99, 05 08-TG 99 sind gegenseitig deckungsfähig; dies gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen.

Die Ausgaben sind übertragbar.

511 99	056	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die Datenverarbeitung, Datenübertragung, Software	3.376	1.000	1.000
---------------	-----	---	-------	--------------	--------------

525 99	056	Aus- und Fortbildung	10.260	4.000	4.000
---------------	-----	-----------------------------	--------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind fachspezifische Schulungskosten für basis.web.

539 99	056	Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen für Software	102.179	167.000	150.000
---------------	-----	--	---------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten zur Pflege und Weiterentwicklung der Verfahren im Justizvollzug (insb. MACH-KLR).

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

632 99	056	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Datenverarbeitung an andere Länder	154.523	155.000	217.000
---------------	-----	--	---------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten zur Pflege und Weiterentwicklung des Verfahrens basis.web im Länderverbund.

05 **Ministerium der Justiz**
05 04 **Justizvollzugsanstalten**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 632 99

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

812 99	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung, Software	20.492	44.000	65.000
---------------	-----	--	--------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für spezifische Standardsoftware im Justizvollzug sowie die Ablösung der bestehenden Anwendungen und der Hardware-Neuausstattung.

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99			290.830	371.000	437.000
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			8.083.522	8.815.000	8.895.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	8.592.942	10.847.700	8.840.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3.842.251	3.836.000	3.732.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	452.606	568.300	579.900
Gesamteinnahmen		12.887.799	15.252.000	13.151.900

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	93.903.491	93.454.400	105.809.600
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	24.026.164	25.050.800	25.661.800
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	9.413.065	10.272.200	9.856.800
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.766.400	1.903.500	2.872.500
Gesamtausgaben		129.109.120	130.680.900	144.200.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-116.221.321	-115.428.900	-131.048.800

05 Ministerium der Justiz
05 05 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit einschl. Verfassungsgerichtshof

Vorwort

Veranschlagt werden die Einnahmen und die Ausgaben für Personal- und Sachkosten des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz in Koblenz und der Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Die Zuständigkeit des Verfassungsgerichtshofs ist in Artikel 135 der Landesverfassung Rheinland-Pfalz und in § 1 des Landesgesetzes über den Verfassungsgerichtshof vom 23. Juli 1949 (GVBl. S. 285) - BS 1104-1 - geregelt. Ihm obliegt insbesondere die Entscheidung darüber, ob ein Gesetz oder die sonstige Handlung eines Verfassungsorgans verfassungswidrig ist sowie die Entscheidung über Verfassungsbeschwerden.

Gemäß §§ 2 und 3 des Landesgesetzes über die Gliederung und die Bezirke der Gerichte (Gerichtsorganisationsgesetz - GerOrgG-) vom 5. Oktober 1977 (GVBl. S. 333), BS 300-1, sind folgende Verwaltungsgerichte eingerichtet

- Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz,
- Verwaltungsgericht Koblenz,
- Verwaltungsgericht Mainz,
- Verwaltungsgericht Neustadt an der Weinstraße und
- Verwaltungsgericht Trier.

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit gewährt dem Einzelnen Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Verwaltung. Ausgetragen werden dort demnach öffentlich-rechtliche Streitigkeiten zwischen einzelnen Bürgern und dem Staat (Bund, Länder, Gemeinden) sowie zwischen dem Staat und Selbstverwaltungskörperschaften (z.B. im Rahmen der Kommunalaufsicht), aber auch solche innerhalb der öffentlichen Verwaltung (z.B. Organstreitigkeiten in einer Gemeinde).

Den Verwaltungsgerichten obliegt die Rechtsprechung im ersten Rechtszug. Das Oberverwaltungsgericht ist gemäß § 46 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) zuständig für die Entscheidung über die Berufungen gegen Urteile und über Beschwerden gegen andere Entscheidungen der Verwaltungsgerichte. Es entscheidet weiterhin über die Gültigkeit von Satzungen nach den Vorschriften des Baugesetzbuchs sowie anderer im Rang unter dem Landesrecht stehender Rechtsvorschriften (Normenkontrollanträge i. S. d. § 47 VwGO i. V. m. § 4 Abs.1 AGVwGO). Gemäß § 48 VwGO obliegt dem Oberverwaltungsgericht außerdem die erstinstanzliche Entscheidung in Streitigkeiten über Großanlagen der Energieversorgung, der Abfallentsorgung und des Verkehrs (z.B. Flughäfen, Eisenbahnen, Fernstraßen). Schließlich sind bei dem Oberverwaltungsgericht ein Senat als „Flurbereinigungsgericht für Rheinland-Pfalz und das Saarland“ sowie das „Landesberufsgericht für Heilberufe“ und das „Landesberufsgericht für Architekten“ eingerichtet.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 01	051	Gerichtskosten	1.371.755	2.011.700	2.011.700
---------------	-----	-----------------------	-----------	------------------	------------------

Vgl. Vermerk bei den Titeln 511 01, 532 02, 532 04, 532 05, 532 06.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren und Auslagen nach dem Gerichtskostengesetz sowie die Gebühren nach dem Landesgebüh-
 rengesetz.

112 01	051	Geldbußen und Ordnungsgelder	304	2.000	2.000
---------------	-----	-------------------------------------	-----	--------------	--------------

Erläuterungen:

Geldbußen und Ordnungsgelder nach dem Zweiten Teil des Kammergesetzes für die Heilberufe (BS 2122-1).

119 69	051	Vermischte Verwaltungseinnahmen	10.977	100	100
---------------	-----	--	--------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind z. B. Ersatzleistungen Dritter aus Dienstunfällen von Bediensteten, Rückzahlungen zu Unrecht gezahlter
 Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres.

132 02	051	Erlöse aus der Veräußerung unbrauchbarer oder entbehri- cher Gegenstände	0	100	100
---------------	-----	---	---	------------	------------

Summe HGr. 1:	1.383.035	2.013.900	2.013.900
---------------	-----------	------------------	------------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

235 07	051	Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Umsetzung des Altersteilzeitgesetzes	0	0	0
---------------	-----	--	---	----------	----------

Vgl. Vermerk bei 05 05-428 01.

Summe HGr. 2:	0	0	0
---------------	---	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

Die Ausgaben bei 05 05 - HGr 4 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 05 02 - 427 03.

422 01	051	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	7.610.175	7.799.600	8.254.700
--------	-----	---	-----------	------------------	------------------

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Ea	2020	2021
-----------------	----------	----	------	------

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz und Verfassungsgerichtshof von Rheinland-Pfalz

Präsidentin, Präsident des Oberverwaltungsgerichts und Präsidentin, Präsident des Verfassungsgerichtshofs	R9+AZ	IV	1,00	1,00
Vizepräsidentin, Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichts und ständige Vertreterin oder ständiger Vertreter der Präsidentin oder des Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs	R6	IV	1,00	1,00
Vorsitzende Richterin, Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht	R3	IV	6,00	6,00
Richterin, Richter am Oberverwaltungsgericht	R2	IV	18,00	18,00
Leitende Regierungsdirektorin, Leitender Regierungsdirektor	A16	IV	1,00	1,00
Justizrechtsrätin, Justizrechtsrat	A13	III	1,00	1,00
Amtsärztin, Amtsarzt	A12	III	0,00	1,50
Justizamtsärztin, Justizamtsarzt	A12	III	1,00	1,00
Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	A11	III	0,00	4,00
Justizoberinspektorin, Justizoberinspektor	A10	III	1,00	1,00
Justizinspektorin, Justizinspektor	A9+AZ	II	1,00	1,00
Justizinspektorin, Justizinspektor	A9	II	1,00	1,00
Justizhauptsekretärin, Justizhauptsekretär	A8	II	3,00	3,00
Technische Hauptsekretärin, Technischer Hauptsekretär	A8	II	1,00	1,00
Justizsekretärin, Justizsekretär	A6	I	3,00	3,00
Erste Justizhauptwachtmeisterin, Erster Justizhauptwachtmeister	A5+AZ	I	1,00	1,00
Justizhauptwachtmeisterin, Justizhauptwachtmeister	A4+AZ	I	1,00	1,00

Zusammen:			41,00	46,50
------------------	--	--	--------------	--------------

Verwaltungsgerichte

Präsidentin, Präsident des Verwaltungsgerichts	R3	IV	4,00	4,00
Vizepräsidentin, Vizepräsident des Verwaltungsgerichts	R2+AZ	IV	4,00	4,00

05 Ministerium der Justiz
05 05 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit einschl. Verfassungsgerichtshof

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019			Ansatz 2020		Ansatz 2021	
								Angaben in EUR	
noch zu 422 01		Vorsitzende Richterin, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht	R2	IV		14,00		14,00	
		davon kw: 2021: 1,00 im Jahr 2025 nach Wegfall der Aufgaben							
		2021: 1,00 im Jahr 2022 nach Wegfall der Aufgaben							
		Richterin, Richter am Verwaltungsgericht	R1	IV		43,00		43,00	
		davon kw: 2021: 2,00 im Jahr 2025 nach Wegfall der Aufgaben							
		2021: 1,00 im Jahr 2023 nach Wegfall der Aufgaben							
		2021: 1,00 im Jahr 2024 nach Wegfall der Aufgaben							
		Justizamtsrätin, Justizamtsrat	A12	III		3,00		3,00	
		Justizamtfrau, Justizamtman	A11	III		2,00		2,00	
		Justizoberinspektorin, Justizoberinspektor	A10	III		0,50		0,50	
		Justizinspektorin, Justizinspektor	A9+AZ	II		1,00		1,00	
		Justizinspektorin, Justizinspektor	A9	II		2,00		2,00	
		Justizhauptsekretärin, Justizhauptsekretär	A8	II		1,00		1,00	
		Justizobersekretärin, Justizobersekretär	A7	II		4,00		4,00	
		Justizsekretärin, Justizsekretär	A6	I		2,00		2,00	
		Erste Justizhauptwachtmeisterin, Erster Justizhauptwachtmeister	A5+AZ	I		1,00		1,00	
		Justizhauptwachtmeisterin, Justizhauptwachtmeister	A4+AZ	I		1,00		1,00	
		davon kw: 2021: 1,00 im Jahr 2024 nach Wegfall der Aufgaben							
Zusammen:						82,50		82,50	
Leerstellen:									
Verwaltungsgerichte									
		Richterin, Richter am Verwaltungsgericht	R1	IV		2,00		5,00	
		Justizamtfrau, Justizamtman	A11	III		1,00		1,00	
		Justizoberinspektorin, Justizoberinspektor	A10	III		1,00		1,00	
Zusammen:						4,00		7,00	
Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):						123,50		129,00	

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz und Verfassungsgerichtshof von Rheinland-Pfalz

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1,50	A12 III	Amtsärztin, Amtsrat	Umwandlung von E 12 III	Verbeamtung von IT-Fachkräften
4,00	A11 III	Regierungsamtfrau, Regierungsmann	Umwandlung von E 11 III	Verbeamtung von IT-Fachkräften

5,50 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

5,50 Stellen Zugänge insgesamt

5,50 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 428 01

Leerstellen:

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz und Verfassungsgerichtshof von Rheinland-Pfalz

E 6 1,00 1,00

Zusammen: 1,00 1,00

Verwaltungsgerichte

E 6 2,00 2,00

Zusammen: 2,00 2,00

Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen): 59,50 54,00

Übertariflich erhalten Beschäftigte

in einer Stelle der EntgeltGr. Vergütung nach EntgeltGr.

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz und Verfassungsgerichtshof von Rheinland-Pfalz

E 6 - II E 8 - II 1,00 1,00

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entgelte der tariflich Beschäftigten.

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz und Verfassungsgerichtshof von Rheinland-Pfalz

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1,00 E 9b III Umwandlung von E 9a II TV-L neu_E 9b

1,00 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

1,00 Stellen Zugänge insgesamt

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1,50 E 12 III Umwandlung nach A12 III Verbeamtung von IT-Fachkräften

4,00 E 11 III Umwandlung nach A11 III Verbeamtung von IT-Fachkräften

1,00 E 9a II Umwandlung nach E 9b III TV-L neu_E 9b

6,50 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

6,50 Stellen Abgänge insgesamt

-5,50 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Stellenhebung:

Neue Hebungen

1,00 von E 10 III nach E 11 III

1,00 Neue Hebungen insgesamt

Hebungen im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres

1,00 von E 3 I nach E 4 I TV-L neu_Entgeltordnung

1,00 Hebungen im Haushaltsvollzug insgesamt

2,00 Stellenhebungen insgesamt

453 01 051 Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen 1.216 8.600 8.600

Summe HGr. 4: 11.078.601 11.683.900 12.417.200

05 Ministerium der Justiz
05 05 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit einschl. Verfassungsgerichtshof

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	644.276	760.000	790.000
---------------	------------	---	---------	----------------	----------------

Die Ausgaben bei 05 02 - 511 98, 05 05 - 511 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erlöse aus der Veräußerung ausgesonderter Büchereibestände sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

		2021 EUR
1.)	Büro- und Zeichenbedarf	151.000
2.)	Bücher, Zeitschriften	215.500
3.)	Post- und Fernmeldegebühren sowie Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	413.500
4.)	Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie sonstige Maschinen	10.000
Summe		790.000

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf, insbesondere wegen steigender Portokosten.

514 01	051	Fahrzeughaltung, Verbrauchsmittel, persönliche Ausrüstungsgegenstände	12.343	17.000	16.600
---------------	------------	--	--------	---------------	---------------

Erlöse aus der Veräußerung landeseigener Dienstkleidung sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

		2021 EUR
1.)	Haltung von Dienstfahrzeugen	14.600
2.)	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	2.000
Summe		16.600

In Betracht kommen 2 (2) Dienstkraftwagen.

Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung und Unterhaltung landeseigener Dienst- und Schutzkleidung und persönlicher Ausrüstungsgegenstände.

517 01	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	504.031	550.000	740.000
---------------	------------	---	---------	----------------	----------------

Die Ausgaben bei 05 01 - 517 01, 05 03 - 517 01, 05 04 - 517 01, 05 05 - 517 01, 05 07 - 517 01, 05 08 - 517 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Heizung, Beleuchtung und sonstige Energiekosten, Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Feuerversicherung, Steuern, Abgaben und Sonstiges (z. B. Wartungsverträge, Pflege der Außenanlagen sowie Verbrauchsmittel und kleinere Gebrauchsgegenstände bis zum Anschaffungswert von 50 EUR im Rahmen der Hausbewirtschaftung). In Betracht kommen 3 angemietete Gebäude und 5 angemietete Wohnungen mit insgesamt 18.549 qm Nutz- und Nebenraumfläche.

Mehr wegen der Anbindung von weiteren Büroräumen an das Neue Justizzentrum in Koblenz.

518 01	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2.690.529	2.562.000	2.490.000
---------------	------------	--	-----------	------------------	------------------

Die Ausgaben 05 01-518 01, 05 03-518 01, 05 04-518 01, 05 05-518 01, 05 08-518 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die jährlichen Mietkosten für das Neue Justizzentrum Koblenz und das Verwaltungsgericht in Trier.

05 Ministerium der Justiz
05 05 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit einschl. Verfassungsgerichtshof

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		
518 13	051	Leasing von Dienstfahrzeugen	7.994	8.300	8.300
519 02	051	Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen	46.262	78.200	285.000
		Erläuterungen: Veranschlagt sind Mittel für kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen, bei landeseigenen Gebäuden und Mietobjekten in der Regel bis zu 10.000 EUR im Einzelfall. Bauunterhaltungsmittel für angemietete Liegenschaften mit Unterhaltungspflicht des Landes sind bei Kapitel 12 20 Titel 519 01 veranschlagt. Mehr wegen umfangreichen Sanierungsarbeiten im Altbestand des Neuen Justizzentrums Koblenz.			
525 01	051	Aus- und Fortbildung	4.285	4.300	4.300
527 01	051	Reisekostenvergütungen	13.306	15.000	18.000
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Reisekostenvergütungen für den allgemeinen Dienstreiseverkehr sowie in Personalvertretungsangelegenheiten. Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.			
527 02	051	Reisekostenpauschalvergütungen	3.068	3.300	3.100
		Erläuterungen: Veranschlagt ist die Reisekostenpauschale für den Kraftfahrer des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts.			
529 01	051	Verfügungsmittel	1.428	1.500	1.500
		Erläuterungen: Veranschlagt sind zur Verfügung des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts und Vorsitzenden des Verfassungsgerichtshofs 553 EUR und vier Präsidentinnen und Präsidenten von Verwaltungsgerichten je 230 EUR für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Die Mittel können bis zu 15 v. H. des Ansatzes auch für notwendige interne Repräsentationszwecke verwendet werden.			
532 02	051	Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte bei Prozesskostenhilfe	338.643	1.600.000	800.000
		<i>Die Ausgaben bei 532 02, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.</i> <i>Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.</i>			
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die aus der Landeskasse zu zahlenden Vergütungen nach Abschnitt 8 des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes.			
532 04	051	Entschädigungen für Zeugen	1.580	5.000	4.000
		<i>Die Ausgaben bei 532 02, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.</i>			

05 Ministerium der Justiz
05 05 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit einschl. Verfassungsgerichtshof

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 532 04

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen nach Abschnitt 5 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes.

532 05	051	Entschädigungen für Sachverständige	667.491	600.000	896.000
---------------	-----	--	---------	----------------	----------------

Die Ausgaben bei 532 02, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Vergütungen nach Abschnitt 3 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes.

532 06	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	12.098	15.000	18.000
---------------	-----	--	--------	---------------	---------------

Die Ausgaben bei 532 02, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Reisekostenvergütungen und Bekanntmachungskosten in Rechtssachen, Kosten für die Bereitstellung von Räumen außerhalb der Gerichtsstelle sowie Beträge, die mittellosen Personen für die Reisen zum Ort der Verhandlung oder Untersuchung gewährt werden (insbesondere in Verfahren aus dem Sozial- und Asylrecht).

546 02	051	Kostenbeiträge für Tagungen	830	4.200	4.200
---------------	-----	------------------------------------	-----	--------------	--------------

Erläuterungen:

Kosten (einschließlich Bewirtung) im Zusammenhang mit der Durchführung von Sitzungen, Tagungen, Betreuung von ausländischen Delegationen und sonstigen Veranstaltungen des Verfassungsgerichtshofes.

547 69	051	Vermischte sächliche Verwaltungsausgaben	0	100	100
---------------	-----	---	---	------------	------------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(526 11)	051	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	100	
-----------------	-----	--------------------------------------	---	------------	--

Veranschlagt sind Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und ähnliche Kosten des Landes als Prozess- oder Vertragspartei, soweit sie nicht anderen Kapiteln zuzuordnen sind.

Der Titel wird ab dem Jahr 2021 zentral im Kapitel 05 02 ausgebracht.

aus Titelgruppen:			44.868	40.000	56.000
--------------------------	--	--	--------	---------------	---------------

Summe HGr. 5:			4.993.031	6.264.000	6.135.100
----------------------	--	--	-----------	------------------	------------------

05 Ministerium der Justiz
05 05 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit einschl. Verfassungsgerichtshof

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 01	051	Zuschüsse zur Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	242	0	500
---------------	------------	--	-----	---	-----

Erläuterungen:

Für die am 01. Januar 2021 beginnende neue Amtsperiode der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Verwaltungsgerichtsbarkeit sollen im Jahr 2021 Informationsveranstaltungen stattfinden.

Summe HGr. 6:			242	0	500
----------------------	--	--	-----	---	-----

HGr. 8: Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 01	051	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	23.606	30.000	50.000
---------------	------------	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

		2021 EUR
1.)	Einrichtung von Sitzungssälen, Besprechungszimmern und Wartebereichen	26.000
2.)	Neumöblierung des Verwaltungsgerichts Mainz	15.000
3.)	Sicherheitstechnische Ausstattung (Sicherheit in Dienstgebäuden)	5.000
4.)	Postbearbeitungsmaschinen	4.000
Summe		50.000

Summe HGr. 8:			23.606	30.000	50.000
----------------------	--	--	--------	--------	--------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 99 Aufwand für Informations- und Kommunikationstechnik

Die Ausgaben 05 01-TG 99, 05 02-TG 96, 05 02-TG 98, 05 03-TG 97, 05 03-TG 99, 05 04-TG 99, 05 05-TG 99, 05 06-TG 99, 05 07-TG 99, 05 08-TG 99 sind gegenseitig deckungsfähig; dies gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen.

Die Ausgaben sind übertragbar.

511 99	051	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die Datenverarbeitung, Datenübertragung, Software	1.392	5.000	1.500
--------	-----	---	-------	-------	-------

Erläuterungen:

Weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

525 99	051	Aus- und Fortbildung	49	1.000	2.500
--------	-----	-----------------------------	----	-------	-------

Erläuterungen:

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

539 99	051	Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen für Software	43.427	34.000	52.000
--------	-----	--	--------	--------	--------

Erläuterungen:

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

812 99	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung, Software	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 99	44.868	40.000	56.000
-----------------------	---------------	--------	--------	--------

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Ausgaben der Titelgruppen	44.868	40.000	56.000
-----------------------	---------------------------------	--------	--------	--------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.383.035	2.013.900	2.013.900
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahmen		1.383.035	2.013.900	2.013.900

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	11.078.601	11.683.900	12.417.200
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	4.993.031	6.264.000	6.135.100
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	242	0	500
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	23.606	30.000	50.000
Gesamtausgaben		16.095.479	17.977.900	18.602.800
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-14.712.445	-15.964.000	-16.588.900

05 **Ministerium der Justiz**
05 06 **Finanzgericht Rheinland-Pfalz**

Vorwort

Veranschlagt werden die Einnahmen und Ausgaben für Personal- und Sachkosten des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz in Neustadt an der Weinstraße.

Dem Finanzgericht obliegen die Entscheidungen über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten (Anfechtungsklagen, Verpflichtungsklagen, Feststellungsklagen, Leistungsklagen, Anträge) in Steuer- und Zollsachen im Rahmen des § 33 der Finanzgerichtsordnung.

Das Gericht entscheidet darüber hinaus in den berufsrechtlichen Rechtsstreitigkeiten der Steuerberaterinnen und Steuerberater, Steuerberatungsgesellschaften, Steuerbevollmächtigten und Gesellschaften, die geschäftsmäßig Hilfe in Steuersachen leisten, sowie in allen anderen öffentlich-rechtlichen Rechtsstreitigkeiten über die Zulässigkeit der Hilfeleistung in Steuersachen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 01	051	Gerichtskosten	1.540.896	1.200.500	1.200.500
---------------	-----	-----------------------	-----------	------------------	------------------

Vgl. Vermerk bei den Titeln 532 02, 532 04, 532 05, 532 06.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren und Auslagen nach dem Gerichtskostengesetz.

119 69	051	Vermischte Verwaltungseinnahmen	0	100	100
---------------	-----	--	---	------------	------------

132 02	051	Erlöse aus der Veräußerung unbrauchbarer oder entbehlicher Gegenstände	0	100	100
---------------	-----	---	---	------------	------------

Summe HGr. 1:	1.540.896	1.200.700	1.200.700
----------------------	-----------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

Die Ausgaben bei 05 06 - HGr 4 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 05 02 - 427 03.

422 01	051	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	1.969.816	1.934.800	2.143.500
--------	-----	---	-----------	------------------	------------------

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Ea	2020	2021
-----------------	----------	----	------	------

Allgemein

Präsidentin, Präsident des Finanzgerichts	R5	IV	1,00	1,00
Vizepräsidentin, Vizepräsident des Finanzgerichts	R3	IV	1,00	1,00
Vorsitzende Richterin, Vorsitzender Richter am Finanzgericht	R3	IV	4,00	4,00
Richterin, Richter am Finanzgericht	R2	IV	15,00	15,00
Justizrechtsrätin, Justizrechtsrat	A13	III	2,00	2,00
Justizamtfrau, Justizamtmann	A11	III	1,00	1,00
Justizinspektorin, Justizinspektor	A9+AZ	II	1,00	1,00
Justizinspektorin, Justizinspektor	A9	II	2,00	2,00

Zusammen:			27,00	27,00
------------------	--	--	--------------	--------------

Leerstellen:

Allgemein

Richterin, Richter am Finanzgericht	R2	IV	0,00	1,00
-------------------------------------	----	----	------	------

Zusammen:			0,00	1,00
------------------	--	--	-------------	-------------

Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):			27,00	27,00
--	--	--	--------------	--------------

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Allgemein

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen			
1,00	R2 IV	Richterin, Richter am Finanzgericht	
1,00		Zugänge neue Stellen	
1,00		Stellen Zugänge insgesamt	
1,00		Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

422 04	051	Bezüge der abgeordneten Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	0	56.400	40.000
--------	-----	--	---	---------------	---------------

Erläuterungen:

Ea	2018	2019	2020
IV	1,00	1,00	1,00
III	1,00	1,00	1,00
II	1,00	1,00	1,00
I	0,00	0,00	0,00
Summe	3,00	3,00	3,00

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

428 01 051 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 377.050 404.800 415.800

Stellenplan:

EntgeltGr	2020	2021
E 9a	1,00	1,00
E 6	4,00	4,00
E 5	1,50	1,50
Zusammen:	6,50	6,50

Leerstellen:

E 6	1,00	0,00
E 5	1,00	0,00
Zusammen:	2,00	0,00

Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen): 6,50 6,50

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entgelte der tariflich Beschäftigten.

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Leerstellen:

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

1,00	E 6 II
1,00	E 5 II
2,00	Sonstige Abgänge
2,00	Stellen Abgänge insgesamt
-2,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

453 01 051 Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen 3.634 2.000 2.000

Summe HGr. 4: 2.350.500 2.398.000 2.601.300

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 01 051 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände 26.078 37.200 35.500

Die Ausgaben bei 05 02 - 511 98, 05 06 - 511 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erlöse aus der Veräußerung ausgederter Büchereibestände sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

	2021 EUR
1.) Büro- und Zeichenbedarf	6.400
2.) Bücher, Zeitschriften	27.700
3.) Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Schreib- und sonstige Maschinen	1.400
Summe	35.500

514 01 051 Fahrzeughaltung, Verbrauchsmittel, persönliche Ausrüstungsgegenstände 1.993 2.400 2.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 514 01

Erlöse aus der Veräußerung landeseigener Dienstkleidung sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

		2021 EUR
1.)	Haltung von Dienstfahrzeugen	2.300
2.)	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0
Summe		2.300

In Betracht kommt 1 (1) Dienstkraftwagen.

518 13 051 **Leasing von Dienstfahrzeugen** 1.900 2.800 2.300

525 01 051 **Aus- und Fortbildung** 1.345 2.200 2.000

527 01 051 **Reisekostenvergütungen** 2.436 3.600 3.300

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekostenvergütungen für den allgemeinen Dienstreiseverkehr sowie in Personalvertretungsangelegenheiten.

529 01 051 **Verfügungsmittel** 225 300 300

Erläuterungen:

Veranschlagt sind 230 EUR zur Verfügung des Präsidenten des Finanzgerichts für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Die Mittel können bis zu 15 v. H. des Ansatzes auch für notwendige interne Repräsentationszwecke verwendet werden.

532 02 051 **Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte und Steuerberater bei Prozesskostenhilfe** 7.458 9.800 12.000

Die Ausgaben bei 532 02, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereiste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die aus der Landeskasse zu zahlenden Vergütungen nach Abschnitt 8 des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes und die entsprechenden Vergütungen für die bei Prozesskostenhilfe beigeordneten Steuerberaterinnen und Steuerberater (Steuerbevollmächtigten) - § 142 FGO -.

532 04 051 **Entschädigungen für Zeugen** 4.034 3.000 5.000

Die Ausgaben bei 532 02, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereiste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen nach Abschnitt 5 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes.

532 05 051 **Entschädigungen für Sachverständige** 37.290 18.500 25.000

05 **Ministerium der Justiz**
05 06 **Finanzgericht Rheinland-Pfalz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 532 05

Die Ausgaben bei 532 02, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Veranschlagt sind die Vergütungen nach Abschnitt 3 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes.

532 06	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	0	1.500	1.500
---------------	------------	--	----------	--------------	--------------

Die Ausgaben bei 532 02, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Reisekostenvergütungen in Rechtssachen, Bekanntmachungskosten in Rechtssachen, Kosten für die Bereitstellung von Räumen außerhalb der Gerichtsstelle u. ä.

547 69	051	Vermischte sächliche Verwaltungsausgaben	0	100	100
---------------	------------	---	----------	------------	------------

Summe HGr. 5:		82.759	81.400	89.300
----------------------	--	---------------	---------------	---------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 02	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund	0	700	700
---------------	------------	---	----------	------------	------------

Die Ausgaben bei 631 02, 632 02 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Die Veranschlagung erfolgt für den Fall, dass die jährlichen Fortbildungsveranstaltungen für Richterinnen und Richter der Finanzgerichte nicht von der Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen ausgerichtet werden, sondern an der Bundesfinanzakademie in Siegburg stattfinden.

632 02	051	Erstattung von Verwaltungsausgaben an andere Länder	0	600	600
---------------	------------	--	----------	------------	------------

Die Ausgaben bei 631 02, 632 02 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Teilnahme von Richterinnen und Richtern sowie Beamtinnen und Beamten des dritten Einstiegsamtes an Fortbildungsveranstaltungen der Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Summe HGr. 6:		0	1.300	1.300
----------------------	--	----------	--------------	--------------

HGr. 8: Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 01	051	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

Summe HGr. 8:		0	0	0
----------------------	--	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Angaben in EUR					

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 99 Aufwand für Informations- und Kommunikationstechnik

Die Ausgaben 05 01-TG 99, 05 02-TG 96, 05 02-TG 98, 05 03-TG 97, 05 03-TG 99, 05 04-TG 99, 05 05-TG 99, 05 06-TG 99, 05 07-TG 99, 05 08-TG 99 sind gegenseitig deckungsfähig; dies gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen.

Die Ausgaben sind übertragbar.

525 99	051	Aus- und Fortbildung	0	0	0
539 99	051	Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen für Software	0	0	0
812 99	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung, Software	0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99			0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.540.896	1.200.700	1.200.700
Gesamteinnahmen		1.540.896	1.200.700	1.200.700

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	2.350.500	2.398.000	2.601.300
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	82.759	81.400	89.300
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	1.300	1.300
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
Gesamtausgaben		2.433.258	2.480.700	2.691.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-892.362	-1.280.000	-1.491.200

05 **Ministerium der Justiz**
05 07 **Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit**

Vorwort

Veranschlagt werden die Einnahmen und die Ausgaben für Personal- und Sachkosten der Sozialgerichtsbarkeit in Rheinland-Pfalz. Gemäß §§ 8 und 9 des Landesgesetzes über die Gliederung und die Bezirke der Gerichte (Gerichtsorganisationsgesetz -GerOrgG-) vom 5. Oktober 1977 (GVBl. S. 333), BS 300-1 in der jeweils gültigen Fassung, sind folgende Sozialgerichte eingerichtet:

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz in Mainz
Sozialgericht Koblenz
Sozialgericht Speyer
Sozialgericht Trier
Sozialgericht Mainz.

Die Sozialgerichte entscheiden im ersten Rechtszug beispielsweise über alle Angelegenheiten der Sozialversicherung (Renten-, Unfall-, Kranken- und Pflegeversicherung), der Arbeitslosenversicherung, der Kriegsopferversorgung, der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie des Kassenarztrechts.

Das Landessozialgericht entscheidet im zweiten Rechtszug über die Berufung gegen die Urteile und über die Beschwerden gegen andere Entscheidungen der Sozialgerichte.

05 **Ministerium der Justiz**
05 07 **Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 01	051	Gerichtskosten	3.006.409	3.232.400	3.232.400
---------------	-----	-----------------------	-----------	------------------	------------------

Vgl. Vermerk bei den Titeln 511 01, 532 02, 532 04, 532 05, 532 06.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren und Auslagen, die nach dem Sozialgerichtsgesetz (§§ 93, 109, 120, 184 SGG) erhoben werden.

112 01	051	Geldbußen und Ordnungsgelder	3.835	10.000	10.000
---------------	-----	-------------------------------------	-------	---------------	---------------

119 69	051	Vermischte Verwaltungseinnahmen	4.842	4.000	4.000
---------------	-----	--	-------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind z. B. Ersatzleistungen Dritter aus Dienstunfällen von Bediensteten.

132 02	051	Erlöse aus der Veräußerung unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände	0	100	100
---------------	-----	--	---	------------	------------

Summe HGr. 1:	3.015.086	3.246.500	3.246.500
---------------	-----------	------------------	------------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

235 07	051	Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Umsetzung des Altersteilzeitgesetzes	0	0	0
---------------	-----	--	---	----------	----------

Vgl. Vermerk bei 05 07-428 01.

236 01	051	Erstattung von Verwaltungskosten	0	100	100
---------------	-----	---	---	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen von Rechtshilfekosten durch Sozialversicherungsträger.

Summe HGr. 2:	0	100	100
---------------	---	------------	------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

Die Ausgaben bei 05 07 - HGr 4 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 05 02 - 427 03.

422 01	051	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	7.463.252	7.206.200	8.286.600
--------	-----	---	-----------	------------------	------------------

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Ea	2020	2021
Landessozialgericht Rheinland-Pfalz				
Präsidentin, Präsident des Landessozialgerichts	R6	IV	1,00	1,00
Vizepräsidentin, Vizepräsident des Landessozialgerichts	R3+AZ	IV	1,00	1,00
Vorsitzende Richterin, Vorsitzender Richter am Landessozialgericht	R3	IV	4,00	4,00
Richterin, Richter am Landessozialgericht davon kw: 2021: 1,50 im Jahr 2023	R2	IV	16,50	16,50
Richterin, Richter am Landessozialgericht die oder der zugleich Universitätsprofessorin oder Universitätsprofessor ist - ohne Dienstbezüge -	R2	IV	1,00	1,00
Justizrechtsrätin, Justizrechtsrat	A13	III	1,00	1,00
Justizamtsrätin, Justizamtsrat	A12	III	1,00	1,00
Justizamtfrau, Justizamtmann	A11	III	2,00	2,00
Justizinspektorin, Justizinspektor	A9+AZ	II	1,00	1,00
Justizinspektorin, Justizinspektor	A9	II	2,00	2,00
Justizhauptsekretärin, Justizhauptsekretär	A8	II	2,00	2,00
Justizobersekretärin, Justizobersekretär	A7	II	1,00	1,00
Justizsekretärin, Justizsekretär	A6	I	1,00	1,00
Erste Justizhauptwachtmeisterin, Erster Justizhauptwachtmeister	A5+AZ	I	2,00	3,00
Zusammen:			36,50	37,50
Sozialgerichte				
Präsidentin, Präsident des Sozialgerichts	R3	IV	4,00	4,00
Vizepräsidentin, Vizepräsident des Sozialgerichts	R2+AZ	IV	2,00	2,00
Vizepräsidentin, Vizepräsident des Sozialgerichts	R2	IV	2,00	2,00
Richterin, Richter am Sozialgericht als weitere aufsichtführende Richterin oder weiterer aufsichtführender Richter	R2	IV	2,00	2,00
Richterin, Richter am Sozialgericht davon kw: 2021: 9,00 im Jahr 2023	R1	IV	45,00	45,00
Justizamtsrätin, Justizamtsrat	A12	III	4,00	4,00
Justizamtfrau, Justizamtmann	A11	III	5,00	5,00
Justizoberinspektorin, Justizoberinspektor	A10	III	1,00	1,00
Justizinspektorin, Justizinspektor	A9	III	1,00	1,00
Justizinspektorin, Justizinspektor	A9+AZ	II	2,00	2,00
Justizinspektorin, Justizinspektor	A9	II	1,00	1,00
Justizhauptsekretärin, Justizhauptsekretär	A8	II	2,00	2,00
Justizobersekretärin, Justizobersekretär davon kw: 2021: 1,00 im Jahr 2023	A7	II	3,00	3,00
Justizsekretärin, Justizsekretär	A6	II	1,00	1,00
Justizsekretärin, Justizsekretär	A6	I	1,00	1,50
Erste Justizhauptwachtmeisterin, Erster Justizhauptwachtmeister	A5+AZ	I	5,50	5,50

05 Ministerium der Justiz
05 07 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 422 01 Justizhauptwachtmeisterin, Justizhauptwachtmeister A4+AZ I 1,00 1,00

Zusammen: 82,50 83,00

Leerstellen:

Sozialgerichte

Richterin, Richter am Sozialgericht R1 IV 3,00 0,00

Zusammen: 3,00 0,00

Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen): 119,00 120,50

Erläuterungen:

Verlängerung von kw-Vermerken:

Die kw-Vermerke bei 9,00 Stellen der Bes.-Gr. R 1 (Richterin/Richter am Sozialgericht), bei 1,50 Stellen der Bes.-Gr. R 2 (Richterin/Richter am Landessozialgericht) und bei 1 Stelle der Bes.-Gr. A 7 (Justizobersekretär) werden bis Ende des Haushaltsjahres 2023 verlängert.

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz

Zugänge:

Neue Stellen

1,00	A5+AZ I	Erste Justizhauptwachtmeisterin, Erster Justizhauptwachtmeister
------	---------	---

1,00	Zugänge neue Stellen
------	----------------------

1,00	Stellen Zugänge insgesamt
-------------	----------------------------------

1,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)
-------------	--------------------------------------

Sozialgerichte

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

0,50	A6 I	Justizsekretärin, Justizsekretär	Umwandlung von E 6 II
------	------	----------------------------------	-----------------------

0,50	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen
------	-------------------------------------

0,50	Stellen Zugänge insgesamt
-------------	----------------------------------

0,50	Stellen Zugänge / Abgänge (-)
-------------	--------------------------------------

Leerstellen:

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

3,00	R1 IV	Richterin, Richter am Sozialgericht
------	-------	-------------------------------------

3,00	Sonstige Abgänge
------	------------------

3,00	Stellen Abgänge insgesamt
-------------	----------------------------------

-3,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)
--------------	--------------------------------------

422 03 051 Bezüge der beamteten (richterlichen) Hilfskräfte 0 120.400 0

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Ea	2020	2021
-----------------	----------	----	------	------

Leerstellen:

Richter	R1	IV	1,00	0,00
---------	----	----	------	------

Zusammen:			1,00	0,00
------------------	--	--	-------------	-------------

Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 422 03

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Leerstellen:

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

1,00	R1 IV	Richter
1,00	Sonstige Abgänge	
1,00	Stellen Abgänge insgesamt	
-1,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

422 04	051	Bezüge der abgeordneten Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Ea	2018	2019	2020
IV	1,00	1,00	1,00
III	1,00	1,00	1,00
II	3,00	3,00	3,00
I	0,00	0,00	0,00
Summe	5,00	5,00	5,00

427 01	051	Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	29.603	5.000	30.000
--------	-----	---	--------	-------	--------

Erläuterungen:

Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte insbesondere in Fällen des Mutterschutzes sowie bei Abordnungen an Stellen außerhalb der Landesverwaltung und Beurlaubungen unter 12 Monaten.

428 01	051	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.228.344	4.298.400	4.551.900
--------	-----	--	-----------	-----------	-----------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 05 07-235 07 geleistet werden.

Stellenplan:

EntgeltGr	2020	2021
-----------	------	------

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz

E 9a	2,00	2,00
E 8	1,00	1,00
E 6	10,00	10,00
E 5	0,00	0,00
E 2	1,50	1,50

Zusammen:	14,50	14,50
------------------	--------------	--------------

Sozialgerichte

E 9a	4,00	4,00
E 8	4,00	4,00
E 6	59,00	58,50
E 5	0,00	0,00
E 3	0,00	0,00

Zusammen:	67,00	66,50
------------------	--------------	--------------

Leerstellen:

Landessozialgericht Rheinland-Pfalz

E 8	0,00	0,00
-----	------	------

05 Ministerium der Justiz
05 07 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 428 01	E 6			1,00	1,00
	Zusammen:			1,00	1,00
	Sozialgerichte				
	E 6			1,50	2,50
	Zusammen:			1,50	2,50
	Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):			81,50	81,00

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entgelte der tariflich Beschäftigten.

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Sozialgerichte

Umwandlung / Umsetzung

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen		
0,50	E 6 II	Umwandlung nach A6 I
0,50	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen	
0,50	Stellen Abgänge insgesamt	
-0,50	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen		
1,00	E 6 II	
1,00	Zugänge neue Stellen	
1,00	Stellen Zugänge insgesamt	
1,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

453 01	051	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	920	5.000	5.000
---------------	------------	---	------------	--------------	--------------

Summe HGr. 4:		11.722.118	11.635.000	12.873.500
---------------	--	------------	-------------------	-------------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	296.523	350.000	330.000
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------------

Die Ausgaben bei 05 02 - 511 98, 05 07 - 511 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erlöse aus der Veräußerung ausgesonderter Büchereibestände sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

		2021
		EUR
1.)	Büro- und Zeichenbedarf	40.000
2.)	Bücher, Zeitschriften	55.000
3.)	Post- und Fernmeldegebühren sowie Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	210.000
4.)	Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Schreib- und sonstige Maschinen	25.000
Summe		330.000

05 Ministerium der Justiz
05 07 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

514 01 051 Fahrzeughaltung, Verbrauchsmittel, persönliche Ausrüstungsgegenstände 2.058 **6.000** **4.000**

Erlöse aus der Veräußerung landeseigener Dienstkleidung sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

		2021 EUR
1.)	Haltung von Dienstfahrzeugen	1.500
2.)	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	2.500
Summe		4.000

Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung und Unterhaltung landeseigener Dienst- und Schutzkleidung und Sonderkleidung und persönlicher Ausrüstungsgegenstände.

517 01 051 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 178.419 **205.000** **200.000**

Die Ausgaben bei 05 01 - 517 01, 05 03 - 517 01, 05 04 - 517 01, 05 05 - 517 01, 05 07 - 517 01, 05 08 - 517 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Heizung, Beleuchtung und sonstige Energiekosten, Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Feuerversicherung, Steuern, Abgaben und Sonstiges (z. B. Wartungsverträge, Pflege der Außenanlagen sowie Verbrauchsmittel und kleinere Gebrauchsgegenstände bis zum Anschaffungswert von 50 EUR im Rahmen der Hausbewirtschaftung).

518 13 051 Leasing von Dienstfahrzeugen 0 **0** **0**

519 02 051 Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen 0 **0** **0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen, bei landeseigenen Gebäuden und Mietobjekten in der Regel bis zu 10.000 EUR im Einzelfall.

Bauunterhaltungsmittel für angemietete Liegenschaften mit Unterhaltungspflicht des Landes sind bei Kapitel 12 20 Titel 519 01 veranschlagt.

Die Ausgaben für Mietobjekte des LBB sind bei Titel 519 05 veranschlagt.

519 05 051 Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen, kleinere bauliche Maßnahmen und Schönheitsreparaturen bei Objekten des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung bzw. dessen Rechtsnachfolger 7.185 **30.000** **20.000**

Die Ausgaben bei 05 01 - 519 05, 05 03 - 519 05, 05 04 - 519 05, 05 07 - 519 05, 05 08 - 519 05 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen aus Erstattungsleistungen des Landesbetriebs LBB (oder dessen Rechtsnachfolger) für die Durchführung von Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen durch den Nutzer sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Die kleineren hauswirtschaftlichen Instandsetzungen und die kleineren baulichen Maßnahmen bei Mietobjekten Dritter sind weiterhin beim Titel 519 02 veranschlagt.

525 01 051 Aus- und Fortbildung 11.584 **17.000** **20.000**

Erläuterungen:

Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

05 Ministerium der Justiz
05 07 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

527 01	051	Reisekostenvergütungen	6.882	8.600	8.600
---------------	-----	-------------------------------	-------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekostenvergütungen für den allgemeinen Dienstreiseverkehr sowie in Personalvertretungsangelegenheiten.

529 01	051	Verfügungsmittel	1.011	1.200	1.200
---------------	-----	-------------------------	-------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind zur Verfügung des Präsidenten des Landessozialgerichts und vier Präsidentinnen und Präsidenten der Sozialgerichte je 230 EUR für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Die Mittel können bis zu 15 v. H. des Ansatzes auch für notwendige interne Repräsentationszwecke verwendet werden.

532 02	051	Gebühren und Auslagen der im Wege der Prozesskostenhilfe beigeordneten besonderen Vertreter	713.416	1.000.000	900.000
---------------	-----	--	---------	------------------	----------------

Die Ausgaben bei 532 02, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben gemäß § 72 Abs. 5 SGG i. d. F. des ÄndGes. v. 30. Juli 1974.

532 04	051	Entschädigungen für Zeugen	16.894	40.000	30.000
---------------	-----	-----------------------------------	--------	---------------	---------------

Die Ausgaben bei 532 02, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen nach Abschnitt 5 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes.

532 05	051	Entschädigungen für Sachverständige	5.943.274	7.400.000	6.700.000
---------------	-----	--	-----------	------------------	------------------

Die Ausgaben bei 532 02, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Vergütungen nach Abschnitt 3 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes.

532 06	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	147.234	180.000	180.000
---------------	-----	--	---------	----------------	----------------

Die Ausgaben bei 532 02, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

05 Ministerium der Justiz
05 07 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 532 06

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Reisekostenvergütungen in Rechtssachen, Bekanntmachungskosten in Rechtssachen, Vergütungen für Beteiligte nach § 191 SGG, Kosten für die Bereitstellung von Räumen außerhalb der Gerichtsstelle u. ä..

547 69	051	Vermischte sächliche Verwaltungsausgaben	0	500	500
---------------	-----	---	---	------------	------------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(518 01)	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	0	3.600	
-----------------	-----	--	---	--------------	--

(526 11)	051	Gerichts- und ähnliche Kosten	241	900	
-----------------	-----	--------------------------------------	-----	------------	--

VVeranschlagt sind Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und ähnliche Kosten des Landes als Prozess- oder Vertragspartei, soweit sie nicht anderen Kapiteln zuzuordnen sind.

Der Titel wird ab dem Jahr 2021 zentral im Kapitel 05 02 ausgebracht.

aus Titelgruppen:			57	0	0
--------------------------	--	--	----	----------	----------

Summe HGr. 5:			7.324.779	9.242.800	8.394.300
----------------------	--	--	-----------	------------------	------------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 01	051	Zuschüsse zur Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	4.000	4.000	4.000
---------------	-----	--	-------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuschüsse an die nach dem Sozialgerichtsgesetz vorschlagsberechtigten Vereinigungen, die Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter durchführen (VV d. JM v. 6. Dezember 1982 (6303 - 6 - 3/82) - JBl. 1983 S. 5 -).

685 02	051	Beiträge an Vereine, Verbände und sonstige Organisationen	205	300	300
---------------	-----	--	-----	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Jahresbeitrag des Landes Rheinland-Pfalz als Mitglied im Deutschen Sozialgerichtsverband e. V. Essen.

Summe HGr. 6:			4.205	4.300	4.300
----------------------	--	--	-------	--------------	--------------

HGr. 8: Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 01	051	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	5.102	37.900	61.000
---------------	-----	--	-------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2021
		EUR
1.)	Einrichtung von Sitzungssälen, Besprechungszimmern und Wartebereichen	26.000
2.)	Büromaschinen und -geräte (außer EDV)	6.000
3.)	Möblierung von Bildschirm-Arbeitsplätzen (ohne Sitzmöbel)	11.000
5.)	Aktenablagensysteme für Service-Einheiten/ Geschäftsstellen	3.000
6.)	Archivregalanlagen für das Sozialgericht Speyer	5.000
7.)	Einrichtung von Sozialräumen und Kantinen	3.000
8.)	Sicherheitstechnische Ausstattung (Sicherheit in Dienstgebäuden)	7.000
Summe		61.000

05 **Ministerium der Justiz**
05 07 **Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		
Summe HGr. 8:			5.102	37.900	61.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
Angaben in EUR					

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 99 Aufwand für Informations- und Kommunikationstechnik

Die Ausgaben 05 01-TG 99, 05 02-TG 96, 05 02-TG 98, 05 03-TG 97, 05 03-TG 99, 05 04-TG 99, 05 05-TG 99, 05 06-TG 99, 05 07-TG 99, 05 08-TG 99 sind gegenseitig deckungsfähig; dies gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen.

Die Ausgaben sind übertragbar.

525 99	051	Aus- und Fortbildung	57	0	0
539 99	051	Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen für Software	0	0	0
812 99	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung, Software	0	0	0
<hr/> <u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99			57	0	0
<hr/> <u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			57	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
HGr. 1		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	3.015.086	3.246.500	3.246.500
HGr. 2		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	100	100
Gesamteinnahmen			3.015.086	3.246.600	3.246.600
Ausgaben					
HGr. 4		Personalausgaben	11.722.118	11.635.000	12.873.500
HGr. 5		Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	7.324.779	9.242.800	8.394.300
HGr. 6		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.205	4.300	4.300
HGr. 8		Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.102	37.900	61.000
Gesamtausgaben			19.056.204	20.920.000	21.333.100
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-16.041.118	-17.673.400	-18.086.500

05 **Ministerium der Justiz**
05 08 **Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit**

Vorwort

Veranschlagt werden die Einnahmen und Ausgaben für Personal- und Sachkosten der Arbeitsgerichtsbarkeit in Rheinland-Pfalz. Gemäß §§ 12 bis 14 des Landesgesetzes über die Gliederung und die Bezirke der Gerichte (Gerichtsorganisationsgesetz - GerOrgG-) vom 5. Oktober 1977 (GVBl. S. 333), BS 300-1, in der jeweils geltenden Fassung, sind folgende Arbeitsgerichte eingerichtet:

Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz in Mainz,
Arbeitsgericht Kaiserslautern mit auswärtigen Kammern in Pirmasens,
Arbeitsgericht Koblenz,
Arbeitsgericht Ludwigshafen mit auswärtigen Kammern in Landau in der Pfalz,
Arbeitsgericht Mainz mit auswärtigen Kammern in Bad Kreuznach,
Arbeitsgericht Trier.

Das Verfahren vor dem Arbeitsgericht ist im Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG) vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1267) in der jeweils geltenden Fassung bundeseinheitlich geregelt. Dem Arbeitsgericht obliegt die Rechtsprechung im ersten Rechtszug für alle bürgerlich-rechtlichen Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern über Rechte aus dem Arbeitsverhältnis, über das Bestehen oder Nichtbestehen eines Arbeitsverhältnisses (z.B. Kündigungsschutzklagen, Geltendmachung finanzieller Ansprüche) sowie zwischen Tarifvertragsparteien über das Bestehen oder Nichtbestehen eines Tarifvertrags.

Das Landesarbeitsgericht entscheidet im zweiten Rechtszug über die Berufung gegen die Urteile und über die Beschwerden gegen andere Entscheidungen des Arbeitsgerichts.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 01	051	Gerichtskosten	2.123.827	2.218.100	2.218.100
--------	-----	-----------------------	-----------	------------------	------------------

Vgl. Vermerk bei den Titeln 511 01, 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Gebühren und Auslagen, die nach dem Gerichtskostengesetz i. V. m. dem ArbGG erhoben werden.

112 01	051	Geldstrafen und Geldbußen	6.551	10.000	10.000
--------	-----	----------------------------------	-------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die von den Arbeitsgerichten verhängten Ordnungsgelder.

119 69	051	Vermischte Verwaltungseinnahmen	0	2.500	2.500
--------	-----	--	---	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind z. B. Ersatzleistungen Dritter aus Dienstunfällen von Bediensteten.

132 02	051	Erlöse aus der Veräußerung unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände	0	100	100
--------	-----	--	---	------------	------------

Summe HGr. 1:			2.130.378	2.230.700	2.230.700
---------------	--	--	-----------	------------------	------------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

233 15	051	Erstattung von Personalausgaben aus Anlass der Wahrnehmung eines kommunalen Ehrenamtes als Ortsbürgermeister/ in durch Gemeinden	0	0	0
--------	-----	---	---	----------	----------

235 07	291	Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Umsetzung des Altersteilzeitgesetzes	0	0	0
--------	-----	--	---	----------	----------

Vgl. Vermerk bei Titel 428 01.

Erläuterungen:

Leertitel.

Summe HGr. 2:			0	0	0
---------------	--	--	---	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

Die Ausgaben bei 05 08 - HGr 4 sind einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben bei 05 02 - 427 03.

422 01	051	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	3.936.773	3.874.800	4.257.800
---------------	-----	---	-----------	------------------	------------------

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Ea	2020	2021
Landesarbeitsgericht				
Präsidentin, Präsident des Landesarbeitsgerichts	R6	IV	1,00	1,00
Vizepräsidentin, Vizepräsident des Landesarbeitsgerichts	R3+AZ	IV	1,00	1,00
Vorsitzende Richterin, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht	R3	IV	5,00	5,00
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	IV	1,00	1,00
Justizrechtsrätin, Justizrechtsrat	A13	III	1,00	1,00
Justizamtsrätin, Justizamtsrat	A12	III	1,00	1,00
Justizamtfrau, Justizamtmann	A11	III	1,50	1,50
Justizoberinspektorin, Justizoberinspektor	A10	III	0,50	0,50
Justizinspektorin, Justizinspektor	A9	II	1,00	1,00
Justizhauptsekretärin, Justizhauptsekretär	A8	II	1,00	1,00
Justizobersekretärin, Justizobersekretär	A7	II	2,00	2,00
Zusammen:			16,00	16,00

Arbeitsgerichte

Direktorin, Direktor des Arbeitsgerichts	R2+AZ	IV	2,00	2,00
davon ku: 2021: 1,00 nach R2 IV nach Ruhestandseintritt oder -versetzung der Amtsinhaberin im Jahr 2024				
2021: 1,00 nach R2 IV nach Ruhestandseintritt oder -versetzung der Amtsinhaberin im Jahr 2024				
Direktorin, Direktor des Arbeitsgerichts	R2	IV	3,00	3,00
Richterin, Richter am Arbeitsgericht als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter einer Direktorin oder eines Direktors	R2	IV	3,00	3,00
davon ku: 2021: 1,00 nach R1 IV nach Ruhestandseintritt oder -versetzung der jeweiligen Amtsinhaber im Jahr 2025				
2021: 1,00 nach R1 IV nach Ruhestandseintritt oder -versetzung der jeweiligen Amtsinhaber im Jahr 2028				
2021: 1,00 nach R1 IV nach Ruhestandseintritt oder -versetzung der jeweiligen Amtsinhaber im Jahr 2025				
2021: 1,00 nach R1 IV nach Ruhestandseintritt oder -versetzung der jeweiligen Amtsinhaber im Jahr 2028				
Richterin, Richter am Arbeitsgericht	R1	IV	25,00	25,00

05 Ministerium der Justiz
05 08 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	
			Angaben in EUR			
noch zu 422 01						
		Justizamtsrätin, Justizamtsrat	A12	III	3,00	3,00
		Justizamtfrau, Justizamtmann	A11	III	5,50	5,50
		Justizoberinspektorin, Justizoberinspektor	A10	III	6,50	6,50
		Justizinspektorin, Justizinspektor	A9	II	1,00	1,00
		Justizhauptsekretärin, Justizhauptsekretär	A8	II	1,00	1,00
		Justizobersekretärin, Justizobersekretär	A7	II	3,00	3,00
		Justizsekretärin, Justizsekretär	A6	II	2,00	2,00
		Erste Justizhauptwachtmeisterin, Erster Justizhauptwachtmeister	A5+AZ	I	2,00	2,00
Zusammen:					57,00	57,00
Leerstellen:						
Landesarbeitsgericht						
		Justizinspektorin, Justizinspektor	A9	II	1,00	0,00
		Justizobersekretärin, Justizobersekretär	A7	II	1,00	0,00
Zusammen:					2,00	0,00
Arbeitsgerichte						
		Richterin, Richter am Arbeitsgericht	R1	IV	0,00	4,00
Zusammen:					0,00	4,00
Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):					73,00	73,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Landesarbeitsgericht

Leerstellen:

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

1,00 A9 II Justizinspektorin, Justizinspektor

1,00 A7 II Justizobersekretärin, Justizobersekretär

2,00 Sonstige Abgänge

2,00 Stellen Abgänge insgesamt

-2,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Arbeitsgerichte

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

4,00 R1 IV Richterin, Richter am Arbeitsgericht

4,00 Zugänge neue Stellen

4,00 Stellen Zugänge insgesamt

4,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

422 03	051	Bezüge der beamteten (richterlichen) Hilfskräfte	0	42.700	42.700
422 04	051	Bezüge der abgeordneten Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	73.901	42.500	75.000
427 01	051	Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 427 01

Erläuterungen:

Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte insbesondere in Fällen des Mutterschutzes sowie bei Abordnungen an Stellen außerhalb der Landesverwaltung und Beurlaubungen unter 12 Monaten.

428 01 051 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 3.068.485 3.070.400 3.317.800

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei dem Titel 235 07 geleistet werden.

Stellenplan:

EntgeltGr	2020	2021
Landesarbeitsgericht		
E 10	2,00	2,00
E 9a	2,00	3,00
E 6	3,75	2,75
E 5	0,00	0,00
Zusammen:	7,75	7,75
Arbeitsgerichte		
E 9a	7,00	7,00
E 8	0,00	0,00
E 6	40,50	40,50
E 5	0,00	0,00
E 3	0,00	0,00
E 2	0,00	0,00
Zusammen:	47,50	47,50
Leerstellen:		
Arbeitsgerichte		
E 6	0,00	1,65
Zusammen:	0,00	1,65
Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):	55,25	55,25

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entgelte der tariflich Beschäftigten.

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2021

Landesarbeitsgericht

Stellenhebung:

Hebungen im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres	1,00	von E 6 II	nach E 9a II
	1,00	Hebungen im Haushaltsvollzug insgesamt	
	1,00	Stellenhebungen insgesamt	

Arbeitsgerichte

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen	1,65	E 6 II
	1,65	Zugänge neue Stellen
	1,65	Stellen Zugänge insgesamt
	1,65	Stellen Zugänge / Abgänge (-)

05 Ministerium der Justiz
05 08 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

453 01	051	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	1.702	7.200	7.200
--------	-----	--	-------	-------	-------

Summe HGr. 4:			7.080.860	7.037.600	7.700.500
---------------	--	--	-----------	-----------	-----------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 01	051	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	65.739	105.000	100.000
--------	-----	--	--------	---------	---------

Die Ausgaben bei 05 02 - 511 98, 05 08 - 511 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erlöse aus der Veräußerung ausgesonderter Büchereibestände sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

	2021 EUR
1.) Büro- und Zeichenbedarf	19.500
2.) Bücher, Zeitschriften	20.000
3.) Post- und Fernmeldegebühren sowie Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	54.000
4.) Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	6.500
Summe	100.000

514 01	051	Fahrzeughaltung, Verbrauchsmittel, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	200	0
--------	-----	---	---	-----	---

Erlöse aus der Veräußerung landeseigener Dienstkleidung sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Beschaffung und Unterhaltung landeseigener Dienst- und Schutzkleidung und Sonderkleidung und persönlicher Ausrüstungsgegenstände.

517 01	051	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	77.578	85.000	85.000
--------	-----	--	--------	--------	--------

Die Ausgaben bei 05 01 - 517 01, 05 03 - 517 01, 05 04 - 517 01, 05 05 - 517 01, 05 07 - 517 01, 05 08 - 517 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Heizung, Beleuchtung und sonstige Energiekosten, Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Feuerversicherung, Steuern, Abgaben und Sonstiges (z. B. Wartungsverträge, Pflege der Außenanlagen sowie Verbrauchsmittel und kleinere Gebrauchsgegenstände bis zum Anschaffungswert von 50 EUR im Rahmen der Hausbewirtschaftung).

518 01	051	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	98.023	87.000	98.500
--------	-----	---	--------	--------	--------

Die Ausgaben 05 01-518 01, 05 03-518 01, 05 04-518 01, 05 05-518 01, 05 08-518 01 sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Mieten der Diensträume des Arbeitsgerichts Mainz.

Mehr wegen Mietpreiserhöhung.

519 02	051	Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen	257	500	500
--------	-----	---	-----	-----	-----

05 Ministerium der Justiz
05 08 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 519 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen, bei landeseigenen Gebäuden und Mietobjekten in der Regel bis zu 10.000 EUR im Einzelfall.

Bauunterhaltungsmittel für angemietete Liegenschaften mit Unterhaltungspflicht des Landes sind bei Kapitel 12 20 Titel 519 01 veranschlagt.

Die Ausgaben für Mietobjekte des LBB sind bei Titel 519 05 veranschlagt.

519 05	051	Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen, kleinere bauliche Maßnahmen und Schönheitsreparaturen bei Objekten des Landesbetriebs Liegenschafts- und Baubetreuung bzw. dessen Rechtsnachfolger	996	1.500	1.400
---------------	------------	--	-----	--------------	--------------

Die Ausgaben bei 05 01 - 519 05, 05 03 - 519 05, 05 04 - 519 05, 05 07 - 519 05, 05 08 - 519 05 sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen aus Erstattungsleistungen des Landesbetriebs LBB (oder dessen Rechtsnachfolger) für die Durchführung von Instandsetzungs- und Instandhaltungsmaßnahmen durch den Nutzer sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Die kleineren hauswirtschaftlichen Instandsetzungen und die kleineren baulichen Maßnahmen bei Mietobjekten Dritter sind weiterhin beim Titel 519 02 veranschlagt.

525 01	051	Aus- und Fortbildung	6.729	9.800	9.800
---------------	------------	-----------------------------	-------	--------------	--------------

Einnahmen aus Fremdveranstaltungen sind von der Ausgabe abzusetzen.

527 01	051	Reisekostenvergütungen	17.628	21.500	21.000
---------------	------------	-------------------------------	--------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekostenvergütungen für den allgemeinen Dienstreiseverkehr sowie in Personalvertretungsangelegenheiten.

529 01	051	Verfügungsmittel	224	1.400	1.400
---------------	------------	-------------------------	-----	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind zur Verfügung des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts und fünf Direktorinnen und Direktoren der Arbeitsgerichte je 230 EUR für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Die Mittel können bis zu 15 v. H. des Ansatzes auch für notwendige interne Repräsentationszwecke verwendet werden.

532 02	051	Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte bei Prozesskostenhilfe	2.177.601	2.800.000	2.550.000
---------------	------------	---	-----------	------------------	------------------

Die Ausgaben bei 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgaberechte. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die aus der Landeskasse zu zahlenden Vergütungen nach Abschnitt 8 des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes.

532 03	051	Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte in Beiordnungsfällen nach § 11a ArbGG	0	11.400	5.000
---------------	------------	--	---	---------------	--------------

Die Ausgaben bei 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.

05 Ministerium der Justiz
05 08 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 532 03

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

532 04	051	Entschädigungen für Zeugen	19.976	19.000	25.000
---------------	-----	-----------------------------------	--------	---------------	---------------

Die Ausgaben bei 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Entschädigungen nach Abschnitt 5 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes.

532 05	051	Entschädigungen für Sachverständige	217.437	130.000	450.000
---------------	-----	--	---------	----------------	----------------

Die Ausgaben bei 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Vergütungen nach Abschnitt 3 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes.

532 06	051	Sonstige Auslagen in Rechtssachen	6.792	5.000	20.000
---------------	-----	--	-------	--------------	---------------

Die Ausgaben bei 532 02, 532 03, 532 04, 532 05, 532 06 sind gegenseitig deckungsfähig.

Dies gilt auch für Ausgabereste. Die Ausgaben sind übertragbar. Diese Vermerke haben Vorrang vor den Bestimmungen des § 6 Abs. 3 Satz 1 LHG in der jeweils geltenden Fassung.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei dem Titel 111 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Reisekostenvergütungen in Rechtssachen, Bekanntmachungskosten in Rechtssachen, Kosten für die Bereitstellung von Räumen außerhalb der Gerichtsstelle u. ä.

547 69	051	Vermischte sächliche Verwaltungsausgaben	20	0	0
---------------	-----	---	----	----------	----------

		aus Titelgruppen:	1.399	0	3.500
--	--	--------------------------	-------	----------	--------------

		Summe HGr. 5:	2.690.399	3.277.300	3.371.100
--	--	----------------------	-----------	------------------	------------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 01	051	Zuschuss zur Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter der Arbeitsgerichte	3.998	4.000	4.000
---------------	-----	---	-------	--------------	--------------

685 02	051	Beiträge an Vereine, Verbände und sonstige Organisationen	200	300	300
---------------	-----	--	-----	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Jahresbeitrag des Landes Rheinland-Pfalz als Mitglied im Deutschen Arbeitsgerichtsverband Köln.

05 **Ministerium der Justiz**
05 08 **Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 6: 4.198 **4.300** **4.300**

HGr. 8: Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 01 051 **Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen** 2.138 **22.000** **22.000**

Erläuterungen:

	2021 EUR
1.) Einrichtung und Ausstattung von Sitzungssälen und Wartebereichen	7.000
2.) Möblierung von Bildschirm-Arbeitsplätzen (ohne Sitzmöbel)	2.000
3.) Postbearbeitungsmaschinen	2.000
4.) Sicherheitstechnische Ausstattung (Sicherheit in Dienstgebäuden)	5.000
5.) Einrichtung von Sozialräumen	1.000
6.) Stationäre Archivregale	3.000
7.) Büromöbel	2.000
Summe	<u><u>22.000</u></u>

Summe HGr. 8: 2.138 **22.000** **22.000**

05 **Ministerium der Justiz**
05 08 **Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 99 Aufwand für Informations- und Kommunikationstechnik

Die Ausgaben 05 01-TG 99, 05 02-TG 96, 05 02-TG 98, 05 03-TG 97, 05 03-TG 99, 05 04-TG 99, 05 05-TG 99, 05 06-TG 99, 05 07-TG 99, 05 08-TG 99 sind gegenseitig deckungsfähig; dies gilt auch für die Verpflichtungsermächtigungen.

Die Ausgaben sind übertragbar.

511 99	051	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die Datenverarbeitung, Datenübertragung, Software	1.399	0	0
525 99	051	Aus- und Fortbildung	0	0	3.500
539 99	051	Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen für Software	0	0	0
812 99	051	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung, Software	0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99			1.399	0	3.500
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			1.399	0	3.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2.130.378	2.230.700	2.230.700
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahmen		2.130.378	2.230.700	2.230.700

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	7.080.860	7.037.600	7.700.500
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.690.399	3.277.300	3.371.100
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.198	4.300	4.300
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.138	22.000	22.000
Gesamtausgaben		9.777.596	10.341.200	11.097.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-7.647.218	-8.110.500	-8.867.200

05 Ministerium der Justiz
05 09 Deutsche Richterakademie

Vorwort

Veranschlagt werden die Einnahmen und Ausgaben für Personal- und Sachkosten der Deutschen Richterakademie - Tagungsstätte Trier -.

Die Deutsche Richterakademie wird von dem Bund und den Ländern gemeinsam getragen (Verwaltungsvereinbarung vom 1. März 1993 - BAnz 1993 Nr. 231, S. 10581 -). Dem entsprechend werden die Ausgaben zur Hälfte vom Bund und im Übrigen von den Bundesländern in Höhe des nach dem so genannten "Königsteiner Schlüssel" festgelegten Anteils getragen. Auf Rheinland-Pfalz entfällt derzeit ein Anteil von rd. 4,8 v. H.

Es besteht eine Tagungsstätte in Trier (Einrichtung des Landes Rheinland-Pfalz) und eine Tagungsstätte in Wustrau (Einrichtung des Landes Brandenburg).

Die Deutsche Richterakademie bietet überregionale Fortbildungsveranstaltungen für Richterinnen und Richter aller Gerichtszweige sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte an. Sie soll diese in ihren Fachgebieten weiterbilden und ihnen Kenntnisse und Erfahrungen über politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und andere wissenschaftliche Entwicklungen vermitteln.

Insgesamt werden an der Deutschen Richterakademie - Tagungsstätte Trier - pro Jahr ca. 70 - 75 Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt. Pro Veranstaltung können rund 40 Bedienstete teilnehmen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 06	153	Einnahmen aus Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen und Inanspruchnahme von Personal	77.486	50.000	50.000
---------------	-----	--	--------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erlöse aus der Verpflegung des Personals, Tagesveranstaltungen und sonstigen Vermietungen (insbesondere des Schwimmbads).

119 69	153	Vermischte Verwaltungseinnahmen	832	700	700
---------------	-----	--	-----	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind auch die Erstattungen für die Mitbenutzung des Dienstwagens durch die Trierer Justizbehörden.

124 01	153	Mieten und Vergütungen für Wohnungen und Nebentgelte	0	0	0
---------------	-----	---	---	----------	----------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist ein Leertitel.

125 02	153	Erlöse aus der Unterbringung und Verpflegung von Gastteilnehmerinnen und Gastteilnehmern	113.206	91.000	70.000
---------------	-----	---	---------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Referentinnen und Referenten sowie Tagungsleiterinnen und Tagungsleiter der Deutschen Richterakademie erhalten freie Unterkunft und Verpflegung. Von Gastteilnehmerinnen und Gastteilnehmern sowie bei Vergabe freier Kapazitäten an Drittveranstalter werden Entgelte erhoben, die jährlich festgelegt werden.

125 05	153	Einnahmen aus dem Verkauf von Getränken und sonstigen Genussmitteln	60.446	47.200	50.000
---------------	-----	--	--------	---------------	---------------

Vgl. Vermerk bei 514 05.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf von Getränken und Genussmitteln an die Tagungsteilnehmerinnen und Tagungsteilnehmer usw. (vgl. Titel 514 05).

132 02	153	Erlöse aus der Veräußerung unbrauchbarer oder entbehrllicher Gegenstände	0	0	0
---------------	-----	---	---	----------	----------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist ein Leertitel.

Summe HGr. 1:	251.970	188.900	170.700
----------------------	---------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 05	153	Kostenanteil des Bundes	1.027.776	1.104.300	1.310.800
---------------	-----	--------------------------------	-----------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Bundesanteil in Höhe von 50 v. H. der nicht gedeckten Kosten.

05 **Ministerium der Justiz**
05 09 **Deutsche Richterakademie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

232 05	153	Kostenerstattung der Länder	993.259	1.050.900	1.247.600
---------------	------------	------------------------------------	---------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Erstattung der Ausgaben nach Abzug des Bundesanteils (50 v. H.) und des Anteils von Rheinland-Pfalz (rund 4,8 v. H. des auf die Länder entfallenden Kostenbetrages).

Der Anteil der Länder an den nicht gedeckten Kosten i. H. v. 1.310.800 EUR und wird nach dem so genannten "Königsteiner Schlüssel" wie folgt auf die Länder umgelegt:

		2021 EUR
1.)	Baden-Württemberg 13,01280 v. H.:	170.572
2.)	Bayern 15,56491 v. H.:	204.025
3.)	Berlin 5,13754 v. H.:	67.343
4.)	Brandenburg 3,01802 v. H.:	39.560
5.)	Bremen 0,96284 v. H.:	12.621
6.)	Hamburg 2,55790 v. H.:	33.529
7.)	Hessen 7,44344 v. H.:	97.569
8.)	Mecklenburg-Vorp. 1,98419 v. H.:	26.009
9.)	Niedersachsen 9,40993 v. H.:	123.345
10.)	Nordrhein-Westfalen 21,08676 v. H.:	276.405
11.)	Saarland 1,20197 v. H.:	15.755
12.)	Sachsen 4,99085 v. H.:	65.420
13.)	Sachsen-Anhalt 2,75164 v. H.:	36.068
14.)	Schleswig-Holstein 3,40526 v. H.:	44.636
15.)	Thüringen 2,64736 v. H.:	34.702
16.)	(Rheinland-Pfalz 4,82459 v. H.):	63.241
	Summe	<u>1.310.800</u>

271 02	029	Zweckgebundene Kostenerstattung für Förderung von Veranstaltungen durch die EU	0	0	0
---------------	------------	---	---	----------	----------

Vgl. Vermerk bei 427 32, 527 01.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist ein Leertitel.

282 01	029	Einnahmen aus Spenden	8.566	0	0
---------------	------------	------------------------------	-------	----------	----------

Vgl. Vermerk bei Titel 511 01

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Spenden zur Finanzierung von Freizeitgeräten, -einrichtungen und sonstigen Angeboten der Tagungsstätte.

Summe HGr. 2:			2.029.601	2.155.200	2.558.400
----------------------	--	--	-----------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Personalkosten der Deutschen Richterakademie - Tagungsstätte Trier - mit Ausnahme der Ausgaben für Beihilfen und Unfallfürsorge. Diese werden ab dem Jahr 2021 für den gesamten Einzelplan zentral im Kapitel 05 02 veranschlagt. Der Ausgleich der der Deutschen Richterakademie - Tagungsstätte Trier - zuzuordnenden Ausgaben durch den Bund und die Länder erfolgt im Rahmen der jeweiligen Jahresrechnung.

422 01	153	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	106.824	108.100	117.900
--------	-----	---	---------	----------------	----------------

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Ea	2020	2021
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A14	IV	1,00	1,00
Justizrechtsrätin, Justizrechtsrat	A13	III	0,00	0,00
Justizsekretärin, Justizsekretär	A6	I	1,00	1,00
Zusammen:			2,00	2,00
Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen):			2,00	2,00

422 04	153	Bezüge der abgeordneten Beamtinnen und Beamten (Richterinnen und Richter)	0	0	0
--------	-----	--	---	----------	----------

Erläuterungen:

Es ist ein Leertitel eingestellt für den Fall, dass abgeordnete Beamtinnen und Beamte beschäftigt und Planstellen bei Titel 422 01 freigehalten werden.

Ea	2020	2021
IV	0,00	0,00
III	0,00	0,00
II	0,00	0,00
I	0,00	0,00
Summe	0,00	0,00

427 01	153	Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	17.812	5.100	5.100
--------	-----	---	--------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt für Vertretungskräfte beim Ausfall von Küchenhilfen oder Zimmerfrauen. Gegebenenfalls sind hier Entgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte insbesondere in Fällen des Mutterschutzes sowie bei Abordnungen an Stellen außerhalb der Landesverwaltung und Beurlaubungen unter 12 Monaten zu zahlen.

427 32	153	Nebenamtliche und nebenberufliche Kräfte zur Aus- und Fortbildung von Bediensteten	159.810	184.000	184.000
--------	-----	---	---------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 02 geleistet werden.

Erstattungen der Länder für über die veranschlagten Beträge hinausgehenden Vortragshonorare sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind insbesondere Vortragshonorare.

428 01	153	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	977.181	1.061.700	1.178.600
--------	-----	--	---------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 428 01

Stellenplan:

EntgeltGr	2020	2021
at	3,00	3,00
E 10	1,00	1,00
E 8	1,00	1,00
E 7	1,00	1,00
E 6	1,00	1,00
E 5	2,50	2,50
E 4	2,25	2,25
E 3	5,75	5,75
E 2	4,00	4,00

Zusammen: 21,50 21,50

Leerstellen:

III 0,00 0,00

Zusammen: 0,00 0,00

Stellen insgesamt (soweit nicht Leerstellen): 21,50 21,50

Dienstwohnungen haben

Beschäftigte 0,00 0,00

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

Gesamtentgelte einschließlich tariflicher Zulagen und Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und zur zusätzlichen Altersversorgung.

Nr.	Erläuterungstext	Soll 2020	Ansatz 2021
1.	der außertariflichen Beschäftigten	233.000	245.900
2.	der tariflichen Beschäftigten	828.700	932.700
Zusammen		1.061.700	1.178.600

Von den außertariflich Beschäftigten erhalten:

- 1,00 Beschäftigter Entgelt entsprechend Bes.-Gr. A 16 (Endstufe)
- 1,00 Beschäftigter Entgelt nach Entgeltgruppe E9
- 1,00 Beschäftigter Entgelt nach Entgeltgruppe E8.

428 08 153 **Überstundenentgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** 0 0 0

432 01 058 **Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten** 91.109 93.300 97.300

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Versorgungsbezüge für einen Ruhestandsbeamten 1. EA, einen Ruhestandsbeamten 2. EA und einen Ruhestandsbeamten 3. EA.

432 02 058 **Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen von Beamtinnen und Beamten** 0 0 0

453 01 153 **Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen** 6.041 0 0

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(441 01) 153 **Beihilfen** 2.142 4.000

05 Ministerium der Justiz
05 09 Deutsche Richterakademie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 441 01

Veranschlagt ist der voraussichtliche Bedarf an Beihilfen gemäß der Beihilfenverordnung für die in den Stellenplänen vorgesehenen Bediensteten.

Umsetzung der Mittel nach Kapitel 05 02. Der Ausgleich des Bundes und der Länder erfolgt ab dem Jahr 2021 im Rahmen der jeweiligen Jahresrechnung.

(443 01) 153 Unfallfürsorge für Beamtinnen und Beamte 931 0

Leertitel.

Etwaige Ausgaben werden ab dem Jahr 2021 aus Kapitel 05 02 getätigt. Der Ausgleich des Bundes und der Länder erfolgt ab dem Jahr 2021 im Rahmen der jeweiligen Jahresrechnung.

(446 01) 018 Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger 21.390 25.000

Veranschlagt ist der voraussichtliche Bedarf an Beihilfen für die bei Titel 432 01 und 432 02 aufgeführten Versorgungsempfänger.

Umsetzung der Mittel nach Kapitel 05 02. Der Ausgleich des Bundes und der Länder erfolgt ab dem Jahr 2021 im Rahmen der jeweiligen Jahresrechnung.

Summe HGr. 4: 1.383.241 1.481.200 1.582.900

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 01 153 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände 48.337 60.000 60.000

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 282 01 geleistet werden.

Erläuterungen:

		2021 EUR
1.)	Büro- und Zeichenbedarf	15.000
2.)	Bücher, Zeitschriften	28.000
3.)	Postgebühren	1.000
4.)	Beschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie Schreib- und sonstige Maschinen	10.500
5.)	IT, Multimedia, E-Government	5.500
6.)	Finanzierung von Freizeitgeräten, -einrichtungen und sonstigen Angeboten der Tagungsstätte	0
Summe		60.000

514 01 153 Fahrzeughaltung, Verbrauchsmittel, persönliche Ausrüstungsgegenstände 2.121 2.200 2.200

Einnahmen aus der Veräußerung landeseigener Dienstkleidung sind von der Ausgabe abzusetzen.

Erläuterungen:

- Es sind die Kosten veranschlagt für
- Beschaffung landeseigener Dienst- und Schutzkleidung sowie persönlicher Ausrüstungsgegenstände,
- Dienstkleidungszuschüsse für 1 (1) Beamten à EUR 204,20 (EUR 204,20),
- Unterhaltung der landeseigenen Dienst- und Schutzkleidung einschließlich Desinfektion.

514 02 153 Beköstigung 109.322 107.000 134.000

Einnahmen aus anderen Veranstaltungen können von der Ausgabe abgesetzt werden. Der in den Erläuterungen für das jeweilige Haushaltsjahr angegebene Beköstigungssatz ist verbindlich.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 514 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für die Verpflegung der Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer, der Tagungsleitung, der Dozentinnen und Dozenten und Gäste unter Zugrundelegung eines Beköstigungssatzes von EUR 10,-- (8,--) sowie für die Verpflegung des Personals der Akademie.

Mehr wegen der Erhöhung des Verpflegungsbeitrages von 8 EUR auf 10 EUR pro Teilnehmenden.

514 05	153	Ausgaben anlässlich des Verkaufs von Getränken und sonstigen Genussmitteln	41.805	35.000	35.000
---------------	------------	---	--------	---------------	---------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 05 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten im Zusammenhang mit dem Vertrieb von Getränken und sonstigen Genussmitteln (Eis, Gebäck u. ä.) durch die Akademie, und zwar Wareneinkauf, Nebenvergütung für die mit dem Ausschank betrauten Kräfte, Ersatz und Ergänzung des Bestandes an Trinkgläsern usw. (vgl. Titel 125 05).

Veranschlagung der Umsatzsteuerzahlungen in Titel 547 01.

517 01	153	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	258.738	280.000	280.000
---------------	------------	---	---------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für Heizung, Beleuchtung und sonstige Energiekosten, Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Feuerversicherung, Abgaben und Sonstiges (z. B. Wartungsverträge, Pflege der Außenanlagen sowie Verbrauchsmittel und kleinere Gebrauchsgegenstände bis zum Anschaffungswert von 50 EUR im Rahmen der Hausbewirtschaftung). In Betracht kommen 4 (4) verwaltungseigene Gebäude mit 7.928 qm Nutz- und Nebenraumfläche.

518 13	153	Leasing von Dienstfahrzeugen	1.966	2.500	2.500
---------------	------------	-------------------------------------	-------	--------------	--------------

519 01	153	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	264.871	265.000	480.000
---------------	------------	---	---------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung

	2021 EUR
Betrag:	120.000
davon fällig:	
2022 bis zu	120.000
2023 bis zu	
2024 bis zu	
2025 bis zu	
2026 ff. bis zu	

Erläuterungen:

	Gesamt	Davon entfallen auf:					
		2021	2022	2023	2024	2025	2026 ff.
Vorbelastung							
VE 2021	120.000	120.000					
Verpfl. aus VE		120.000					
für neue Maßnahmen vorgesehen		600.000					
Vorbelastung künftiger HH-Jahre		120.000					

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 519 01

Veranschlagt ist die laufende bauliche Unterhaltung des Grundstücks und der Gebäude der Deutschen Richterakademie einschließlich der kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten.

Im Haushaltsjahr 2021 sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

	2021 EUR
1.) Raumlufmessungen	16.500
2.) Erneuerung der Zuleitungen Trinkwasser	5.000
3.) Konzept und Umsetzung: Aufrüstung der Lüftung der Küche mit einer Kühlung	95.000
4.) Melderaustausch Brandmeldeanlage	20.000
5.) Sanierung aller Fassaden inklusive Balkonen	208.000
6.) Planung und Umsetzung Kühlraumsanierung	120.000
7.) Austausch Sanitärobjekte und Sanierung Bodeneinläufe	15.500
Summe	480.000

Die Verpflichtungsermächtigung wurde zur Beauftragung folgender im Haushaltsjahr 2022 vorgesehener Bau- und Bauhaltungsmaßnahmen ausgebracht:

	2021 EUR
1.) Erneuerung der Mittelspannungsanlage	35.000
2.) Beleuchtungskonzept (insb. LED) und (Teil)Umsetzung in einzelnen Räumen (Speisesaal und Flure)	85.000
Summe	120.000

519 02	153	Kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen	19.378	15.300	15.300
---------------	-----	--	--------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für kleinere hauswirtschaftliche Instandsetzungen und kleinere bauliche Maßnahmen, bei landeseigenen Gebäuden und Mietobjekten in der Regel bis zu 10.000 EUR im Einzelfall.

519 03	153	Baunebenkosten zu 05 09 - 519 01	33.387	33.400	60.500
---------------	-----	---	--------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die voraussichtlich anfallenden Honorarkosten für den Landesbetrieb "Liegenschafts- und Baubetreuung" (15 v. H. der Netto-Baukosten).

Mehr wegen notwendiger Bau- und Investitionsausgaben im Jahr 2021 (vgl. Titel 519 01).

526 01	153	Kosten für Sachverständige	0	5.000	0
---------------	-----	-----------------------------------	---	--------------	----------

Erläuterungen:

Veranschlagt ist ein Leertitel.

527 01	153	Reisekostenvergütungen	79.246	75.000	75.000
---------------	-----	-------------------------------	--------	---------------	---------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Reisekostenvergütungen für die Referentinnen und Referenten und für den allgemeinen Dienstreiseverkehr, insbesondere der Akademie-Leitung zur Tagungsstätte in Wustrau, Brandenburg. Die Referentinnen und Referenten erhalten unentgeltliche Unterkunft und Verpflegung.

529 01	153	Verfüungsmittel	198	300	300
---------------	-----	------------------------	-----	------------	------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

noch zu 529 01

Erläuterungen:

Veranschlagt für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Die Mittel können bis zu 15 v. H. des Ansatzes auch für notwendige interne Repräsentationszwecke verwendet werden.

533 16 neu	332	Ausgleichszahlungen für CO2-Emissionen aus dienstlich veranlassten Flugreisen im Geschäftsbereich der Deutschen Richterakademie, Tagungsstätte Trier			0
---------------	-----	---	--	--	----------

Die Deckungsfähigkeiten des § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 LHG dürfen zugunsten des Titels 533 16 kapitelübergreifend in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen:

Leertitel.

Aufgrund der noch nicht absehbaren dienstlich veranlassten Flugreiseinanspruchnahme sind etwaige Zahlungen derzeit noch nicht hinreichend prognostizierbar.

Auf der Grundlage des Beschlusses des Ministerrates vom 17.12.2019 leisten die Ressorts als Kompensation für entstandene CO2-Emissionen aus dienstlich veranlassten Flugreisen der Ressorts und der jeweiligen nachgeordneten Dienststellen eine Ausgleichszahlung an die Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz. Diese verwendet das Aufkommen für die Durchführung von Kompensationsmaßnahmen in rheinland-pfälzischen Klimaschutzprojekten.

Die Ausgleichszahlungen sollen vorrangig durch Einsparung von Ausgaben bei Titeln der Gruppe 527 gegenfinanziert werden.

538 01	153	Sachkosten fachbezogener Besichtigungs- und Unterrichtsfahrten	2.080	2.000	2.000
--------	-----	---	-------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die bei fachlichen Exkursionen anfallenden Sachkosten.

547 01	153	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	4.010	3.500	3.500
--------	-----	--	-------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die zu entrichtenden Umsatzsteuern und die Kosten für arbeitsmedizinische Maßnahmen.

547 69	153	Vermischte sächliche Verwaltungsausgaben	0	100	100
--------	-----	---	---	------------	------------

Summe HGr. 5:			865.460	886.300	1.150.400
---------------	--	--	---------	----------------	------------------

HGr. 8: Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 01	153	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	29.443	30.000	30.000
--------	-----	--	--------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Vorgesehen sind Ausgaben für Neuanschaffungen und Ersatzbeschaffungen abgängiger Einrichtungsgegenstände im Wohn-, Küchen- und Speisesaalbereich, für Lehrsäle und Seminarräume sowie für Büroeinrichtung.

Summe HGr. 8:			29.443	30.000	30.000
---------------	--	--	--------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	251.970	188.900	170.700
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.029.601	2.155.200	2.558.400
Gesamteinnahmen		2.281.571	2.344.100	2.729.100

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	1.383.241	1.481.200	1.582.900
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	865.460	886.300	1.150.400
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	29.443	30.000	30.000
Gesamtausgaben		2.278.144	2.397.500	2.763.300
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		3.427	-53.400	-34.200

05 **Ministerium der Justiz**
05 09 **Deutsche Richterakademie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ist 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021
			Angaben in EUR		

Übersicht

über die Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2021

Kapitel	Einnahmen					4 Personalausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
05 01		66.000	0		66.000	10.485.200
05 02		0	1.978.000		1.978.000	233.074.000
05 03		267.152.000	30.000		267.182.000	272.671.400
05 04		8.840.000	3.732.000	579.900	13.151.900	105.809.600
05 05		2.013.900	0		2.013.900	12.417.200
05 06		1.200.700			1.200.700	2.601.300
05 07		3.246.500	100		3.246.600	12.873.500
05 08		2.230.700	0		2.230.700	7.700.500
05 09		170.700	2.558.400		2.729.100	1.582.900
Summe 2021		284.920.500	8.298.500	579.900	293.798.900	659.215.600
Summe 2020		279.775.700	7.085.300	568.300	287.429.300	585.675.200
Vgl. z. 2020		5.144.800	1.213.200	11.600	6.369.600	73.540.400

Übersicht

über die Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2021

Ausgaben						+Überschuss -Zuschuss
5	6	7	8	9	Summe Ausgaben	
Sächliche Ver- waltungsausga- ben und Ausgaben für den Schuldendienst	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	Baumaßnahmen	Sonstige Ausga- ben für Investi- tionen und Investitionsför- derungsmaßnah- men	Besondere Finanzierungs- ausgaben		
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
2.052.900	0		5.000		12.543.100	-12.477.100
1.638.800	5.782.000		3.854.500	3.422.300	247.771.600	-245.793.600
184.748.700	2.608.800		1.150.000		461.178.900	-193.996.900
25.661.800	9.856.800		2.872.500		144.200.700	-131.048.800
6.135.100	500		50.000		18.602.800	-16.588.900
89.300	1.300		0		2.691.900	-1.491.200
8.394.300	4.300		61.000		21.333.100	-18.086.500
3.371.100	4.300		22.000		11.097.900	-8.867.200
1.150.400			30.000		2.763.300	-34.200
233.242.400	18.258.000		8.045.000	3.422.300	922.183.300	-628.384.400
228.832.500	16.543.900		3.518.800	3.320.300	837.890.700	-550.461.400
4.409.900	1.714.100		4.526.200	102.000	84.292.600	-77.923.000

Kap. Titel- gruppe, Titel (ggf. Titel- bereiche)	Zweckbestimmung		Veran- schla- gung 2021	Verpflich- tungs- ermächti- gung 2021	Soweit im Haushaltsplan Fälligkeits- daten festgelegt, entfallen auf das Haushaltsjahr					Vorbelastung aus VE früherer Haushalts- jahre	Davon entfallen auf das Haushalts- jahr			Gesamt- summe Vor- belastungen
	3	4			5	6	7	8	9		10	11	12	
1.000 EUR														
1	2	34	43	0	0	43	107	17	17	73	150			
532 25	Geldbelohnungen für die Mitwirkung von Privatpersonen bei der Aufklärung strafbarer Handlungen und bei der Ergreifung oder Wiederergriffung flüchtiger Straftäter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0			
97	Titel aus Titelgruppe													
511 97	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände													
517 97	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume													
518 97	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume / Nutzungsentgelte an den Landesbetrieb LBB													
527 97	Reisekostenvergütungen	10	0											
539 97	Ankäufe und Mieten von Software und Lizenzen, Werkverträge, Wartungskosten für Software	220	1.673	1.112	561								1.673	
671 97	Kostenerstattung für die Inanspruchnahme des LD1	0	0											
99	Titel aus Titelgruppe													
539 99	Ausgaben für Aufträge und Dienstleistungen für Software	3.553	6.188	1.058	1.089	1.089			2.951				6.188	
812 99	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Datenverarbeitung, Software	310	300	150	150								300	
05 04	Justizvollzugsanstalten													
811 01	Erwerb von Dienstfahrzeugen	630	600	600									600	
05 09	Deutsche Richterakademie													
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	480	120	120									120	
Zusammen:			12.659	8.924	3.040	1.800	1.089	2.994	8.414	3.527	2.924	1.963	17.338	

Übersicht

über die Stellen im Haushaltsjahr 2021

	05 01	05 03	05 04	05 05	05 06	05 07	05 08	05 09		Summe
I. Planmäßige Beamtinnen und Beamte										
Besoldungsordnung R										
R9+AZ IV				1,00						1,00
R8 IV		2,00								2,00
R6 IV		2,00		1,00		1,00	1,00			5,00
R5 IV		4,00			1,00					5,00
R4 IV		7,00								7,00
R3+AZ IV						1,00	1,00			2,00
R3 IV		35,00		10,00	5,00	8,00	5,00			63,00
R2+AZ IV		33,00		4,00		2,00	2,00			41,00
R2 IV		257,00		32,00	15,00	21,50	6,00			331,50
R1+AZ IV		4,00								4,00
R1 IV		670,50		43,00		45,00	25,00			783,50
		1.014,50		91,00	21,00	78,50	40,00			1.245,00
Besoldungsordnung B										
B9 IV	1,00									1,00
B6 IV	5,00									5,00
B3 IV	7,00									7,00
	13,00									13,00
Besoldungsordnung A										
A16+AZ IV			1,00							1,00
A16 IV	15,00	2,00	6,00	1,00						24,00
A15 IV	11,58	1,00	23,00	0,00			1,00			36,58
A14 IV	2,50	6,00	24,00					1,00		33,50
A13 IV	0,50	4,00	35,00							39,50
A13+AZ III		18,00	0,00							18,00
A13 III	12,00	77,00	29,00	1,00	2,00	1,00	1,00	0,00		123,00
A12 III	7,00	190,00	26,00	5,50		5,00	4,00			237,50
A11 III	3,00	268,50	48,00	6,00	1,00	7,00	7,00			340,50
A10 III	4,00	230,50	59,00	1,50		1,00	7,00			303,00
A9 III		144,25	44,00			1,00				189,25
A9+AZ II	13,00	138,00	131,00	2,00	1,00	3,00				288,00
A9 II	8,50	301,00	323,00	3,00	2,00	3,00	2,00			642,50
A8 II	6,00	349,00	544,00	5,00		4,00	2,00			910,00
A7 II	0,00	306,00	717,50	4,00		4,00	5,00			1.036,50
A6 II		282,50				1,00	2,00			285,50
A6 I	1,00	58,00		5,00		2,50		1,00		67,50
A5+AZ I		141,00		2,00		8,50	2,00			153,50
A5 I	2,00									2,00
A4+AZ I		112,00		2,00		1,00				115,00
Summe 2021	86,08	2.628,75	2.010,50	38,00	6,00	42,00	33,00	2,00		4.846,33
Summe 2020	97,58	3.593,50	2.005,50	123,50	27,00	119,00	73,00	2,00		6.041,08
II. Beamtete Hilfskräfte										
Besoldungsordnung R										
R1 IV		31,00		12,00						43,00

05 **Ministerium der Justiz**

	05 01	05 03	05 04	05 05	05 06	05 07	05 08	05 09		Summe
Summe 2021		1.332,00	168,00							1.500,00
Summe 2020		1.332,00	140,00							1.472,00
Insgesamt 2021	127,84	5.967,00	2.295,30	195,00	33,50	201,50	128,25	23,50		8.971,89
Insgesamt 2020	130,14	5.926,00	2.261,30	195,00	33,50	200,50	128,25	23,50		8.898,19

Übersicht

über die Stellenplanentwicklung im Haushaltsjahr 2021

Kapitel	Anzahl Stellen				Fälligkeit kw-Vermerke		
	2019	2020	2021	Diff. zu 2020	2021	nach 2021	ohne Jahr
1	2	3	4	5	6	7	8
05 01	132,14	130,14	127,84	-2,30			
05 03	5.848,50	5.926,00	5.967,00	+41,00		140,25	
05 04	2.261,30	2.261,30	2.295,30	+34,00		25,00	
05 05	192,00	195,00	195,00	0,00	1,00	22,00	
05 06	33,50	33,50	33,50	0,00			
05 07	200,50	200,50	201,50	+1,00		11,50	
05 08	128,25	128,25	128,25	0,00			
05 09	23,50	23,50	23,50	0,00			
davon drittfin.	16,10	16,10	16,10	0,00			
Summe	8.819,69	8.898,19	8.971,89	+73,70	1,00	198,75	
davon drittfin.	16,10	16,10	16,10	0,00			
davon Ausb.	1.439,00	1.472,00	1.500,00	+28,00		91,00	

Übersicht

über die Einnahmen und Ausgaben des Landeshaushalts,
die Mittel der EU enthalten

Kapitel Titelgruppe Titel	Zweckbestimmung	Ist 2019 - EUR -	Ansatz 2020 - EUR -	Ansatz 2021 - EUR -
1	2	3	4	5
05 01	Ausgaben: Ministerium			
531 05	Internationale grenzüberschreitende Zusammenarbeit	2.634	14.600	
	Summe Ausgaben:	2.634	14.600	